



Landtag von Baden-Württemberg

58. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 21. März 2018 • Haus des Landtags

Beginn: 9:02 Uhr

Schluss: 14:17 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin	3405	3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Umsetzung des Bundes- teilhabegesetzes in Baden-Württemberg – Drucksache 16/3554	
Umbesetzungen im Petitionsausschuss.	3405	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Soziales und Integration – Drucksache 16/3701 .	3453
Glückwünsche zum Geburtstag der Abg. Dr. Christina Baum.	3405	Abg. Thomas Poreski GRÜNE	3453
1. Regierungsinformation durch den Minister- präsidenten zum Zwischenstand „Strategiedi- alog Automobilwirtschaft BW“ und zu den Aktivitäten der Landesregierung zur Trans- formation der Mobilität		Abg. Ulli Hockenberger CDU	3454
und Aussprache	3405	Abg. Dr. Christina Baum AfD	3455
Ministerpräsident Winfried Kretschmann.	3405, 3424, 3435	Abg. Sabine Wölflé SPD	3456
Abg. Andreas Stoch SPD	3408, 3430	Abg. Jürgen Keck FDP/DVP	3457
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	3411, 3433	Minister Manfred Lucha	3458
Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU	3414, 3434	Beschluss	3460
Abg. Bernd Gögel AfD	3416, 3428	4. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschus- ses für Kultus, Jugend und Sport zu der Mittei- lung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport vom 16. Februar 2018 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Förderung gemeinsamer Werte, inklusiver Bil- dung und der europäischen Dimension im Un- terricht – Drucksachen 16/3542, 16/3707	
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	3419, 3431	5. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschus- ses für Kultus, Jugend und Sport zu der Mittei- lung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport vom 16. Februar 2018 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Aktionsplan für digitale Bildung – Drucksach- en 16/3543, 16/3707	
Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut.	3422	6. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschus- ses für Kultus, Jugend und Sport zu der Mittei- lung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport vom 16. Februar 2018 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Ler- nen – Drucksachen 16/3544, 16/3707	
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	3437		
2. Aktuelle Debatte – Ist der Innenminister ein of- fenes Sicherheitsrisiko? – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP.	3437		
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	3438		
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE	3439		
Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU	3441		
Abg. Lars Patrick Berg AfD	3442		
Abg. Andreas Stoch SPD	3444		
Minister Thomas Strobl	3446		
Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	3450		
Abg. Thomas Blenke CDU	3451		
Abg. Sascha Binder SPD	3452		
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos)	3453		

7. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu der Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 19. Februar 2018 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Zwischenbewertung Horizont 2020 – Drucksachen 16/3549, 16/3682	3460
Gemeinsamer Beschluss zu den Tagesordnungspunkten 4 bis 7	3461
Nächste Sitzung	3461
Anlage 1 Vorschlag der Fraktion der AfD – Umbesetzung im Petitionsausschuss.	3462
Anlage 2 Vorschlag der Fraktion der SPD – Umbesetzung im Petitionsausschuss.	3462

Protokoll

über die 58. Sitzung vom 21. März 2018

Beginn: 9:02 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen und die Gespräche möglichst einzustellen bzw. nach außerhalb des Plenarsaals zu verlagern, sollten sie ganz wichtig sein. – Vielen Dank.

Ich eröffne die 58. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Deuschle, Herr Abg. Dr. Fulst-Blei, Frau Abg. Krebs, Herr Abg. Räßple, Herr Abg. Voigtmann sowie Frau Abg. Wolle.

Auf Ihren Tischen finden Sie jeweils einen Vorschlag der Fraktion der AfD und der Fraktion der SPD

(Unruhe)

– ich bitte um etwas Ruhe – für Umbesetzungen im Petitionsausschuss (*Anlagen 1 und 2*). – Ich stelle fest, dass Sie den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen. Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, wir haben heute ein Geburtstagskind in unseren Reihen. Sehr geehrte Frau Abg. Dr. Baumann, ich gratuliere Ihnen – –

(Abg. Udo Stein AfD: Dr. Baum! – Abg. Nicole Razavi CDU: Ohne „mann“! – Weitere Zurufe)

– Frau Dr. Baum, natürlich, sorry. Sehr geehrte, liebe Frau Abg. Dr. Baum, ich gratuliere Ihnen im Namen des ganzen Hauses herzlich zum Geburtstag und wünsche Ihnen alles Gute.

(Beifall bei der AfD und Abgeordneten der CDU)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf.

(Unruhe)

– Es ist hier ein sehr hoher Geräuschpegel. Es wäre schön, wenn Sie die Gespräche einstellen könnten.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: An mir liegt es nicht!)

– Da wäre ich mir nicht so sicher, Herr Abg. Lede Abal.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Sascha Binder SPD: Doch, dem ist so! Da nehme ich ihn in Schutz!)

Wir fangen noch einmal an.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Regierungsinformation durch den Ministerpräsidenten zum Zwischenstand „Strategiedialog Automobilwirtschaft BW“ und zu den Aktivitäten der Landesregierung zur Transformation der Mobilität

und Aussprache

Dazu erteile ich das Wort Herrn Ministerpräsident Kretschmann.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die aktuelle Autodebatte ist dominiert vom Blick in den Rückspiegel. Es geht um Dieselgate und Abgasaffäre, Software- und Hardwarenachrüstungen und um „Fahrverbote, ja oder nein?“.

Das sind alles wichtige Themen, und sie erfordern große Anstrengungen. Das gilt besonders für saubere Luft in unseren Städten. Wir dürfen uns aber nicht mit dem Blick in den Rückspiegel begnügen. Denn sonst übersehen wir die Mobilitätsrevolution, die gerade in vollem Gang ist –

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

so, wie viele vor 130 Jahren die Erfindung des Autos nicht begriffen haben. Der Große Brockhaus schrieb im Jahr 1896:

Die Erfindung eines Gottlieb Daimler wird für die Entwicklung des Verkehrsgeschehens wohl ohne große Bedeutung bleiben.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Eine solche Fehleinschätzung können wir uns heute nicht mehr leisten. Denn die Zeitenwende beim Automobil ist eine Schicksalsfrage: Sie entscheidet darüber, ob Baden-Württemberg auch in Zukunft das führende Autoland bleibt.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der AfD)

Was treibt diese Zeitenwende an? Da ist zum einen der Klimawandel. Er verlangt ein schnelles Umsteuern hin zum emissionsfreien Automobil. Der Kampf gegen die globale Erwärmung ist die Menschheitsaufgabe des 21. Jahrhunderts. Oder, um ein Bild des Klimaforschers Hans Joachim Schellnhuber zu verwenden: „Der Klimawandel ist wie ein Asteroideneinschlag in Superzeitlupe.“ Wenn der Einschlag kommt, ist es vorbei mit dem Leben, wie wir es kennen.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Darum müssen wir jetzt die alternativen Antriebe voranbringen und den Weg vom fossilen zum postfossilen Auto gehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die zweite große Veränderung bringt die Digitalisierung mit sich. Das Auto entwickelt sich vom gesteuerten zum assistierten und selbst steuernden Fahrzeug, vom Datenneutrum zum Datenzentrum. Es wird autonom unterwegs sein und dem Nutzer digitale Serviceangebote machen. Ausgestattet mit zahlreichen intelligenten Kameras, Sensoren und softwaregestützten Steuerungssystemen verfügt es über mehr Computertechnik als manch kleines Rechenzentrum. Damit eröffnen sich ganz neue Möglichkeiten – etwa für mobile Dienstleistungen –, aber es ergeben sich auch ernst zu nehmende Sicherheitsfragen, wie wir ja gerade erfahren haben.

Dazu kommt eine dritte große Veränderung. Durch digitale Plattformen und eine neue Mobilitätskultur wird das Auto vom Kernprodukt zu einem Puzzleteil vernetzter Mobilität. Für immer mehr junge Leute ist das Auto längst kein Statussymbol mehr, sondern Mittel zum Zweck. Sie wollen es benutzen, aber nicht unbedingt besitzen. Zu diesen kulturellen Veränderungen kommen neue Angebote der digitalen Plattformökonomie wie Uber oder moovel. All das verändert die Mobilität von Grund auf. Das Auto ist nicht mehr isoliertes Fortbewegungsmittel, sondern Baustein eines neuen, umfassenden Mobilitätssystems.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Aber nicht nur das Auto verändert sich fundamental, sondern auch der Markt. Der Automobilmarkt des 20. Jahrhunderts wird abgelöst von einem Mobilitätsmarkt des 21. Jahrhunderts. Der Konkurrenzdruck nimmt zu.

Wir werden von zwei Seiten in die Zange genommen. Im Westen wird unsere Automobilbranche von neuen Wettbewerbern wie Tesla und Waymo herausgefordert. Im Osten haben China, Südkorea und Japan die Nase bei der Batterieproduktion vorn – und damit bei der entscheidenden Schlüsseltechnologie für das Elektroauto.

Dazu kommen neue Player: Softwarekonzerne und Internetriesen wie Google und Tencent oder Mobilitätsdienstleister wie Uber und Didi Chuxing. Sie alle rauschen mit rasantem Tempo auf der Überholspur heran und wollen die Unternehmen in unserem Land verdrängen. Dabei handelt es sich letztlich auch um einen Wettbewerb der Gesellschaftssysteme. China vertritt selbstbewusst das Konzept der autoritären Modernisierung. Unsere liberale Demokratie und unsere soziale Marktwirtschaft müssen beweisen, dass sie die Transformation schnell und erfolgreich meistern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Baden-Württemberg befindet sich im Epizentrum dieser Auseinandersetzung. Klar ist: Das emissionsfreie, autonome und vernetzte Auto der Zukunft wird kommen. Die Frage ist nur: Wird es in Fremont, Wuhan oder Sindelfingen vom Band rollen?

Wir wollen die Transformation zu einem doppelten Erfolg machen: zum Erfolg für unser Klima und die Gesundheit der

Menschen in unseren Städten und zum Erfolg für die Unternehmen und die Arbeitnehmer im Land.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Dafür brauchen wir eben auch neue politische Formate, die der Komplexität und dem Tempo des Wandels gerecht werden und die Probleme langfristig und zielgerichtet angehen.

Deshalb habe ich als erster Ministerpräsident überhaupt einen Strategiedialog zur Transformation der Automobilwirtschaft gestartet. Dabei arbeiten Politik, Automobilwirtschaft, Zulieferer, Arbeitnehmer, Wissenschaft und Zivilgesellschaft eng zusammen, um gemeinsam die Transformation zu gestalten.

Ich sage Ihnen: Der Strategiedialog ist keine Showveranstaltung, sondern eine institutionalisierte Zusammenarbeit aller Player mit effektiven Projektstrukturen und schnellen Entscheidungswegen. Er ist auch kein Kaffeekränzchen. Wir diskutieren auch schwierige Fragen, sprechen Probleme klar an und ringen um die besten Ideen und Konzepte. Vor allem aber packen wir die Dinge gemeinsam an.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Deswegen möchte ich heute die Gelegenheit nutzen, Ihnen in einer frühen Phase des Strategiedialogs einen ersten Zwischenbericht zu geben.

Nachdem ich im Mai 2017 zum ersten Spitzentreffen eingeladen hatte, hat der Ministerrat im vergangenen Juli die Struktur des Strategiedialogs beschlossen. Wir gehen in sieben strategischen Handlungsfeldern die wichtigsten Zukunftsaufgaben systematisch an.

Die Themenfelder 1 und 2 umfassen Forschung und Entwicklung, Produktion, Zulieferer, den Vertrieb und den Aftersales-Bereich. Hier beschäftigen wir uns auch intensiv mit der Veränderung der Arbeitswelt und den Auswirkungen auf die Arbeitnehmer. Federführend ist hier das Wirtschaftsministerium.

Die Handlungsfelder 3 und 4 – unter der Leitung des Umweltministeriums bzw. des Innenministeriums – befassen sich mit energiepolitischen Fragen und der Digitalisierung.

Die vernetzte Mobilität fällt in Themenfeld 5 – unter der Federführung des Verkehrsministeriums –, während das Forschungs- und Innovationsumfeld als Querschnittsthema im Themenfeld 6 durch das Wissenschaftsministerium bearbeitet wird.

Das Handlungsfeld „Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung“ bildet eine Klammer über alle Felder. Dieses wird von der Staatsrätin geleitet.

Sie sehen also: Kein wichtiges Zukunftsfeld bleibt außen vor, und der Strategiedialog kommt gut voran. Es gab schon über 30 Sitzungen. Über 80 Unternehmen und Institutionen wirken mit, und schon jetzt bringen wir die ersten zwölf Pilotprojekte auf den Weg.

Aber nicht nur das. Wir gehen auch bei der Batterietechnologie in die Offensive. Die Batterie ist die Schlüsseltechnologie der Elektromobilität. Die Batteriezellen kommen aber bisher ausschließlich aus Asien. Im Wandel der Automobilwelt ist

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

die Batterie also unsere Achillesferse. Das wichtigste Bauteil des Elektrofahrzeugs sollten wir nicht kampfflos anderen überlassen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der AfD)

Gemeinsam mit dem Bund und starken Konsortien wollen wir deshalb in diesem Bereich zwei europaweite Leuchttürme schaffen. Zum einen wollen wir unser im Aufbau befindliches Zentrum für digitalisierte Batteriezellenproduktion mit Unterstützung des Bundes stärken. Wir streben ein Forschungsprojekt für die Massenproduktion von Batteriezellen an. Damit wollen wir die Grundlage für die Serienproduktion von Batteriezellen im Land schaffen. Das Gesamtvolumen beträgt knapp 60 Millionen €. Die Verhandlungen mit dem Bundesforschungsministerium kommen gut voran.

Zum Zweiten wollen wir ein europäisches Prüf- und Kompetenzzentrum für Batterien und Energiespeichersysteme in Freiburg etablieren. Denn es besteht eine weltweite Lücke in der Qualitätssicherung und Zertifizierung von Batteriesystemen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das stimmt!)

Mit dem Kompetenzzentrum wollen wir in diese Lücke vorstoßen und dafür gemeinsam mit dem Bund 24 Millionen € investieren.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Das sind zwei echte Leuchttürme in einem ganz zentralen Zukunftsfeld, und ich danke der Wirtschaftsministerin, dass sie sich hier so reinhängt und die Dinge vorantreibt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Darüber hinaus hat das Kabinett gestern zwölf Pilotprojekte des Strategiedialogs beschlossen. Mit diesen ersten Projekten gestalten wir die Transformation in etlichen Bereichen.

So stärken wir mit unserer „Lernwerkstatt 4.0“ die Weiterbildung; denn es ist ganz entscheidend, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Transformation mitzunehmen. In der „Lernwerkstatt 4.0“ werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Autowerkstätten zielgerichtet in den neuen Technologien aus den Bereichen Digitalisierung, Elektronik und Software weitergebildet.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Außerdem unterstützen wir kleine und mittlere Unternehmen mit einem Transformations-Hub Elektromobilität. Diese neue Anlaufstelle wird die Unternehmen bei ihrer strategischen Neuausrichtung im Bereich Elektromobilität beraten und ihnen bei der Transformation helfen.

Um das selbst fahrende Auto voranzubringen, haben wir ja ein deutschlandweit einzigartiges Testfeld für autonomes Fahren – beim KIT in Karlsruhe – eingerichtet. Wir etablieren jetzt ein neues Transferprogramm. Start-ups und Mittelständler können nun das Testfeld nutzen, um neue Geschäftsmodelle und Innovationen zu entwickeln.

Außerdem fördern wir neue Lösungen für Ride-Sharing, bei dem mehrere Menschen für eine gemeinsame Strecke ein Fahrzeug zusammen nutzen. Hier tut sich gerade sehr viel, und wir unterstützen Unternehmen bei der Entwicklung innovativer Mitfahrdienstleistungen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die Kommunen nehmen bei der Gestaltung von neuen digitalen Mobilitätsangeboten eine Schlüsselrolle ein. Deswegen schaffen wir eine neue Plattform „Mobilität Kommunal 4.0“, um Innovationspartnerschaften zwischen Wirtschaft und Kommunen zu fördern und Pilotprojekte zu unterstützen.

Auch im ÖPNV gestalten wir die Transformation. Wir fördern zum einen emissionsfreie Wasserstoff- und Brennstoffzellenbusse, und zum anderen testen wir den Einsatz automatisierter Busse im ÖPNV.

Die Transformation der Automobilwirtschaft betrifft auch die Infrastruktur in unserem Land. Wenn künftig in Parkhäusern viele Elektroautos parallel an Stromtankstellen geladen werden, dann wird das den Netzanschluss vor Herausforderungen stellen. Auch hier denken wir voraus und fördern mit einem Pilotprojekt die intelligente Netzanbindung von Parkhäusern und Parkplätzen.

(Zuruf von der AfD)

Die Zeitenwende beim Auto ist aber nicht nur eine wirtschaftliche und technologische Herausforderung; sie ist auch eine gesellschaftliche Herausforderung. Sie verändert die Arbeitswelt vieler Menschen im Land, und sie verändert die Art und Weise, wie wir uns fortbewegen, von Grund auf. Deshalb setzen wir auch bei der Transformation auf die Politik des Gehörtwerdens. Wir werden deshalb die Bürgerinnen und Bürger mit zahlreichen Formaten beteiligen, um sie auf dem Weg in die neue Mobilität mitzunehmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Strategiedialog kommt also gut voran, aber wir bauen auch auf einer hervorragenden Grundlage auf. So haben wir in den letzten Jahren über 200 Millionen € in die Mobilität der Zukunft investiert. Einen ersten Schwerpunkt bilden dabei die Elektromobilität und neue Antriebe. Mit 2 000 neuen Stromtankstellen schaffen wir erstmals in Deutschland ein flächendeckendes Ladenetz für Elektroautos. Ab 2019 gilt: alle 10 km eine Ladesäule – von Mannheim bis zum Bodensee, von Offenburg bis Heidenheim. Damit gehört die Reichweitenangst im Land endgültig der Vergangenheit an.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Mit unserer Mittelstandsoffensive Mobilität unterstützen wir gezielt kleine und mittlere Unternehmen bei der Entwicklung innovativer Mobilitätslösungen, damit auch unsere Zulieferer bei der Transformation vorn mitspielen. So machen wir Baden-Württemberg zur Leitregion für emissionsfreie Mobilität.

In einem zweiten Schwerpunkt gehen wir die Digitalisierung konsequent an und fördern das autonome Fahren.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Künstliche Intelligenz ist eine Schlüsseltechnologie für das Auto von morgen. Deshalb haben wir mit dem Cyber Valley einen der größten Forschungsverbände Europas für künstliche Intelligenz geschaffen. So machen wir unser Land zu einem Zentrum für digitale Spitzenforschung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ein weiterer Hotspot ist der Forschungscampus Arena 2036. Er ist eine der größten Forschungsfabriken der Welt für den Automobilbau und die Produktion der Zukunft. Dort arbeiten Ingenieure und Forscher aus Wirtschaft und Wissenschaft Hand in Hand. So gelingt der schnelle Transfer aus der Grundlagenforschung in die industrielle Anwendung.

In einem dritten Schwerpunkt bringen wir die vernetzte und die geteilte Mobilität voran. Wir sagen dem Stau den Kampf an und entwickeln gemeinsam mit Partnern aus der Industrie den Mobilitätsassistenten „moveBW“. Dieser führt die unterschiedlichsten Verkehrsdaten – von Staus über die Belegung von Parkhäusern bis hin zu ÖPNV-Verbindungen – in einer App zusammen. So kann dann jeder das jeweils beste Verkehrsmittel auswählen und direkt einen Parkplatz, ein ÖPNV-Ticket oder ein Carsharing-Angebot buchen.

Sie sehen also: Wir hängen uns in allen Kernbereichen der Transformation richtig rein, und diesen Weg gehen wir auch in Zukunft entschlossen weiter.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Denn, meine Damen und Herren, das Auto ist unser Erbe. 1886 erblickte es bei uns mit dem „Benz Patent-Motorwagen Nummer 1“ das Licht der Welt, und noch heute ist Baden-Württemberg das Automobilland Nummer 1. Aber das Auto verändert sich rasant und fundamental. Es fordert unsere Automobilwirtschaft heraus wie nie zuvor.

Die Landesregierung tut alles dafür, dass Baden-Württemberg auch bei der Neuerfindung des Autos an der Spitze steht. Mit dem Strategiedialog haben wir ein einmaliges Format gestartet, um alle Kräfte zu bündeln. Wir fördern die zentralen Schlüsseltechnologien von der E-Mobilität und alternativen Antrieben über die künstliche Intelligenz und autonomes Fahren bis hin zu neuen Geschäftsmodellen, und wir nehmen die Menschen bei der Transformation mit.

Der amerikanische Informatiker Alan Kay hat einmal gesagt: „Die beste Methode, die Zukunft vorherzusagen, besteht darin, sie zu erfinden.“ Genau das machen wir. Wir wollen, dass Baden-Württemberg vom Automobilland Nummer 1 zum Mobilitätsland Nummer 1 wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, für die Aussprache zur Regierungsinformation haben die Fraktionen eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion vereinbart.

In der Aussprache erteile ich nun das Wort gemäß § 83 a Absatz 3 unserer Geschäftsordnung Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch von der SPD.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit mehr als 130 Jahren ist die Herstellung und Entwicklung des Automobils prägend für die Wirtschaft unseres Bundeslands. Baden-Württemberg ist das Automobilland und die Geburtsstätte des Automobils. Hier hat Carl Benz seinen Zweitaktmotor erfunden, Robert Bosch hat die Zündkerze entwickelt, und Gottlieb Daimler hat sich hier das erste Motorrad mit Benzinmotor patentieren lassen. Sie alle legten gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Grundlage für eine Revolution der Mobilität „Made in Baden-Württemberg“. Ihre Erfindungen sicherten und sichern nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bundeslands, sie sind bis heute auch Identifikationssymbole für die Menschen in unserem Land, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Die Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs sind zu Recht stolz auf diese Industrie – und auch wir sollten stolz sein auf die Leistung von Hunderttausenden von Menschen, die in diesen Bereichen arbeiten und am Wohlstand unseres Landes mitwirken. Unterschätzen Sie das nicht: Das Automobil ist für viele Menschen in Baden-Württemberg, für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger, immer noch das Symbol für Mobilität, Individualität und Freiheit.

Die großen Automobilhersteller und die vielen kleinen und mittelständischen Automobilzulieferer im Land sind sehr wichtig für den Wohlstand unseres Bundeslands. Mit mehr als 235 000 Beschäftigten im Jahr 2016 ist die Automobilindustrie nach wie vor einer der größten Arbeitgeber im Südwesten.

Herr Ministerpräsident, Sie haben im Mai vergangenen Jahres den Strategiedialog Automobilwirtschaft Baden-Württemberg ins Leben gerufen – eine grundsätzlich richtige Entscheidung, geht es doch darum, mit denjenigen Lösungen für die anstehenden Probleme zu suchen, die von diesem Wandel unmittelbar betroffen sind. Ich habe aber bereits im letzten Jahr darauf hingewiesen, dass dieser Strategiedialog eben nicht zu einer Alibiveranstaltung der Landesregierung missraten darf, sondern dass wirklich ergebnisoffen nach Antworten gesucht werden muss. Denn die Alternative für einen solchen Dialog wäre eine reine Theaterkulisse für ein Drehbuch, dessen Inhalt der grüne Verkehrsminister bereits festgelegt hat, nämlich die möglichst schnelle Verbannung des Verbrennungsmotors von unseren Straßen, koste es, was es wolle, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Wenn wir diesen Strategiedialog näher betrachten, dann sehen wir viele Arbeitsgruppen. Wir sehen Akteure, wir sehen Pilotprojekte – einige davon haben Sie uns heute ja zumindest in ganz groben Umrissen vorgestellt. Aber all dies stellt noch lange keine Strategie dar,

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

um den Transformationsprozess erfolgreich umzusetzen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Daniel Rottmann AfD)

(Andreas Stoch)

Stattdessen, meine sehr geehrten Damen und Herren, warten die Menschen in Baden-Württemberg nicht nur auf eine Perspektive in der Frage, wie in 20 oder 30 Jahren Mobilität funktionieren könnte. Sie warten darauf, dass ihnen die Politik und auch diese Landesregierung den Weg in das neue Mobilitätszeitalter aufzeigen. Was machen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die heute bei Daimler oder Bosch für die Herstellung von Dieselfahrzeugen verantwortlich sind? Diese Menschen haben heute Sorge um ihren Arbeitsplatz, und es treibt sie die Frage um, wie sie in fünf oder sechs Jahren ihre Familien ernähren sollen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, wenn man dann über diese Sorgen spricht, dann ist es, meine ich, falsch, zu behaupten, dies sei ein Blick in den Rückspiegel. Die Menschen, die aus ihrem Fahrzeug, das sie Leben nennen, nach außen blicken – und zwar auch durch die Frontscheibe, nicht nur durch den Rückspiegel –, fragen sich, wie sie zu ihrem Arbeitsplatz gelangen; sie fragen sich, wie sie Mobilität organisieren. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fragen sich überdies, wie sie zukünftig ihr Einkommen erwirtschaften sollen. Das sind keine Fragen, die mit einem Blick in den Rückspiegel beantwortet werden, sondern diese Fragen werden mit dem Blick durch die Windschutzscheibe beantwortet.

(Beifall bei der SPD und der AfD – Vereinzelt Beifall bei der FDP/DVP)

So kann eine erfolgreiche Transformation der Mobilität, insbesondere aber auch der Automobilindustrie, nicht ohne diejenigen erfolgen, die diese Transformation umsetzen werden. Das sind eben nicht nur die Konzernchefs und Vorstandsvorsitzenden, sondern es sind vor allem die Beschäftigten in der Automobilwirtschaft.

Dass Ihnen, Herr Ministerpräsident, die Rolle der Beschäftigten, der Betriebsräte und Gewerkschaften bei diesem Transformationsprozess nicht bewusst ist, haben Sie bereits zu Beginn des Strategiedialogs bewiesen. Erst auf Druck von außen wurden zu dem Strategiegipfel auch die Gesamtbetriebsratsvorsitzenden von Daimler und Bosch hinzugezogen. Hochglanzbilder mit den Vorstandsvorsitzenden sind noch lange kein Strategiedialog, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD – Vereinzelt Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Jawohl!)

Es ist überhaupt keine Frage: Wir befinden uns in einem tief greifenden Transformationsprozess. Das zu benennen ist richtig. Bei einer so gewaltigen Veränderung ist es aber sträflich, Unsicherheit bei den Verbrauchern und den Beschäftigten zu erzeugen. Ebendas passiert aber gerade. Die Grünen fordern auf ihren Parteitag das Ende des Verbrennungsmotors bis 2030. Herr Hofreiter ist der Auffassung, dass ein solches Datum nicht nur klima- und gesundheitspolitisch sinnvoll, sondern auch industriepolitisch enorm wichtig sei.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Der Ministerpräsident hält dies jedoch für einen „Schwachsinnstermin“ –

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

so ein Zitat vom Bundesparteitag – und glaubt weiterhin an den sauberen Diesel, während sein grüner Verkehrsminister gar nicht an sich halten kann, wenn es darum geht, in voraus-eilendem Gehorsam Fahrverbote zu verhängen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Verlässlichkeit für die Zukunft, für die Menschen in diesem Land sieht anders aus.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD – Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Bravo! So ist es!)

Wie muss sich diese grüne Kakophonie für Menschen anfühlen, die erst vor wenigen Jahren einen Diesel erworben haben und in gutem Glauben davon ausgegangen sind, dass sie mit ihrer Kaufentscheidung das Richtige tun?

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Kein Wort! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Diese Landesregierung ignoriert die Lebenswirklichkeit vieler Bürgerinnen und Bürger. Die meisten Menschen haben eben nicht so viel Geld auf der hohen Kante, um sich ein neues Auto kaufen zu können. Dies ist ein Fakt, auch wenn er nicht zur Lebenswirklichkeit der Grünen passt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD, Abgeordneten der FDP/DVP sowie der Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD und Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Deswegen gehört zu der Frage, wie Mobilität organisiert wird, auch die Frage, wie die Menschen in einer Woche, in einem Monat und in einem Jahr ihre Mobilität gewährleisten können. Wir, die SPD-Fraktion, sind der Auffassung, dass z. B. die Nachrüstungsfrage gerade auch durch Hardwarenachrüstungen angegangen werden kann.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Was macht da die Bundesregierung?)

Da reicht es eben nicht, immer nur die schützende Hand über die Automobilindustrie zu halten.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Dann macht doch mal was im Bund!)

Die Automobilindustrie trägt einen Gutteil der Verantwortung für die Missstände, die wir heute in unseren Städten feststellen. Deswegen brauchen wir gemeinsam mit der Automobilindustrie Nachrüstungslösungen, die den Menschen in den Städten gesunde Lebensverhältnisse garantieren, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Macht doch mal etwas im Bund! – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Stoch – – Nein, er lässt keine Zwischenfragen zu.

Abg. Andreas Stoch SPD: In Anbetracht der Gewinnmeldungen der großen Autohersteller und der Steigerung auch der Vorstandsbezüge glaube ich, dass dies geschultert werden kann.

(Andreas Stoch)

Die Landesregierung gefährdet durch ihr Handeln letztlich das Vertrauen der Käuferinnen und Käufer in das Produkt. Wir merken das auch daran, dass die Verkaufszahlen von Dieselfahrzeugen auch neuerer Bauart inzwischen einbrechen.

Um die Transformation der Automobiltechnologie hin zum Elektroauto und hin zu alternativen Antrieben zu gewährleisten, ist die Industrie aber auf den weiteren Absatz von Dieselfahrzeugen schlicht und einfach angewiesen. Nur so können auch die notwendigen Investitionen in die Elektromobilität und andere Antriebskonzepte überhaupt finanziert werden.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von den Grünen)

Darüber hinaus – auch da geht es um das Thema Wertschöpfung – sollte diese Landesregierung dem Umstand etwas mehr Beachtung schenken, dass die Umsätze unserer baden-württembergischen Automobilindustrie vor allem im Auslandsgeschäft erzielt werden. Dies ist deshalb nicht zu unterschätzen, da – wie die Landesregierung uns in der Stellungnahme zu unserem Antrag mitgeteilt hat – im Jahr 2030 weltweit noch etwa 80 % der Fahrzeuge einen Verbrennungsmotor nutzen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, reine Schwarz-Weiß-Malerei nach der Devise „Verbrennungsmotor: schlechte Mobilität – alternative Antriebe, Elektromobilität: gute Mobilität“ wird nicht funktionieren ohne einen riesigen Schaden für Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP sowie des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

Fragen zur Mobilität betreffen natürlich auch Fragen zur Nutzung verschiedener Verkehrsträger. Was aber tut dieses Land, was tut diese Landesregierung, wenn es z. B. darum geht, den öffentlichen Personennahverkehr zu fördern?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Jetzt kommt ein Märchen!)

Wir fordern seit Jahren, Kapazitäten im öffentlichen Personennahverkehr auszubauen. Aber trotz eines grünen Ministerpräsidenten, eines grünen Verkehrsministers, eines grünen Oberbürgermeisters und eines grünen Regierungspräsidenten können wir nicht erkennen, wo es etwa in der Region Stuttgart eine größere Verlagerung vom Individualverkehr auf den öffentlichen Personennahverkehr gegeben hätte.

(Zurufe der Abg. Beate Böhlen GRÜNE und des Ministers Winfried Hermann – Unruhe bei den Grünen)

Dies ist ein Schlag ins Gesicht, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir brauchen für die Menschen in diesem Land Anreize für den Umstieg, wir brauchen interessante Angebote im öffentlichen Personennahverkehr. Bei der Landesregierung: Fehlanzeige.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD – Unruhe bei den Grünen)

Ein zentrales Stichwort bei der Transformation ist die Technologieoffenheit. Der Blick der Landesregierung – auch das haben wir heute in dieser Regierungsinformation gehört – richtet sich stark verengt nur auf eine Zukunftsvision, die ir-

gendwann in 30 Jahren möglicherweise eintreten wird: Ride-Sharing oder flächendeckend vorhandene Elektroladesäulen. Dies mag richtig sein, bietet aber – ebenso wie die von den Grünen herbeigesehnten Fahrverbote – keine Lösung für die Fragen der Gegenwart und die jetzt betroffenen Menschen.

Herr Ministerpräsident, die Lösung liegt nicht in einem Entweder-oder, nicht in einem Ausspielen der verschiedenen Mobilitätskonzepte gegeneinander, sondern in einem „Und“. Wir dürfen nicht so tun, als sei die eine Mobilität gut und die andere schlecht. Wir brauchen einen Mix von Mobilitätskonzepten, eine Vernetzung der Verkehrsträger und Technologieoffenheit bei den Antriebskonzepten, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Denn eines sollte doch klar sein: Viele Menschen besitzen heute ein Fahrzeug mit Benzin- oder Dieselantrieb. Diese Menschen können nicht von heute auf morgen und wahrscheinlich auch nicht alle innerhalb der nächsten zwei, drei Jahre auf Elektrofahrzeuge umsteigen, selbst wenn sie alle genug Geld dafür hätten.

Die derzeit markttauglichen E-Autos mit Lithium-Ionen-Batterie sind für Kurzstrecken oder im Stadtverkehr gut geeignet. Für Langstrecken jedoch sind sie nicht oder kaum geeignet. Derzeit ist die Lithium-Ionen-Batterie der einzige marktreife und markteingeführte Energiespeicher für E-Mobilität. Dementsprechend werden weltweit große Fabriken mit entsprechenden Herstellungskapazitäten gebaut. Lithium-Ionen-Batterien sind jedoch sehr teuer und zugleich auch ökologisch höchst problematisch. Denn die Frage nach der Herkunft der Rohstoffe, nach der Verfügbarkeit der Rohstoffe für eine solche Elektromobilität blenden viele von Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, komplett aus.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Falsch!)

Wir brauchen Verfügbarkeit von Mobilität für alle Menschen.

(Beifall bei der SPD)

So dürfen wir auch nicht ausblenden, dass wir z. B. synthetische Kraftstoffe haben werden, die mit Strom aus Wind- und Solarenergie erzeugt werden

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Machen wir doch!)

und klassische Verbrennungsmotoren antreiben –

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

also die Motoren, die wir in Deutschland eben am besten bauen können.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Kollege Stoch, das machen wir!)

Die Konzentration auf batteriebetriebene Fahrzeuge gefährdet zudem den technologischen Vorsprung, den die baden-württembergischen Autobauer bei Benzin- und Dieselmotoren haben, zumal auch bei der Elektromobilität noch nicht klar

(Andreas Stoch)

ist, ob sie batteriebetrieben oder mit der Brennstoffzelle operieren wird. Gerade deshalb muss die Forschung, Entwicklung und über Pilotprojekte auch die Markteinführung alternativer Antriebe gefördert werden – und natürlich genauso die Energiespeichertechnologie insgesamt. Genau dafür will die neue Bundesregierung verstärkt Fördermittel bereitstellen. Auch dies sei an dieser Stelle einmal erwähnt.

Für Fortschritte in Richtung Elektromobilität und alternative Antriebe muss der Staat durch Anreize, Förderung und Ordnungspolitik sorgen. Das Primat der Politik ist in dieser Transformationsphase erforderlicher denn je.

Deswegen: Wenn wir die Mobilitätswende schaffen wollen und Klima- und Luftreinhalteziele erreichen wollen, brauchen wir kurz- und mittelfristig die technische Nachrüstung von mehreren Millionen Dieselfahrzeugen, brauchen wir Benzinfahrzeuge mit geringeren Feinstaubausstößen; das wird im Moment nur gern ignoriert, weil es gerade jetzt die Stickoxidwerte sind, die die Grenzwerte reißen. Wir brauchen Elektrofahrzeuge überall dort, wo sie auch einsetzbar sind, und wir brauchen Instrumente, mit denen wir die Autohersteller dazu bringen, nicht weiterhin Autos mit immer mehr Gewicht und PS zu produzieren.

All das, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird jedoch in dieser Regierungsinformation nicht einmal erwähnt. Herr Ministerpräsident, das ist zu wenig für unser Land, dessen Menschen und unsere Zukunft.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP sowie des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz das Wort.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Mobilität der Zukunft ist emissionsfrei und erneuerbar. Sie ist digital und vernetzt,

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

und darauf bereiten wir Baden-Württemberg vor.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Der Kollege Stoch hat jetzt 15 Minuten lang davon gesprochen: „Wir brauchen“, „wir brauchen“, „wir brauchen“. Konkrete Aktivitäten der SPD-Landtagsfraktion hat er nicht angekündigt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ja, regieren wir oder ihr? Entschuldigung!)

Und dann sprechen Sie die Hardwarenachrüstung an. Ihre Partei ist doch Teil der Bundesregierung! Dann bin ich mal gespannt, welchen Einfluss die SPD Baden-Württemberg in dieser Bundesregierung hat.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Sagen Sie doch mal Ihre Meinung dazu! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Herr Stoch, dann haben Sie den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs angesprochen. Wer stand denn im Bremserhäuschen, als es darum ging,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ach, immer die alten Märchen! Hör doch auf!)

die Ausschreibungen voranzubringen, 50 Millionen € mehr für den öffentlichen Nahverkehr?

(Zurufe von der SPD)

Es war doch Ihr Landesvorsitzender Nils Schmid, der hier im Bremserhäuschen stand.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe von der SPD, u. a.: Geschichtsklitterung!)

Die Entwicklung des Automobils in Baden-Württemberg hat die Welt verändert und geprägt. Diese Auswirkungen für die Gesellschaft, für die Städte, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer waren enorm.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE und Abg. Sascha Binder SPD unterhalten sich miteinander. – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Schwarz, warten Sie bitte. – Ich habe eine Bitte an die zwei Kollegen Lede Abal und Binder: Der Dialog scheint sehr interessant zu sein.

(Abg. Sascha Binder SPD: Ja! Interessanter als die Rede des Kollegen!)

Aber ich würde sagen, Sie verlagern Ihr Gespräch entweder nach außerhalb des Plenarsaals, oder Sie melden sich zu Wort. Ich bitte Sie jedenfalls, sich hier nicht miteinander zu unterhalten, während Herr Abg. Schwarz redet. – Danke.

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Mit der Erfindung des Automobils hat sich die Struktur unseres Landes grundlegend verändert. Es wurden Straßen gebaut, Parkplätze angelegt, die motorisierte Mobilität wurde zum Zentrum der Stadtplanung. Ganze Wirtschaftszweige verschwanden, veränderten sich grundlegend oder entstanden neu. Die Auswirkungen auf das Leben der Menschen waren enorm.

Mit der Transformation der Automobilwirtschaft bahnen sich erneut gesellschaftliche Veränderungen an, die nicht kleiner sind als die gerade beschriebenen Veränderungen. Wieder verändern sich ganze Industriesektoren grundlegend. Der Verbrennungsmotor mit fossilen Treibstoffen wird durch emissionsfreie Antriebe ersetzt, die Luft wird sauberer, und wir haben große Potenziale für den Klimaschutz.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Autonom fahrende Fahrzeuge verändern die Architektur unserer Städte. Sowohl der Individualverkehr als auch der öffentliche Verkehr sind völlig neu zu gestalten. Diese Veränderungen sind nicht aufzuhalten. Die Frage ist, ob Baden-Württemberg wie vor über hundert Jahren an der Spitze dieser neuen Entwicklung steht, sie prägt und von ihr profitiert oder ob

(Andreas Schwarz)

das andere tun. Weil die gesamte Gesellschaft betroffen ist, müssen wir für die Herausforderungen der Zukunft gesamtgesellschaftliche Antworten und Lösungen finden.

Gleichwohl sind wir uns darüber im Klaren, dass die Politik nur einen begrenzten Einfluss hat. Der Herr Ministerpräsident hat daher den einzig richtigen Weg vorgeschlagen. Er bringt mit einem Strategiedialog Automobilwirtschaft alle wichtigen Akteure an einen Tisch – die Politik, die Industrie, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Wissenschaft, die Zivilgesellschaft. Diese Akteure sind tragende Säulen des Transformationsprozesses. Es werden Betroffene zu Beteiligten gemacht, zu Gestaltenden gemacht.

Auf diesen Säulen fußt der Strategiedialog. Er bietet ein Dach, er bietet ein Forum, um eine der wichtigsten Fragen unserer Zeit anzugehen. Gemeinsam machen wir uns auf den Weg in die Zukunft. Wenn ich in die anderen Bundesländer schaue, kann ich feststellen: Wieder einmal ist Baden-Württemberg hier Vorreiter.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir sorgen dafür, dass die wichtigsten Akteure miteinander und nicht gegeneinander arbeiten. Statt rückwärtsgewandter Dieselgipfeldebatten, die die Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit aufbereiten wollen, blicken wir nach vorn. Baden-Württemberg ist der Motor des Dialogs. Wir Grünen denken dabei in zwei Richtungen: klimabewusste Transformation der Automobilwirtschaft und Erhalt von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen im Land.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Dass wir den Strategiedialog aufnehmen, planvoll annehmen und umsetzen ist ein Gewinn für den Klima- und den Gesundheitsschutz.

Ein weiterer Gewinn unseres Strategiedialogs wird sein, dass Unternehmen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mitgenommen werden. So halten wir Wertschöpfung in Baden-Württemberg. Wir halten damit die Arbeitsplätze in unserem Land. Aber wir sind uns darüber im Klaren: Die Arbeitsplätze werden sich ändern. Es wird weiterhin welche geben, einige werden abgebaut, aber es werden auch viele neue geschaffen werden.

Gleichwohl: Es gibt eine weitere Komponente. Das ist der Klimaschutz. Denn mit dem Pariser Klimaschutzabkommen hat sich die Staatengemeinschaft darauf verständigt, die Erderwärmung auf weniger als zwei Grad zu begrenzen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Ohne Diesel geht das nicht!)

Wir sind dazu verpflichtet, die Klimaschutzziele aus dem Pariser Abkommen einzuhalten. Darauf hat auch Gouverneur Jerry Brown aus Kalifornien, als er hier im Landtag gesprochen hat, hingewiesen. Wir nehmen diese Verantwortung sehr ernst, und als Innovationsland ist es die Aufgabe Baden-Württembergs, auch in diesem Bereich eine Vorreiterrolle einzunehmen.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wenn wir 2050 weitestgehend emissionsfrei leben wollen und emissionsfrei mobil sein wollen, dürfen wir nicht erst 2030 oder 2040 – die SPD will ja erst in 30 Jahren anfangen – umsteigen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Was für ein Blödsinn, Herr Kollege!)

Dann müssen wir jetzt handeln, dann müssen wir jetzt etwas tun und jetzt aktiv werden. Genau das macht die Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Die Zukunft gehört dem emissionsfreien Fahren. Mit wegweisenden Studien unserer Baden-Württemberg Stiftung zeigen wir Wege auf, wie diese Zukunft aussieht und wie sie gelingen kann. Das gilt für die Antriebe beim Auto, bei Lastkraftwagen, bei Bussen und Bahnen.

Damit kein Zweifel entsteht: Die Zukunft gehört einer Mobilität, die den Menschen die freie Wahl ihres Verkehrsmittels ermöglicht. Ob Auto, Fahrrad, Bus oder Bahn – alle Verkehrsmittel sollen vernetzt, verzahnt sein, sodass wir jederzeit effizient, kostensparend, ressourcensparend mobil sein können. Da kann uns die Digitalisierung helfen.

(Beifall bei den Grünen)

Wir dürfen in der aktuellen Lage nicht vergessen, dass die Exportchancen für Fahrzeuge mit klassischem Verbrennungsmotor sinken.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Genau!)

Immer mehr Länder werden in den nächsten Jahren Autos mit Verbrennungsmotoren nicht mehr zulassen. Hybrid- oder Elektrofahrzeuge werden künftig das Straßenbild in Großbritannien, Frankreich, den Niederlanden, Norwegen, Indien und China bestimmen. Weitere Länder werden sich anschließen.

Für die baden-württembergische Automobilwirtschaft mit ihren vielen Zulieferern, die Komponenten für den Verbrennungsmotor herstellen, birgt dies ein hohes Risiko. Wir müssen deshalb dagegensteuern, das Risiko annehmen und unsere Chancen nutzen. Denn in einer neuen Technologieführerschaft in Sachen emissionsfreie Mobilität liegen auch Chancen für Baden-Württemberg auf dem Weltmarkt.

(Beifall bei den Grünen)

Ich bin daher davon überzeugt: Mit dem Strategiedialog Automobilwirtschaft wird die Zukunft unseres Landes gesichert. Wir bieten Spitzentechnologien und Qualität „Made in Germany“ und „Made in Baden-Württemberg“. Kleine und mittelständische Zulieferer bis hin zu den kleinen Werkstätten vor Ort profitieren davon und sind oftmals die Hidden Champions mit neuen Ideen und kreativen Lösungen.

Meine Fraktion hat allein im letzten Jahr mehr als hundert Termine mit Automobilunternehmen durchgeführt. Wir stellen dabei fest: Die Unternehmen sind bereit, die Transformation anzunehmen. Sie stehen in der Poleposition, und wir werden

(Andreas Schwarz)

sie dabei unterstützen. Aber ganz klar ist: Wir müssen das Tempo erhöhen, denn wir wollen langfristig erfolgreich sein.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Eines ist klar: Emissionsfreie Antriebe basieren auf Strom, den wir aus zusätzlichen erneuerbaren Quellen herstellen müssen – sei es der batterieelektrische Antrieb, sei es die Brennstoffzelle oder seien es unter Strom Einsatz synthetisch hergestellte Gas- oder Flüssigtreibstoffe.

Es gibt viele Argumente, die für die Batterie sprechen. Denn der direkte Einsatz in die Batterie verbraucht am wenigsten Strom. Deswegen haben im Pkw-Bereich – das ist keine Entscheidung der Regierung gewesen, sondern der Industrie – die batteriebetriebenen Fahrzeuge derzeit die Nase vorn.

Hier bieten die baden-württembergischen Unternehmen gute Lösungen. Nehmen wir beispielsweise die eAchse von Bosch. Auch im Bereich des öffentlichen Verkehrs wird im nächsten Jahr eine Lücke geschlossen. Wir werden im nächsten Jahr in vielen Städten Baden-Württembergs elektrisch betriebene Busse von Daimler auf unseren Straßen sehen.

(Zuruf: Wieso nur von Daimler? – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Auch der Straßengüterverkehr kann von Elektromobilität profitieren. Im Landkreis Rastatt wird bis Ende 2019 eine Teststrecke für Oberleitungs-Lkws aufgebaut, die uns nicht nur wissenschaftliche Erkenntnisse bringt, sondern vor Ort unmittelbar für weniger Lärm und weniger Schadstoffe sorgt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Woran es noch fehlt, ist eine Batteriezellenproduktion in Baden-Württemberg. Denn die Batterietechnologie ist der Schlüssel zur E-Mobilität, zur auskömmlichen Reichweite und zum Erfolg im Markt. Deshalb ist es gut, dass sich ein Leuchtturmprojekt im strategischen Dialog eine Batteriezellenproduktion im Land zum Ziel gesetzt hat.

Bei diesem Leuchtturm müssen wir darauf achten, dass wir uns von den anderen Produzenten absetzen und Qualität „Made in Baden-Württemberg“ anbieten. Als Land der Tüftler und Denker mit hoch qualifizierten Fachkräften kann Baden-Württemberg nach meiner Überzeugung nur erfolgreich sein, wenn wir die besten Batterien anbieten – nicht die billigsten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Mein Argument geht hier klar in Richtung Ressourceneffizienz und Recyclingfähigkeit. Mit diesem Ansatz können wir nicht nur die besten, sondern auch die umweltverträglichsten Batterien anbieten. Rohstoffe wie Lithium oder Kobalt können bis zu zehnmals recycelt werden, Erdöl nicht. Forscher sind dabei, Ansätze zu entwickeln, wie sich Rohstoffe noch besser recyceln lassen, welche Alternativen es gibt. Es ist gut, dass sich die Landesregierung dieses Themas annimmt. Das ist Wirtschaftsförderung pur, das ist Innovationsförderung, und das ist gut für das Land, seine Menschen und die Arbeitnehmer.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die auch vom Ministerpräsidenten genannten Projekte zeigen, welche umfassenden Ergebnisse der Strategiedialog nach noch nicht einmal einem Jahr Betrieb mit sich bringt. Diese Geschwindigkeit, Herr Ministerpräsident, wünschen wir uns weiter. Unsere Ziele sind klar: Wir wollen, dass die Mobilitätsdienstleistungen und die Fahrzeuge der Zukunft weiterhin aus Baden-Württemberg kommen. Wir wollen, dass die beste und ökologisch verträglichste Batterietechnologie in Baden-Württemberg erforscht, entwickelt sowie produziert wird und hier zum Einsatz kommt. Wir schreiben nicht vor, wie die Welt in Zukunft aussehen wird, aber wir wollen Zukunft ermöglichen und kluge Rahmenbedingungen setzen.

Der größte Stolz der deutschen Industriegeschichte, der deutschen Industrie- und Ingenieurskunst war der Dieselmotor. In zehn Jahren werden wir stolz darauf sein, dass das emissionsfreie Fahren der Inbegriff von „Made in Germany“ ist.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Es gibt kein emissionsfreies Fahren! – Gegenruf des Ministers Winfried Herrmann)

Wir stoßen Denkprozesse an; das ist die Aufgabe der Landesregierung. Die Umsetzung der Prozessergebnisse liegt in den Händen der Unternehmen. Wir schalten auf Grün und erwarten von allen Beteiligten das gleiche Engagement.

Die Landesregierung geht mit Projekten, die ein Volumen von rund 20 Millionen € umfassen, in Vorleistung. Das ist gut so. Aber dieser verbindliche Dialog kann nur gelingen, wenn sich alle Beteiligten auf Augenhöhe begegnen und einbringen. Die Industrie ist aufgefordert, für ehrliche Testverfahren bei der Überprüfung von Schadstoff- und Kohlendioxidausstoßen zu sorgen. Es muss Schluss sein mit Betrugssoftware und trügerischen Verfahren, die mit dem wirklichen Leben nichts zu tun haben und eine schöne, heile Welt nur auf den Prüfständen vorspiegeln.

Dabei geht es auch darum, dass die Industrie verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen muss, und Politiker – unsere Kollegen im Europäischen Parlament – müssen für eine ambitionierte Weiterentwicklung der CO₂-Grenzwerte sorgen. Ich bedanke mich bei unserer Wirtschaftsministerin, die mit einer entsprechenden Forderung in die Offensive gegangen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Sie sehen: Dieser Strategiedialog ist wirklich ein grün-schwarzes Projekt.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Wir werden die Menschen im Land mitnehmen auf unserem Weg zu einer emissionsfreien Mobilität der Zukunft, auf unserem ehrlichen und offenen Weg

(Lachen des Abg. Anton Baron AfD)

von der baden-württembergischen Automobilindustrie zur baden-württembergischen Mobilitätsindustrie, und wir werden diesen Strategiedialog zu einem positiven Prozess und einem vollen Erfolg für Baden-Württemberg machen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Zukunft der Automobilwirtschaft ist die Standortfrage für Baden-Württemberg. Kaum irgendwo auf der Welt hängen Innovationskraft, Wohlstand und Beschäftigung so direkt mit dem Auto zusammen wie bei uns. 30 % der Industrieumsätze im Land kommen aus der Autoproduktion, Hunderttausende verdanken dem Auto sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze. Baden-Württemberg ist Autoland, und das soll auch in Zukunft so bleiben.

(Beifall bei der CDU, Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP sowie des Abg. Klaus Dürr AfD)

Aber klar ist: Für das Auto brechen neue Zeiten an. Dem müssen wir uns stellen, und wir wollen in Baden-Württemberg als Innovationsland und weltweit führender Automobilstandort nicht zusehen, wie andere die Märkte aufrollen.

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Wir in Baden-Württemberg müssen den Wandel gestalten. Vor allem müssen wir der Welt beweisen, dass man mit Know-how aus Baden-Württemberg auch zukünftig immer noch am besten fährt, und wir müssen den Wandel von der Spitze her führen. Deshalb ist es richtig, dass wir diesen Strategiedialog Automobilwirtschaft begonnen haben. Das war eine kluge Entscheidung der Landesregierung, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Denn es geht hier wirklich um Strategiefähigkeit. Die Wirtschaftsministerin hat ja auch frühzeitig einen wesentlichen Anstoß gegeben. Wegweisende Programme zur Förderung der E-Mobilität stammen außerdem schon aus der Zeit früherer CDU-geführter Regierungen. Wir haben bereits 2009 unter der Regierung Oettinger den Aufbau von e-mobil BW oder auch die Initiative zum Spitzencluster Elektromobilität begonnen.

Wir müssen aus einer grundlegenden industriepolitischen Perspektive schauen, wie wir den Standort Baden-Württemberg für die automobilen Zukunft aufstellen, wie wir Wertschöpfung im Land halten, wie wir Spitzenkompetenz in unserem Automotivsektor weiterdenken, neu formieren und auch neu erfinden. Deshalb führen wir Themen, Trends und Technologien rund um die Mobilität der Zukunft in ganzer Breite zusammen. Wir tun das strukturiert, koordiniert und zielorientiert in einem intelligenten Format und mit dem klaren Commitment aller Beteiligten. Die CDU-Fraktion unterstützt diesen Weg ganz ausdrücklich, denn es geht hier um die Zukunft unseres Landes.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Dieser Strategiedialog ist keine Schaufensteraktion. Er beinhaltet konkrete Projekte. Er wird konkrete Ergebnisse bringen. Dafür unterlegen wir ihn auch mit konkreten Mitteln. Die 20 Millionen €, die wir im Haushalt dafür bereitgestellt haben, wurden angesprochen. Er betrifft die wichtigsten Fragen unserer Zeit; das hat der Kollege Schwarz zu Recht angesprochen. Vor allem müssen wir sehen: Es ist gut angelegtes Geld,

das in strategisch wichtigen Punkten wie ein Katalysator für den Wandel in der Automobilindustrie wirken wird.

Herr Kollege Stoch, Sie sagen: Bitte nicht in den Rückspiegel schauen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das habe ich nicht gesagt!)

– In die Windschutzscheibe schauen, haben Sie gesagt.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Um Probleme zu lösen!)

Ich sage Ihnen: Nicht nur in die Windschutzscheibe schauen – das Fernlicht einschalten, das ist das Entscheidende, um das es geht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD: Aber nur außerhalb geschlossener Ortschaften! – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Für die CDU-Landtagsfraktion ist klar: Mobilität ist ein wesentliches Bedürfnis der Menschen, hier bei uns genauso wie in den Exportmärkten unserer Automobilunternehmen. Dieses Bedürfnis wird weltweit weiter wachsen. Auch die Mobilität der Zukunft muss dabei zuallererst – ich finde, das haben Sie zu Recht angesprochen, Herr Kollege Stoch – dem Bedürfnis im Alltag standhalten. Das ist eine Herausforderung, der wir uns alle stellen müssen; das betrifft uns alle. Die Mobilität der Zukunft muss schnell sein, direkt sein, komfortabel sein.

Natürlich wird das Auto dabei immer eine zentrale Rolle spielen. Aus der Sicht des Automobillands Baden-Württemberg ist dies auch gut so für unseren Standort. Die Politik hat dabei die Aufgabe, die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen zu erfüllen, nicht sie zu beschränken oder gar zu reglementieren. Darauf wird es ankommen, und dem müssen wir uns stellen, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Deshalb, finde ich, hat der Ministerpräsident zu Recht angesprochen, dass sich dieser Strategiedialog gezielt mit den Chancen des Wandels befassen muss. Sie haben die Leuchtturmprojekte erwähnt. Diese müssen und werden zeigen, dass hier vieles schnell und wirksam umsetzbar ist. Autonomes Fahren, digitale Vernetzung, neue Antriebsformen und Infrastrukturen, Industrie 4.0 in der Produktion, Digitalisierung – all das sind spannende Möglichkeiten für das Hightechland Baden-Württemberg, und all das müssen wir mit dem Dialog sichtbar machen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Uns ist dabei besonders wichtig, das wir gerade – das ist ja die Stärke unseres Landes – den Mittelstand in den Fokus der Pilotprojekte rücken. Jeder weiß: In Baden-Württemberg gibt es 1 000 mittelständische Firmen, die Zulieferer in dieser Branche sind. In Baden-Württemberg geht es eben nicht nur um die Zukunft der großen, kapitalstarken Branchenplayer. Sie werden die Veränderungen aus eigener Kraft bestehen und

(Dr. Wolfgang Reinhart)

antreiben. Entscheidend ist vielmehr, dass auch die hoch spezialisierten, hoch innovativen mittelständischen Zulieferbetriebe auf diesem neuen Weg in die Zukunft mitkommen.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Denn sie bilden sowohl das eigentliche Rückgrat als auch das wertvolle Tiefengeflecht des Autolands Baden-Württemberg. Deshalb wurde von den Vorrednern zu Recht auf die Chancen in der neuen Technologieführerschaft hingewiesen, die wir nutzen müssen. Diese Betriebe brauchen jetzt die gezielte Unterstützung, um ihre Geschäftsfelder neu zu justieren. Sie brauchen Begleitung, um in dem Wandel – auch angesichts des Medienrummels, den wir haben – kurzlebige von substanzialen Technologieentwicklungen zu unterscheiden.

Deshalb setzt die Landesregierung mit ihren Projekten hier den richtigen Schwerpunkt. Wir stehen an der Seite des Mittelstands und arbeiten mit ihm gemeinsam für die Zukunft und an der Zukunft.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Auch dass wir den Blick zusätzlich auf die Batterietechnik lenken, ist strategisch elementar. Denn die Batterie entscheidet über Reichweite, Kosten, Schnellladefähigkeit und damit letztlich auch über die Qualität von Elektroautos.

Richtig ist: Ein großer Einstieg in die herkömmliche Lithium-Ionen-Zellproduktion lohnt sich aus Sicht Baden-Württembergs. Daimler sagt zwar, dies lohne sich nicht, davon würde teilweise schon zu viel in Fernost produziert. Ich füge aber hinzu: Für Baden-Württemberg als Hochtechnologieland kann Elektromobilität nicht heißen, einfach einige Tausend Laptopakkus in Reihe zu schalten. Für ein Lifestyleprodukt wie Tesla mag das genügen, für ein technologisch ambitioniertes Qualitätsprodukt sicher nicht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Denn die Batterie – das wurde zu Recht angeführt – ist immer noch so etwas wie die Achillesferse in der Elektromobilität. Wichtige Fragen sind noch ungelöst.

Es wurden zu Recht die Chancen, gerade bei den Elektrobussen, angesprochen. Die Teststrecken in Rastatt wurden zu Recht erwähnt, Kollege Schwarz. Aber auch Sicherheitsaspekte, Rohstoffe und Recycling sind wichtige Themen. Der ökologische Fußabdruck der Batterieelektrik ist immer noch eine große Herausforderung.

Unser Anspruch muss es daher sein, auch hier überzeugende Technologielösungen zu finden und dann im Batteriegeschäft mit von der Partie zu sein. Das wurde zu Recht angesprochen. Baden-Württemberg muss einen Fuß in die Tür zur Batterieproduktion der Zukunft stellen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Genau darauf zielt der zweite Schwerpunkt im Rahmen der geplanten Leuchtturmprojekte.

Noch wichtiger ist allerdings: Nach wie vor ist keineswegs ausgemacht, wie die Antriebe der Zukunft genau aussehen

werden. Wir haben hier sozusagen einen Wandel, der in die Zukunft führt. Teilweise halten Experten batterieelektrische Fahrzeuge auch nur für eine Übergangstechnologie. Die Herausforderung, vor der wir stehen, heißt in der Tat Technologieoffenheit – da sind wir vollkommen bei Ihnen.

Wir müssen deshalb sagen: Wir wollen nicht die billigsten, eher die besten Batterien anbieten. Herr Kollege Schwarz, da sind wir ganz beieinander. Wir müssen aber auch beim Wasserstoff oder bei den synthetischen Kraftstoffen

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

im Spiel bleiben, uns im Spiel halten.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es! – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Ich erwähne auch den Erdgasantrieb. Der ist, wie ich finde, noch immer nicht abgeschrieben.

(Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

All das ist eine Strategiefrage. Darum müssen wir uns kümmern.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Die Zukunft der Mobilität hat längst begonnen. Für die Autohersteller und die Zulieferer in Baden-Württemberg ist sie in guten Teilen konkrete Realität. Laut Ernst & Young sind es die deutschen Automobilunternehmen, die weltweit am meisten in neue Antriebs- und Fertigungstechnologien investieren. Allein Daimler hat seit 2010 über 40 Milliarden € für Forschung und Entwicklung ausgegeben. ZF setzt Ausrufezeichen im Bereich „Smart Mobility“. Bosch hat das erklärte Ziel, ab 2020 Weltmarktführer bei der Elektromobilität zu sein.

Das unterstreicht: Die Branche macht ihre Hausaufgaben, um Arbeitsplätze und Wertschöpfung am Standort zu halten. Sie braucht die strategische Partnerschaft und die Unterstützung der Politik. Aber ich füge auch hinzu: Sie braucht keine Nachhilfe.

Die Wettbewerbsbedingungen für die Unternehmen in unserem Land werden in den nächsten Jahren natürlich härter werden. China hat ganz eigene technologische, ökonomische und politische Ziele – der Ministerpräsident hat es angesprochen. Die USA greifen unsere Marktposition aktuell mit Strafzöllen an. In diesem Umfeld sollten wir uns beim Negative Campaigning gegen unsere Autoindustrie und ihre Produkte nicht selbst an die Spitze stellen.

(Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Die Zahlen rechtfertigen nämlich manche Schlagzeile nicht. Die Uni Duisburg hat herausgefunden: Die deutschen Hersteller sind beim Stickoxidausstoß flottenbezogen weit besser als die Wettbewerber aus Frankreich, Italien oder Japan. Wir sollten also aufhören, unsere Stärken schlechtzumachen, während sich die lachende Konkurrenz mit ihren schlechteren Produkten die Hände reibt. Auch das gehört zum Zusammenhang.

(Beifall bei der CDU, Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP sowie des Abg. Andreas Kenner SPD)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Damit bin ich bei dem angesprochenen Thema Luftreinhaltung. Die deutschen Hersteller haben sich beim Dieselpfiff verpflichtet – das war immerhin ein Anfang. Nun müssen endlich auch die Importeure in die Verantwortung. Ich finde auch – wie bereits angesprochen wurde –, dass es um Nachrüstung gehen muss. Die Autoindustrie darf sich hier keinen schlanken Fuß machen. Da hat man in der jüngsten Zeit manchmal den Eindruck, als würde es sie gar nicht betreffen.

Deshalb gilt für uns: Wir wollen saubere Luft, aber wir wollen das möglichst ohne Fahrverbote. Deshalb gilt für die CDU-Fraktion: Bevor irgendein Auto aus unseren Städten ausgesperrt wird,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Eingesperrt!
– Gegenruf des Abg. Thomas Hentschel GRÜNE)

müssen wir alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft haben, um die Luft besser zu machen. Es kann nur die Ultima Ratio sein. Das ist auch der Normzweck des Urteils, der im Grunde genommen ausgesprochen wurde.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Das milliardenstarke Sofortprogramm „Saubere Luft“ des Bundes wie auch unser eigener Landesfonds müssen die Chance und die Zeit bekommen, jetzt wirksam zu werden. Erst danach kann man auch über Fragen wie die mögliche blaue Plakette – die wir in Baden-Württemberg als Ultima Ratio bejaht haben – sprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es geht nicht darum, möglichst schnell Verbote zu verhängen.

(Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Es kann auch nicht darum gehen, politische Vorstellungen von der Mobilität der Zukunft auf dem Rücken der Autofahrer durchzusetzen.

Millionen Dieselfahrer haben auf eine Technologie vertraut, die wirtschaftlich ist, die zuverlässig ist, die CO₂ spart und der Zehntausende im Land ihr Einkommen verdanken. Sie verlangen zu Recht eine Antwort auf die Frage, wie sie ihr Fahrzeug weiter fahren können, wie sich der Wertverlust begrenzen lässt. Hier ist die Industrie noch stärker gefragt.

Wenn VW vor Tagen einen Reingewinn von über 11 Milliarden € vermeldet hat und die Vorstandsgehälter auf über 50 Millionen € erhöht hat, dann sind das berechnete Fragen in dieser Zeit.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Da darf man auch nicht die Kunden allein auf dem Schaden sitzen lassen. Einfach nur zu sagen: „Nachrüstung geht nicht“, ist nicht die Haltung, die wir erwarten dürfen. Ich bin sicher, die Hersteller haben die Ideen, die Ressourcen, um ihren Kunden einen Ausweg aus der Fahrverbotssackgasse zu eröffnen. Wir haben gestern in den „Stuttgarter Nachrichten“ auf der ersten Seite gelesen: Die Händler können es. Sie trauen es sich zu.

Der Ministerpräsident hat es gesagt: Baden-Württemberg soll Autoland Nummer 1 bleiben. Wir wollen außerdem, dass Baden-Württemberg Mobilitätsland Nummer 1 wird. Das ist wichtig für den Standort Baden-Württemberg. Das ist auch wichtig für die Chancen unserer Zeit, unseres Landes.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Baden-Württemberg ist, verehrte Kolleginnen und Kollegen, das Land der Tüftler, Denker und Ingenieure. Wir wollen Mobilität ermöglichen, Technologien voranbringen, Wertschöpfung im Land erhalten. Mobilität der Zukunft heißt: smarte Fahrzeuge, weniger Staus, saubere Luft, mehr Komfort und damit mehr Freiheit. Das geht nicht gegen das Auto, sondern nur mit dem Auto. Hier wollen wir auch in Zukunft an der Spitze bleiben. Dazu trägt dieser Dialog bei.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Gögel.

Abg. Bernd Gögel AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, werter Herr Ministerpräsident! „Der Kampf gegen die globale Erwärmung ist die Menschheitsaufgabe des 21. Jahrhunderts“, haben Sie uns heute Morgen versichert. Der ersatzreligiöse Klimaendsieg treibt also Ihre Regierungspolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Aber Ihre Regierungserklärung ist Wunschdenken, weil erstens zentrale Prämissen obsolet sind und Ihnen zweitens Voraussetzungen für die Erfüllung Ihrer Versprechungen fehlen.

Warum, meine Damen und Herren? Über die Relevanz entscheiden andere. Die Pariser Klimaziele für 2050 geben Ihnen vielleicht die Illusion, den Lauf der Welt zu gestalten. Baden-Württemberg soll nach Ihrer Vorstellung den CO₂-Ausstoß von fast 90 Millionen t 1990 bis 2050 auf 9 Millionen t senken.

Es geht hier um ein Gas, das 0,4 % der Atmosphäre ausmacht – 0,4 %! – und von dem 96 % natürlichen Ursprungs sind. Das ist die Ideologie, die dahintersteckt.

(Beifall bei der AfD – Abg. Hermann Katzenstein
GRÜNE: Mann, Mann, Mann!)

Mit Dramatisierungen und hysterischem religiösen Habitus werden hier ideologische Gestaltungsaufträge inszeniert.

Welttrottung ist nicht Ihr Job, Herr Ministerpräsident. Die Stellenbeschreibung des Ministerpräsidenten steht in den Artikeln 45 bis 57 der Landesverfassung. Dort stehen als Grundlagen Ihrer Zuständigkeiten Sicherheit, Bildung, Gesundheitswesen und Verkehrsinfrastruktur. Das sind Ihre realen Zuständigkeiten für die Daseinsvorsorge. Sie umfassen kein Diletterieren mit selbst angemäßen Menschheitsaufgaben zulasten der Steuerzahler, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

(Bernd Gögel)

Wenn bis heute Mobilitätsrevolutionen stattgefunden haben – wie der staatliche Eisenbahnbau des 19. Jahrhunderts

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: „Staatlicher Eisenbahnbau des 19. Jahrhunderts“!)

oder die automobilen Massenmobilität der 1950er-Jahre –, dann gingen sie auf den realen Bedarf der Gesellschaft zurück. Der Staat unterstützte sie, weil sie für eine existierende Wirtschaft Infrastruktur schufen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Immer kam zuerst der Bedarf, dann die Politik. Ihr emissionsfreies, autonomes Wunderland soll dagegen durch politische Glaubenserklärungen geschaffen werden.

Ich will Ihnen sagen, Herr Ministerpräsident, welche Freiräume Sie in der Klimapolitik haben. Die Amerikaner haben das Pariser Klimaschutzabkommen nicht unterschrieben, und China, Indien und Indonesien hat man sogar Freiheit von Strafzahlungen und bis 2030 zudem neue Kohlekraftwerke genehmigt.

Ihr Lieblingsabkommen ist praktisch gescheitert. Wenn allein die autoritär gelenkte Wirtschaft Chinas planmäßig wächst, ist all Ihre Weihrauchschwankerei hier Makulatur.

Deutschland verursacht 2,2 % der weltweiten CO₂-Emissionen, China 28 %, aber wir lassen uns unsere sogenannte Energiewende über 1 Billion € an Steuergeldern kosten.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, Sie erklären nun die Zeitenwende beim Automobilbau zur Schicksalsfrage und simulieren strategische Lenkung. Dank Ihnen, dank der EU-Kommission, dank Ihrer Freunde, die den Ruf des Verbrennungsmotors zugrunde geredet haben,

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Die Ausländer bestimmt auch noch!)

wird die hiesige Automobilindustrie mit 230 000 Arbeitsplätzen und 120 000 Arbeitsplätzen bei den Zulieferern bald denselben Weg gehen wie die deutsche Uhrenindustrie, die Möbelindustrie, die Unterhaltungselektronik, die Hausgeräteelektronik, die Telekommunikation und die Optik.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Die einheimische Wertschöpfung, die heute noch eine massive Umverteilung ermöglicht, entfällt.

Meine Damen und Herren, ich denke, wenn es einen Weg aus der von Ihnen herbeiverwalteten Krise des Automobilbaus gibt, dann werden ihn unsere heimischen Autobauer selbst finden, und zwar als Unternehmer – ohne Ihre schädliche weltanschauliche Technologiegängelei.

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Auf die von Ihnen politisch gewollten Veränderungen ist das Land überdies infrastrukturell in keiner Weise vorbereitet.

(Zuruf von der AfD: Genau!)

Ohne flächendeckendes schnelles Internet ist ein flächendeckendes autonomes Fahren völlig unrealistisch.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Hier ist Baden-Württemberg maximal Entwicklungsland.

(Beifall bei der AfD)

Genauso wichtig und fast noch wichtiger ist die Bildung. Ohne erstklassige Schulen mit Leistungsprinzip – und die Betonung liegt auf Leistungsprinzip – werden Sie nicht das Personal für die hochwertigen Entwicklungsaufgaben ausbilden können. Bei der digitalen Ausstattung der Schulen muss man Schwerpunkte bilden, und zwar nach Bedarf, Interesse und Fähigkeiten. Ich mag nicht glauben, dass die Macher von Silicon Valley je mit einem Blödsinn wie „Schreiben nach Gehör“ traktiert wurden.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Meine Damen und Herren, mit der unmissverständlichen Weigerung der Firma Bosch, eine Batteriezellenproduktion in Deutschland aufzunehmen, ist das Kernstück Ihrer E-Mobilitäts-Offensive bereits tot.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Ihre politisch verordnete Schlüsseltechnologie wird es hier nicht geben. Auch die neuen Elektromotoren mit gut 300 Teilen lassen sich gut automatisch montieren. Die gesellschaftlichen Folgen treffen zuerst den bürgerlich denkenden Facharbeiter mit Familie und Hypothek. Ihr Totreden des Dieselmotors nimmt unserer Industrie die Möglichkeit, hochwertige Produkte zu verkaufen und damit genau die Einnahmen zu erzielen, die dieses Land braucht. Sie hätten sich für diese Industrie mehr einsetzen müssen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron und Abg. Rüdiger Klos AfD: Genau!)

Stattdessen wird die Wirtschaftlichkeit einer bei uns virtuos beherrschten Technologie mit voller Absicht zerstört. Die Emissionsvorgaben der EU für Pkws mit 95 g CO₂ pro Kilometer ab dem Jahr 2021 lassen sich bei Pkws, wie sie in den Leasingflotten von Unternehmen laufen, nur mit Dieselmotoren erreichen. Bei einem modernen Pkw wie dem Daimler C 220 Benziner müssten dann die Hersteller für jeden einzelnen Wagen ab 2021 Strafzahlungen in Höhe von beinahe 4 000 € leisten, meine Damen und Herren. Ab 2030 gelten dann politische Vorgaben von 63 g CO₂ pro Kilometer, und dies lässt sich mit Verbrennungsmotoren überhaupt nicht erreichen.

So soll der Verbrennungsmotor auf politischem Weg binnen eines Jahrzehnts für die Hersteller unwirtschaftlich werden und eliminiert werden.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Unglaublich!)

Dann ist in unserer klassischen Automobilindustrie Feierabend. Erklären Sie das einmal den Menschen da draußen im Land, Herr Ministerpräsident, warum Sie das brauchen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

(Bernd Gögel)

Wenn aber diese Automobilindustrie heute ein gutes Fünftel des baden-württembergischen Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet, was wollen Sie künftig als Ausgleich anbieten? Wollen Sie Elektrofahrzeuge entwickeln, wie sie in den USA bereits in Serienproduktion sind? Wollen Sie Batterien billiger montieren als die Asiaten? Wollen Sie das autonome Fahren als Selbstzweck anbieten, das für einige Konzerne eine riesige profitable Datenmine wird, dem Bürger aber die Selbstbestimmung nimmt?

(Beifall bei der AfD)

Wollen Sie Ihre Pendlerströme auf Fahrradschnellwegen zu Fabriken schicken, die es nicht mehr gibt? Im Grunde ruinieren Sie mit Ihrem Wunschenken nur die selbstbestimmte Mobilität.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Ha, ha, ha! –
Gegenruf von der AfD: Ja!)

Ich befürchte fast, das wollen Sie, das ist Ihr Geschäftsmodell, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Die Schere in der Gesellschaft öffnet sich weiter. Die Wohlhabenden lassen sich ihre Elektronachhaltigkeitsmoral subventionieren und fahren selbstbestimmt, ja, sie erheben ihren angeblich nachhaltigen hedonistischen Lebensstil zum Statussymbol, während es für die Frau an der Supermarktkasse oder im Pflegedienst noch härter wird. Ein paar Kreative programmieren künftig vielleicht eine ganze Fabrik. Der Normalbürger erlebt Verzicht, und den billigen Gebrauchten gibt es im E-Mobil-Bau nicht.

(Zuruf von der AfD: Sowieso nicht!)

Die ärmere Hälfte der Bevölkerung machen Sie abhängig. Sie soll tauschen und teilen und wird von Ihnen in Sozialismusanier aufs Fahrrad oder in verwehrte öffentliche Verkehrsmittel gesetzt.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Wow!)

Sie enteignen diese Menschen,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

indem Sie deren Fahrzeuge, in die sie in gutem Glauben an geltende Gesetze investiert haben, als „Dreckschleudern“ verurteilen und Ihnen die Presse auch noch dümmlich sekundiert.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Ihre urbane Grünmilieu-Wunschwelt mutiert zum Wirtschaftskrieg der besitzenden Moralisten gegen die ärmere Hälfte der Bevölkerung.

(Beifall bei der AfD)

Auf dem flachen Land werden Sie aber immer Mobilität im Privatbesitz benötigen.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD – Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Den Wandel der Statussymbolik in Deutschland und in der Welt erkennt selbstverständlich auch die AfD. Da sind wir völlig realistisch. Doch die digitale Revolution samt ihren neuen Statuskonsumgütern wird nicht wirklich in Baden-Württemberg gemacht, meine Damen und Herren. Verdienen werden in Ihrem digitalen, autonomen Mobilitätsszenario die Sammler und Verwerter der durch den Verkehr generierten Daten und wenige hoch qualifizierte kreative Arbeitskräfte. Wer heute mit mittlerer Facharbeiterausbildung binnen einer Generation stabilen Wohlstand schaffen konnte, wird in Ihrem vermeintlichen Wunderland zum entwerteten Menschen. Für diese Menschen sorgen Sie nicht. Ein Recht aufzubegehren gesteht Ihresgleichen diesen Menschen nicht einmal zu. Diese Leute, die Ihre überhitzten Utopien ertragen müssen, sind dann für Sie, meine Damen und Herren, Bodensatz.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Sie werden in Ihrer hypermoralischen Weltrettergesellschaft als Feind behandelt, und sie hören auf, unserem Staat zu vertrauen. Die Mehrheit der Menschen wird kein Einkommen mehr haben, um sich von Ihrer digitalen Schwärmerei begeistern zu lassen. Die vernetzte Mobilität ist für sie dann der Bus, der abends nicht fährt, oder die mit Schlaglöchern übersäte Straße.

Meine Damen und Herren, die AfD sieht Ihre einseitige und ideologisch motivierte Festlegung auf Elektromobilität als eine teure Sackgasse an. Ich rate Ihnen deshalb dringend, die Rede des Staatssekretärs im Bundesverkehrsministerium Norbert Barthle vom 2. März 2018 im Bundestag nachzulesen. Zu der bewusst geschürten NO₂-Hysterie bemerkte er – ich zitiere –:

Es gibt tatsächlich keine einzige ... Studie, die einen kausalen Zusammenhang zwischen den ... Grenzwerten und Todesfällen herstellt.

Das ist so laut Barthle.

(Beifall bei der AfD)

Für Weltrettung, Herr Kretschmann, sind Sie nicht zuständig, und die Gesundheitssituation ist keineswegs dramatisch. Die Luftbelastung ist mit den neuen Euro-6-Motoren beherrschbar. Sie ist seit den Neunzigerjahren erheblich gesunken, und wir sind hier auf einem sehr guten Weg.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Von Mitte der Neunzigerjahre bis 2014 ist die mittlere Lebenserwartung in Stuttgart bei Männern um 5,5 Jahre auf 80,3 Jahre und bei Frauen um 3,2 Jahre auf 84,5 Jahre gestiegen

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Hört, hört!)

und gehört zu den höchsten in der Republik.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Bei vernünftigen politischen Rahmenbedingungen ist die bewährte wirtschaftliche Technologie Verbrennungsmotor durchaus zukunftsfähig. Sie kauft unserer Industrie Zeit für eigenständige Innovationen. Eine Änderung in der Mobilitätstech-

(Bernd Gögel)

nologie hat evolutionär zu geschehen, nicht disruptiv und für unsere Wirtschaftsbasis zerstörerisch.

(Beifall bei der AfD)

Baden-Württemberg, meine Damen und Herren, hat sein Brot mit individueller Mobilität erwirtschaftet. Es ist sinnlos, über 200 Millionen € in die Hand zu nehmen, um das zu imitieren, was in den USA bereits real fährt, oder mit den Konzernen konkurrieren zu wollen, die von der Sammlung und Strukturierung der Nutzerdaten leben. Hier können wir in Baden-Württemberg bestenfalls hinterherfahren, zumal wir die wichtigsten Rohstoffe für die E-Mobilität – Kobalt, Seltene Erden und dergleichen – nicht besitzen und diese sicherlich auch nicht von den Chinesen zur Verfügung gestellt bekommen.

Die Hersteller in unserem Land werden – davon bin ich überzeugt – eigene konkurrenzfähige Mobilitätsprodukte finden. Dabei ist Technologieoffenheit entscheidend.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Der staatlich verordnete Elektroantrieb ist allenfalls eine Nischenlösung.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Der Staat muss sich auf die Bereitstellung der Voraussetzungen für diesen Wettbewerb konzentrieren: Infrastruktur, Bildung. Derweil müssen bewährte Industrien profitabel bleiben, um Reserven für Forschung und Entwicklung zu generieren. Ein Übergang muss evolutionär sein.

(Zuruf von der CDU: Kreativ muss er sein!)

Kurzfristig sollten Forschungsmittel beispielsweise in die Herstellung nachhaltiger chemischer Treibstoffe fließen. Diese können als Power-to-Gas oder Power-to-Liquid mithilfe von Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt werden. Sie dienen als chemischer Speicher für anders nicht zu verwertende Stromüberschüsse

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

und erlauben, gegebene Investitionen in die bewährte Verbrennungsmotorenteknologie zu amortisieren. Nur so ist es möglich, dass in einer Situation des Wandels die ganze Gesellschaft gewinnt, statt dass breite Schichten immer stärker vom Wohlstand abgekoppelt werden.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD sowie der Abg. Dr. Heinrich Fiechtner und Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos] – Abg. Rüdiger Klos AfD: So ist es!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erlaube ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Reinhart hat zu Beginn seiner Ausführungen folgenden Satz gesagt: „Baden-Württemberg ist Autoland, und das soll auch in Zukunft so bleiben.“ Herr Kollege Reinhart, diesen Satz unterschreiben wir uneingeschränkt.

(Zuruf von der SPD: Wir auch!)

Er passt aber nicht zur Titelgebung dieser Regierungsinformation des Ministerpräsidenten, die da lautet: „Vom Automobilband Nummer 1 zum Mobilitätsland Nummer 1“. Denn diese Titelgebung, Herr Ministerpräsident, setzt das Signal nach außen, dass das Land Baden-Württemberg sich vom Automobil verabschieden will. Und das, meine Damen und Herren, ist der falsche Weg.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Wie muss das bei den Zehntausenden von Beschäftigten in der Automobilwirtschaft ankommen, wie muss es bei den Hunderttausenden von Beschäftigten in der Zulieferindustrie ankommen? Herr Ministerpräsident, mit diesem Signal stellen Sie die Grundlage des Wohlstands in unserem Land infrage.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD sowie des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Unsinn!)

Dann kommen Sie mit einem Brockhaus-Zitat aus dem Jahr 1896. – Vielleicht die Anregung, Herr Murawski, für das Staatsministerium ein etwas zeitgemäßeres Nachschlagewerk anzuschaffen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Denn der Brockhaus wurde in seiner gedruckten Form 2014 bereits eingestellt,

(Heiterkeit bei der FDP/DVP)

während man sich im Staatsministerium offensichtlich immer noch seine Weisheiten aus den älteren Ausgaben holt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD)

Bei den neueren Ausgaben könnten Sie vielleicht auch entdecken, dass die Batterie nicht der Weisheit letzter Schluss ist, meine Damen und Herren. Denn es muss auch andere Wege geben; dafür sind die Nachteile zu erkennbar und die Vorteile nicht groß genug.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Jetzt haben Sie einen Strategiedialog ins Leben gerufen, Herr Ministerpräsident. Dieser Strategiedialog hat offensichtlich noch nicht allzu viele Ergebnisse geliefert; zumindest konnten Sie am heutigen Tag nicht besonders viele davon vorweisen. Der bemerkenswerteste Satz dieser Regierungsinformation findet sich nämlich auf Seite 4 – ich zitiere –:

Es gab schon über 30 Sitzungen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Das ist das bislang bemerkenswerteste Ergebnis Ihres Strategiedialogs, der elektromobilitätslastig ist, der batterielastig ist, meine Damen und Herren.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Ich zitiere, Herr Ministerpräsident:

Das Auto ist nicht mehr isoliertes Fortbewegungsmittel, sondern Baustein eines neuen, umfassenden Mobilitätsystems.

Okay, das mag richtig sein. Aber dieses umfassende Mobilitätskonzept kann nicht nur aus der Elektromobilität bestehen, meine Damen und Herren. Wir brauchen in der Zukunft auch weiterhin noch für lange Zeit den Verbrennungsmotor.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD sowie des Abg. Konrad Epple CDU)

Bei Ihrer engagierten Geheimrede gegen Herrn Hofreiter auf dem Grünen-Parteitag ist ja bekannt geworden, Herr Ministerpräsident, dass Sie das ähnlich sehen und nichts davon halten, wenn Ihre Partei irgendwelche Ausstiegsdaten wie das Jahr 2030 formuliert. Denn Sie wissen selbst, dass dies ohne den Verbrennungsmotor noch sehr viel länger nicht gehen wird als bis zum Jahr 2030 und dass die reine Elektromobilität mit Sicherheit auch keine ausschließliche Alternative zum Verbrennungsmotor sein kann.

Wir brauchen keine Fixierung auf Batterie und Elektromobilität, meine Damen und Herren, sondern wir brauchen Technologieoffenheit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Jawohl!)

Wir brauchen auch das Arbeiten an Alternativen wie beispielsweise der Brennstoffzellentechnik oder Power-to-Gas. Das ist genauso wichtig, wenn nicht wichtiger als das Nachdenken über Elektromobilität und die Batterielastigkeit dieser Erklärung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Jawohl!)

Warum hat sich Bosch denn erst kürzlich aus der Batteriezellenforschung und -produktion zurückgezogen, wenn das eine solche Zukunftstechnologie ist? Offensichtlich beurteilt die Wirtschaft im Land Baden-Württemberg das anders als die grüne Regierungsspitze.

(Abg. Anton Baron AfD: Oh ja!)

Ebenso fehlt uns in diesem Land noch die Ladeinfrastruktur. Auch das haben Sie bei Ihrer Geheimrede auf dem Grünen-Parteitag ja in aller Deutlichkeit gesagt, dass die Infrastruktur überhaupt nicht vorhanden ist, die wir brauchen würden, um die Pläne, die Sie da in den Raum gestellt haben, zu realisieren.

Nicht die FDP, sondern die Forschungsstelle für Energiewirtschaft rechnet vor: Bei 45 Millionen Automobilen, die durchschnittlich 13 000 km im Jahr fahren, brauchen Sie 105 TWh zur Versorgung. Woher wollen Sie die in der derzeitigen Situation nehmen, meine Damen und Herren? Das sind keine wesentlichen, keine richtigen Pläne.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Dann hat uns etwas gewundert, dass Sie in diesem Zusammenhang – quasi als zweiten Schwerpunkt dieser Regierungsinformation – wieder einmal den Klimawandel beschworen haben.

(Zuruf von der AfD: Oje!)

Man kann darüber diskutieren, inwieweit erwiesen ist, dass CO₂ diesen Klimawandel verursacht hat. Man kann auch darüber diskutieren, welchen Beitrag Baden-Württemberg zur Rettung der Welt leisten kann. Wenn man aber der Überzeugung ist, Herr Ministerpräsident, CO₂ sei das eigentliche Problem, dann wundert uns der Kampf Ihrer Partei gegen den Diesel schon sehr.

(Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Jawohl!)

Über viele Jahre hinweg haben doch vor allem auch Grüne den Menschen erzählt: „Kauft Diesel! Diesel ist CO₂-arm. Damit tun wir etwas gegen den Klimawandel. Damit retten wir die Welt.“

(Abg. Anton Baron AfD: Ja!)

Aber offensichtlich war diese Thematik nicht mehr sexy genug.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Dann haben Sie plötzlich den Diesel entdeckt und haben zunächst über Feinstaub geredet. Dann ließ sich wissenschaftlich nicht belegen,

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

dass der Diesel beispielsweise hier in Stuttgart am Feinstaub schuld ist. Danach haben Sie alternativ das Stickoxid entdeckt. Seither sind Diesel und Stickoxid sozusagen der neue grüne Watschenmann.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Daran kann man sich dann abarbeiten. Das haben wir mittlerweile verstanden. Wenn es aber so ist, wundert uns schon, dass Sie in Ihrer Regierungsinformation nach wie vor den Klimawandel beschwören.

Was Sie dann an Maßnahmen gegen Ihren neuen Feind, den Diesel, anbieten, ist alles grünes Nudging, Bevormundung der Bevölkerung. Ein Beispiel ist die jüngste Forderung Ihrer grünen Parteifreunde hier in der Region Stuttgart nach einer Nahverkehrsabgabe. Das hat der Bevölkerung gerade noch gefehlt – nach den anderen Vorschlägen, die Sie bisher schon eingebracht haben.

Ich sage in aller Deutlichkeit: Fahrverbote sind der falsche Weg,

(Zuruf von der AfD: So ist es!)

ganz egal, ob es Fahrverbot heißt oder blaue Plakette. Gott sei Dank macht der Bund nicht mit, denn ein Fahrverbot kann man der Bevölkerung nicht zumuten, meine Damen und Herren – und auch nicht die sonstigen Maßnahmen, die beispielsweise Herr Hermann gern hätte. Es ist eine Enteignung der Autofahrer, wenn man zu diesen Fahrverboten kommt und sie dann auch so begründet. Jahrelang sagt man den Leuten:

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

„Kauft Diesel.“ Jahrelang sagt man: Es ist richtig, dass Diesel – –

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wer hat das gesagt? – Zuruf der Abg. Andrea Schwarz GRÜNE)

– Ja, ihr z. B. habt das gesagt.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wann?)

Ihr habt jahrelang gepredigt, der Diesel sei klimafreundlicher als der Benziner. Wollen Sie jetzt nichts mehr davon wissen?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Jetzt auf einmal hat man das Stickoxid entdeckt, und jetzt auf einmal heißt es: Jetzt müssen wir zu Fahrverboten kommen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: So ein Quatsch!)

Und das wird auch eigenartig begründet, wirklich eigenartig begründet, meine Damen und Herren. Ich schaue mir nur einmal die seltsamen Grenzwerte an, die irgendwelche Ideologen in Brüssel festgelegt haben –

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

40 Mikrogramm pro Kubikmeter für die Außenluft, während am Arbeitsplatz 950 Mikrogramm pro Kubikmeter möglich sind.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD – Zuruf der Abg. Andrea Schwarz GRÜNE)

Das passt hinten und vorn nicht zusammen.

Dann hatten Sie Angst, dass bei einem Berufungsurteil etwas anderes herauskommen würde, und haben eine Sprungrevision erzwungen. Das Ergebnis dieser Sprungrevision heißt: „Wir bestätigen im Grunde das Urteil.“ Aber in dem Urteil steht auch, dass dessen Umsetzung verhältnismäßig sein muss.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Was heißt „Verhältnismäßigkeit“? Offensichtlich sind sich ja alle darüber einig, dass es unverhältnismäßig ist, beispielsweise Handwerker nicht mehr in die Stuttgarter Innenstadt fahren zu lassen. Das ist unverhältnismäßig, meine Damen und Herren, ja? Aber es ist auch unverhältnismäßig, Bürgerinnen und Bürger, Dieselfahrer zu enteignen. Das ist ebenfalls unverhältnismäßig.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD – Zurufe der Abg. Brigitte Lösch und Jürgen Walter GRÜNE)

Deshalb muss es dort, wo es Ausnahmeregelungen für die Handwerker gibt, auch Ausnahmeregelungen für die Menschen geben, die in gutem Glauben einen Diesel gekauft haben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Dafür muss es ebenfalls Ausnahmeregelungen geben.

(Zuruf des Abg. Stefan Herre AfD)

Es kann nicht jeder auf die Bank gehen und sagen: „Jetzt plünder ich einmal mein Konto, 30 000 €. Ich kaufe mir ein neues Fahrzeug,

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Können Sie einmal etwas zur Gesetzeslage sagen? – Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Die kennt er gar nicht! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

weil die Politik plötzlich Fahrverbote verhängt hat.“ Nein, das ist der falsche Weg.

Natürlich ist auch klar, dass die Automobilwirtschaft ihren Beitrag leisten muss, etwa durch Softwarenausrüstung.

(Zuruf des Abg. Stefan Herre AfD)

Dort, wo es Betrug gegeben hat, muss man die Automobilwirtschaft gegebenenfalls auch zu Hardwareausrüstungen zwingen – aber nur dort.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD sowie des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Herr Kollege Stoch, wir haben auch überhaupt kein Problem damit, wenn es Anreize für die Bürgerinnen und Bürger gibt, sich einen neuen, einen noch saubereren Diesel zu kaufen. Das müssen aber Anreize der Wirtschaft sein. Ich glaube, Steuermittel sind da fehl am Platz, meine Damen und Herren. Das ist der ordnungspolitisch falsche Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Hans Peter Stauch AfD)

Wir brauchen also intelligentere Lösungen als Fahrverbote bzw. die Klagen eines unsäglichen Abmahnvereins namens Deutsche Umwelthilfe.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Das muss man auch einmal in aller Deutlichkeit sagen.

(Zuruf von der AfD: Lobbyistenverein!)

Wenn ich mir einmal anschau, wie dieser Verein agiert, dann stelle ich mir schon die Frage: Ist es eigentlich verantwortbar, einem solchen Verein noch die Gemeinnützigkeit zuzuerkennen?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD sowie des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Wir Freien Demokraten wollen die Wettbewerbsfähigkeit aller Verkehrsträger stärken und neue Wege der Vernetzung beschreiten sowie den Forschungs- und Entwicklungsstandort Baden-Württemberg stärken. Wir bauen auf freie Entscheidung und Selbstbestimmung der Menschen und setzen auf Anreize statt auf Verbote.

Wir müssen verschiedene Sektoren vernetzen. Beispielsweise brauchen wir eine Vernetzung des Straßenverkehrs mit den Schwerpunkten Zukunftstechnologien, Verkehrsmanagement und Mobilitätsdiensten, mit der Logistik, dem öffentlichen Personennahverkehr und dem Schienenverkehr sowie auch – Herr Minister Hermann, wenn man sich von bestimmten ideo-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

logischen Fixierungen einmal lösen könnte – mit dem Radverkehr und letztlich mit der Schifffahrt.

Zur Weiterentwicklung des Verkehrsmanagements bedarf es eines Masterplans: schnelles mobiles Datennetz 5G, eine wesentlich höhere Datenübertragung und kürzere Reaktionszeiten – der sogenannte Ping –, als sie heute noch vielerorts verfügbar sind, die Voraussetzungen für Connectivity und Car-to-X-Kommunikation. Das ist die Mobilität der Zukunft, die auf Vernetzung baut.

Neben der Investition in die Infrastruktur zur Digitalisierung sind auch die Automobilhersteller aufgerufen, tatsächlichen Mehrwert für die Kunden beispielsweise in den Bereichen Komfort und Sicherheit durch die Vernetzung der Fahrzeuge zu schaffen. Mit einer umfassenden Digitalisierungsstrategie wollen wir die Voraussetzungen für autonomes Fahren und Assistenzsysteme, die zum Erreichen der Ziele, der Vision Zero – null Schwerverletzte, null Verkehrstote –, erforderlich sind, umsetzen.

Bei der Entwicklung und Anwendung in der Praxis setzen wir auf Datensicherheit und Datenschutz. Wir wenden uns gegen jede anlasslose Erhebung und Speicherung von personenbezogenen Daten, sei es im Zusammenhang mit Vorratsdatenspeicherung, Fluggastdatenerhebung, automatischer Kennzeichenerfassung mit dauerhaften Datenspeicherungen oder identifizierbarer Erfassung und Übermittlung von Verkehrsteilnehmern durch automatisierte Fahrzeuge.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Noch immer ist der Zustand der Straßen und vor allem der Brücken im Land nicht ausreichend gut. Es kann nicht hingegenommen werden, dass schwere Transporte lange Umwege in Kauf nehmen müssen, weil Brücken nicht ausreichend tragfähig sind. Das ist ökonomisch und ökologisch nicht vertretbar. Es ist für Außenstehende außerdem kaum verständlich, weshalb Ersatzbauten für vorhandene Brücken langwierige Genehmigungsprozesse durchlaufen müssen. Hier fordern wir den Abbau unnötiger Bürokratie.

(Beifall der Abg. Andreas Glück FDP/DVP und Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Unter der Verantwortung des grünen Verkehrsministers wurde der Maßnahmenplan nach dem Generalverkehrsplan von 734 auf 123 Maßnahmen zusammengestrichen. Wir brauchen jedoch weiterhin Ortsumfahrungen, Neubauten zum Netzschluss und Ausbauten, um dem gestiegenen Mobilitätsbedürfnis entsprechen zu können. Insbesondere im Hinblick auf die Umsetzung des Bundesverkehrswegeplans 2030 muss das Land die Vorhaben planen, damit der Bund die Realisierung genehmigen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Zusammengefasst: Herr Ministerpräsident, das war, abgesehen von einigen Sitzungen, ein dünnes Papierchen. Das war alles andere als ein Masterplan. Das war batterie- und elektromobilitätslastig. Uns fehlt die entsprechende Offenheit für neue Technologien. Zu Ende gedacht ist das, was Sie vorhaben, ein Anschlag auf die Automobil- und Zulieferwirtschaft des Landes Baden-Württemberg und damit letztlich ein Anschlag auf die Grundlagen unseres Wohlstands. Diese Planun-

gen, die Sie im Sinn haben, dürfen in Baden-Württemberg so nicht umgesetzt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD sowie des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute Morgen hier im Landtag eine der wichtigen Schlüsselfragen für die Zukunft.

(Abg. Sascha Binder SPD: Und zwar seit 9 Uhr! – Abg. Martin Rivoir SPD: Seit neun, nicht seit halb zehn!)

– Entschuldigung, ich stand im Stau.

(Heiterkeit – Abg. Sascha Binder SPD: Sehen Sie! Vorausschauendes Fahren!)

Es war ein Unfall passiert. Ich habe noch keinen Helikopter. Aber es gibt ja einen Livestream.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Aber wir wollen Sie immer sehen!)

Ich war live dabei und habe auch das Lob des Ministerpräsidenten gehört.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei der FDP/DVP)

Glauben Sie mir: Dieses Thema hat bei mir ganz hohe Priorität. Manchmal liegt der Teufel im Detail. Ich war eine Viertelstunde zu spät; es war ein Unfall passiert; das lag nicht in meiner Verantwortung.

Nichtsdestotrotz: Wir diskutieren heute eine der Schlüsselfragen für die Zukunft Baden-Württembergs. Diese Diskussion wurde jetzt bei bestimmten Beiträgen sehr einseitig geführt. Baden-Württemberg ist nicht isoliert in dieser Welt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Wir müssen uns an den Weltmärkten messen. Die Automobilindustrie ist eine Exportindustrie; 70 % bis 80 % ihrer Produkte gehen in die Welt hinaus.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sehr richtig!)

Was passiert in anderen Ländern, Herr Göckel, Herr Rülke?

(Zuruf von der AfD: Gögel!)

– Herr Gögel. Verzeihung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Besser als „Göckel“! – Gegenrufe von der AfD)

Was passiert in den anderen Ländern? Was passiert in China, was passiert in Amerika? Schauen Sie einmal hin, reisen Sie einmal und informieren sich, was in Japan passiert. Da disku-

(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)

tiert man über die Zukunft der Mobilität. Unser Ziel ist es, dass Baden-Württemberg das Autoland Nummer 1 bleibt. Hier liegt die Systemkompetenz im Fahrzeugbau, in der Automobilwirtschaft. Das Ansinnen der Landesregierung ist es, dass das auch in Zukunft so bleibt.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Deshalb widmen wir uns diesen wichtigen Zukunftsfragen

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

und können sie nicht einfach wegređen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Elektromobilität, alternative Antriebe sind ein Teil davon. Wir sind technologieoffen. Ich habe von Anfang an, seit Anbeginn meiner Amtszeit immer dafür gekämpft. Die Landesregierung ist technologieoffen aufgestellt.

(Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Wir fördern Brennstoffzellen, wir fördern synthetische Kraftstoffe, wir fördern die Weiterentwicklung des Verbrennungsmotors. Wir sind in allen Bereichen eng mit der Wirtschaft, mit der Industrie im Land verbunden. Wir stehen vor allem – das ist mir auch ganz besonders wichtig – an der Seite des Mittelstands und an der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Individualverkehr ist ein hohes Gut einer freiheitlichen, liberalen Gesellschaft, und das schätze ich sehr.

(Abg. Anton Baron AfD: Welche Partei hat denn diese Grenzwerte gesetzt?)

Es ist auch unser Ziel, dies zu erhalten. Baden-Württemberg soll Automobilland bleiben. Deswegen hat der Ministerpräsident, hat die Landesregierung den Strategiedialog Automobilwirtschaft ins Leben gerufen. Da diskutieren wir gerade diese Zukunftsfragen: autonomes Fahren, alternative Antriebe, Mobilitätsdienstleister. Die Automobilwirtschaft des Landes ist ja in vielfältiger Hinsicht gefordert. Alternative Antriebe stellen da nur einen Teil dar.

Die Automobilwirtschaft hat sich hier auch aufgestellt. Es werden Milliarden in Forschung und Entwicklung in diesen zukünftigen Geschäftsfeldern investiert. Denn dieser Mobilitätsmarkt, der jetzt schon mit einem Volumen von ca. 1,5 Billionen € existiert, ist ein hoch attraktiver Markt. Dieser Markt ist massiv unter Druck durch ganz neue Player, mit denen sich das Land auseinandersetzen muss: durch Google, durch Apple, durch Uber, durch Amazon. Alle investieren in diesen Markt und wollen das selbst fahrende Auto der Zukunft bauen. Der Antrieb wird sich dann finden. Auch da schreitet die Entwicklung voran. Aber da entscheidet sich die Zukunft für uns hier in Baden-Württemberg.

Deshalb ist der Strategiedialog ein ganz wichtiges neues Instrument, um die politischen Prozesse zu beschleunigen, um schnell Entscheidungen zu finden. Der Ministerpräsident hat heute wichtige Projekte, die wir schon jetzt, nach so kurzer

Zeit, auf den Weg gebracht haben, bekannt gegeben. Das ist ein ganz wichtiger Schritt; es gab eine intensive Vorarbeit. Hier arbeitet die Politik eng mit der Wirtschaft, mit den Vertretern der Arbeitnehmer, mit der Zivilgesellschaft zusammen. Das ist uns ein ganz, ganz wichtiges Anliegen.

Welche Technologien in zehn oder 20 Jahren den globalen Maßstab setzen, kann heute niemand sagen. Angesichts dieser Frage möchte ich jetzt auch noch einmal dezidiert auf die aktuelle Dieseldebatte eingehen.

Herr Stoch, Sie haben hier verschiedene Punkte angesprochen. Den Gesundheitsschutz und die Luftreinhaltung nehmen wir sehr ernst, und die Landesregierung wird hier angemessen handeln. Aber wir müssen die Diskussion versachlichen. Die Diskussion um den Diesel hat sich jetzt zugespitzt, gerade jetzt, zu einem Zeitpunkt, zu dem der saubere Diesel auf den Markt kommt und einen ganz wesentlichen Beitrag – das wurde auch schon angesprochen – zur CO₂-Reduzierung leisten soll, muss und wird, weil wir sonst unsere CO₂-Ziele nicht erreichen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Bravo!)

Deshalb wird der Diesel gebraucht. Ich war auf Delegationsreise in Japan. Dort gibt es ein strategisches Ziel von 5 bis 10 % Dieselanteil, damit die Klimaschutzziele erreicht werden können. Und Klimaschutz ist nur ein Aspekt in dieser ganzen Diskussion; das möchte ich auch noch einmal dezidiert hier in diesem Rahmen äußern. Die Marktentwicklung sowie die Forschung und Entwicklung, die gerade in diesem Mobilitätsmarkt, in diesem Automobilmarkt passieren, sind die Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen.

Derzeit gehen die Experten auch davon aus, dass es dauerhaft einen passgenauen Mix verschiedener Antriebsarten und Energieträger geben wird. Deshalb ist Baden-Württemberg, auch Deutschland, technologieoffen. Wir vertrauen auf die Menschen, auf die Tüftler und Denker in den Unternehmen in unserem Land, in den großen Konzernen, im Mittelstand und in den Kleinunternehmen, die diesen Prozess gestalten. Wir müssen sie eng begleiten und die richtigen Rahmenbedingungen setzen.

Ich habe im Rahmen des Strategiedialogs den Transformationsrat ins Leben gerufen. Herr Stoch, gerade beim Transformationsrat sind Herr Zitzelsberger sowie weitere Arbeitnehmervertreter ebenfalls enge Partner – neben der Wissenschaft, der Wirtschaft, den Zulieferern, den Werkstätten, dem Handwerk und dem Handel, für die es auch große Veränderungen geben wird.

(Abg. Claus Paal CDU: Das ist der SPD egal!)

Auch das müssen wir mitdenken. Auch das haben wir im Blick im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die Projekte, die wir jetzt anstoßen, sind breit aufgestellt. Dies ist auch notwendig; das hat auch die heutige Diskussion gezeigt. Wir brauchen eine entsprechende Infrastruktur, wir brauchen eine Wissenschaftsstruktur und müssen hier neue Akzente setzen. Das Land nimmt 20 Millionen € in die Hand, um einen ersten Schritt zu gehen, und wir werden dies natürlich weiterentwickeln, weiter begleiten und ausbauen.

(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)

Aber nun möchte ich auf die zwei Projekte im Bereich der Batterie, der Batterie und der sonstigen Energiespeicher eingehen. Der Elektroantrieb – das ist Fakt – wird zunehmen, nicht nur in der Automobilbranche, sondern auch in anderen Branchen. Man denke nur einmal an das Handwerk. Auch die Firma Stihl produziert zunehmend elektrisch angetriebene Produkte, viele andere auch.

(Abg. Anton Baron AfD: Zulassungszahlen! Gehen Sie doch mal auf die Zulassungen ein!)

Der elektrische Antrieb wird immer wichtiger. Wie groß der Anteil dann sein wird, kann heute noch niemand sagen. Aber für bestimmte Anwendungen werden elektrisch angetriebene Fahrzeuge und Maschinen kommen. Die Diskussion um die Kompetenz bei der Batterieherstellung wird nicht nur in Baden-Württemberg geführt, sondern auch auf deutscher und europäischer Ebene, und wir stehen dabei in engem Austausch.

(Abg. Anton Baron AfD: Sie sind verantwortlich mit den Grenzwerten!)

Baden-Württemberg zeigt hier Weitsicht. Wir gehen einen Schritt voraus und werden zwei Leuchtturmprojekte mit europäischer Strahlkraft nach Baden-Württemberg holen, die auch die Wettbewerbsfähigkeit und die Systemkompetenz befördern. Ich denke, die Systemkompetenz und die Ökosphäre, die wir in Baden-Württemberg haben, sind hoch anerkannt; ich werde bei jeder Auslandsreise darauf angesprochen und dafür gelobt. Um diese Systemkompetenz zu behalten, haben wir uns bewusst dafür entschieden, in den Bereich Batterie/zelle/Batterie/Energiespeicher zu investieren. 30 bis 40 % der Wertschöpfung am Gesamtfahrzeug wird bei einem elektrisch angetriebenen Fahrzeug die Batterie, davon 60 bis 80 % die Batterie, einnehmen. Daher ist das ein ganz strategischer Bereich – nicht nur aus technologischer, sondern auch aus volkswirtschaftlicher Sicht.

Wir werden die digitalisierte Batterieproduktion 4.0 im Land realisieren. Hierfür haben wir hohe Kompetenz und bereits viele Forschungsprojekte auf den Weg gebracht. Es war mir übrigens ein Herzensanliegen, gemeinsam mit den Vertretern der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Kompetenz für das Thema Batterie in Baden-Württemberg aufzubauen.

Dies bedarf eines enormen Investitionsvolumens, und wir sind im Austausch mit dem Bund auf einem guten Weg, 50 Millionen € Bundesförderung zu bekommen. Das kann und wird – davon sind wir überzeugt – ein Nukleus für zukünftige Forschungsprojekte sein, die dann hier in Baden-Württemberg stattfinden und nicht woanders, denn das kann nicht in unserem Interesse sein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Das zweite Projekt von nicht minderer Bedeutung ist: Der VDE, der Verband der Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik, plant derzeit weltweit drei Prüf- und Kompetenzzentren, und das Zentrum für Europa soll nach Baden-Württemberg kommen. Es ist noch nicht entschieden, aber wir sind in guten Gesprächen und bereits sehr weit vorangeschritten. Das Land hat sich klar dazu bekannt: Wir werden hier ebenfalls investieren. Das ist doch großartig. Das wird nicht

nur – ich habe es angesprochen – im Automobilbereich, sondern auch in anderen Branchen ganz entscheidend sein. Wir werden das europäische Prüf- und Kompetenzzentrum für Batterien und Energiespeicher in Baden-Württemberg, in Freiburg, ansiedeln. Da sind wir auf der Zielgeraden.

Das ist doch ein Zeichen für die Zukunft. Wir erkennen, was wichtig ist. Wir diskutieren die richtigen Fragen, die richtigen Themen. Der Strategiedialog leistet einen ganz wichtigen Beitrag, um uns eng mit allen Akteuren auszutauschen und die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Wir haben jetzt in diesem ersten Schritt schon viele wichtige Projekte auf den Weg gebracht, und weitere wichtige und sinnvolle Zukunftsprojekte werden noch folgen – seien Sie sich gewiss.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Claus Paal CDU: Sehr gut!)

Präsidentin Muhterem Aras: Ich erteile Herrn Ministerpräsident Kretschmann das Wort.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich darf um Nachsicht bitten, wenn ich um Viertel vor zwölf die Sitzung verlassen muss, weil ich zur Beerdigung von Kardinal Lehmann nach Mainz fahre.

(Zuruf der Abg. Gabi Rolland SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Debatte hat für mich klar bestätigt: Mit dem Strategiedialog Automobilwirtschaft Baden-Württemberg schlagen wir den richtigen Weg ein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ich darf den Fraktionsvorsitzenden Schwarz und Reinhart für die gute Begleitung dieses Prozesses herzlich danken. Ich danke auch dafür, dass das Parlament die nötigen Mittel bereitstellt, damit wir diese wichtigen Leuchtturmprojekte auf den Weg bringen können. Ich danke aber auch der Wirtschaftsministerin für ihre engagierte Unterstützung, ebenso den anderen Ministern, die daran mit beteiligt sind, wie Franz Untersteller und Theresia Bauer für ihre Bereiche sowie Verkehrsminister Winfried Hermann.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Es ist ein wichtiges Gemeinschaftswerk der Regierung, das dazu führt, dass unser Land richtig aufgestellt ist.

Warum ist der Strategiedialog richtig, Herr Kollege Rülke? Er ist ein Format, das sehr gut in die soziale Marktwirtschaft passt. Das ist der eigentliche Grund.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Er ist ein Format, das noch besser in eine soziale Marktwirtschaft passt, die wir zu einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft weiterentwickeln wollen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Darum passt er sehr gut da hinein.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Herr Kollege Rülke und Herr Kollege Stoch, genau das ist der Grund, warum wir einen institutionalisierten Strategiedialog machen: weil wir in einer sozialen Marktwirtschaft leben. In einer sozialen Marktwirtschaft bestimmt der Staat die Rahmenbedingungen. Welche Produkte hergestellt werden und wer sie benutzt, entscheiden die Unternehmen

(Zuruf von der AfD: Nein, die Verbraucher!)

und die Kunden, und der Staat reguliert das in möglichst freiem Rahmen. So ist sozial-ökologische Marktwirtschaft gestaltet. Das sollten Sie doch wissen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Anton Baron AfD: Sie gängeln doch die ganze Zeit den Verbraucher, ganz ehrlich!)

Was wir allerdings nicht tun, ist, uns den tiefen Umbrüchen, die stattfinden, zu verweigern und uns auf dem auszuruhen, was wir haben. Die große Gefahr ist, dass in Zeiten, in denen es einem wirklich gut geht – und der Automobilwirtschaft geht es gut; die Auftragsbücher sind voll, die Unternehmen machen gute Gewinne, es geht ihnen gut – Gerade in einer solchen Zeit muss man aufpassen, dass man die Zukunft nicht verpasst. Da muss man schauen, was in der Welt geschieht, und das tun wir. Das tun wir hier, aber auch, indem wir – wie jetzt die Wirtschaftsministerin – in Länder reisen, die ebenfalls an der Spitze solcher Entwicklungen stehen. Das ist der richtige Weg, den wir beschreiten.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Bei Ihnen, Herr Stoch und Herr Rülke, hatte ich doch den Eindruck, dass Sie sehr stark in der alten Welt stehen bleiben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Zuruf: Jawohl! – Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist ja völliger Blödsinn! – Abg. Anton Baron AfD: Ogott-ogott! Peinlich, peinlich!)

Gerade weil es uns darum geht und weil wir wissen, wie viel Wertschöpfung an der Automobilindustrie hängt,

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

wie wichtig die Automobilindustrie für Wertschöpfung und Arbeitsplätze in diesem Land ist, aber auch für die Steuereinnahmen, mit denen wir hier überhaupt Politik gestalten können – das ist auch ein Grund dafür –, betreiben wir diesen Strategiedialog so, wie wir ihn eingeleitet haben. Das hat das voll bestätigt.

Ich sage Ihnen: Wohin die Reise geht, wissen wir im Einzelnen natürlich nicht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aha!)

Ob die Batterie der Weisheit letzter Schluss ist, weiß ich auch nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Vereinzelt
Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke
FDP/DVP: Gut!)

Bei technologischen Entwicklungen gibt es der Weisheit letzter Schluss überhaupt nie. Die Technologie entwickelt sich immer weiter voran. Das sollte jeder einmal mitbekommen

haben, der in einem Industrieland wie Baden-Württemberg lebt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Rüdiger Klos AfD: Auch die Grünen! – Abg.
Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann hat sich die
Debatte gelohnt, wenn Sie das einsehen! – Weitere
Zurufe)

Was wir aber wissen, Herr Rülke, Herr Stoch und Herr Gögel, ist, dass wir in eine emissionsfreie Mobilität kommen müssen. Das allerdings wissen wir. Und diese Rahmenbedingungen wollen und müssen wir setzen. Sonst ruinieren wir unseren Planeten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Als der Chef eines wichtigen Automobilunternehmens drei Tage, nachdem ich gesagt hatte: „Weniger Autos sind besser als mehr“, in meinem Büro war,

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: War das das mit der Sardinienbüchse?)

habe ich ihm gesagt, dass von vornherein klar sein muss, dass ich mich von meinen ökologischen Zielen nicht abbringen lassen werde. Dann hat er mir gesagt: „Auch unsere Vision ist zero Emission.“ Darauf habe ich gesagt: „Dann können wir uns gut treffen.“

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir verkünden hier also nicht irgendwelche industriefernen oder industriefeindlichen Ziele. Vielmehr will die deutsche Automobilindustrie selbst diesen Weg beschreiten. Es geht nur darum, in welchen Schritten, in welchem Tempo vorangegangen wird und wie die Rahmenbedingungen dafür aussehen, dass es möglichst schnell geht. Das ist die Herausforderung unserer Zeit, Herr Stoch und Herr Rülke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

In der Tat wird es erst einmal einen Markthochlauf bei den batterieelektrischen Fahrzeugen geben. Das sieht doch jeder, der in die Welt schaut. Ob dann in der weiteren Entwicklung andere Technologien wie Wasserstofftechnologie, Brennstoffzelle, Power-to-Gas,

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Diesel!)

was auch immer, auch E-Fuels, ins Spiel kommen, das werden wir sehen müssen. Deswegen wird auch in diesen Bereichen mit großer Kraft und Energie geforscht. Auch dafür sind Projekte auf den Weg gebracht worden, die ich Ihnen vorgestellt habe.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Wie wäre es mit Windkraft?)

Die Technologieoffenheit besteht in der Tat. Aber man muss sich auch an dem ausrichten, was real in der Welt geschieht, und kann nicht mit den realen Dingen irgendetwas, was in der fernerer Zukunft liegt, ersetzen. Diese Strategie hat noch nie geklappt, Herr Rülke, noch gar nie.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Deswegen bin ich der Wirtschaftsministerin ausgesprochen dankbar, dass sie diesen Weg erst einmal forciert. Denn in den nächsten Jahren werden erst einmal die Marktverteilung und die Kämpfe um die Marktanteile auf diesem Gebiet stattfinden. Alle deutschen Automobilunternehmen werden in ein bis zwei Jahren breite Paletten elektrisch betriebener Fahrzeuge auf den Markt bringen, und dann wird es zu einem Markthochlauf kommen. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche.

Der Chef von Daimler hat gesagt, dass Daimler bis 2025 25 % elektrische Fahrzeuge auf dem Markt haben will. Das sind Aussagen, die von ihm stammen und nicht von uns. Auch das dürfen Sie ruhig einmal wahrnehmen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Und die anderen 75 %? Was sind die anderen 75 %?)

Deswegen gestalten wir den Strategiedialog so, dass wir mit allen Akteuren, vor allem aber mit denen, die die Produkte, um die es hier geht, nämlich Autos, produzieren, in diesen Dialog treten.

Jetzt wird es darauf ankommen – das ist mit der Sinn eines solchen Strategiedialogs –, dass auf diesem Weg keine neuen Nadelöhre entstehen, dass z. B. der Markthochlauf nicht dadurch gebremst wird, dass wir zu wenig Ladestationen haben. Das ist eine ganz konkrete Aufgabe, die man in solch einem Prozess hat, wo man sich committen muss und die entsprechenden Maßnahmen ergreifen muss. Aber wie das letztlich aussieht, wissen wir natürlich heute auch noch nicht.

Wenn es z. B. dazu kommt, dass wir preiswerte Standbatterien haben, die durch Skaleneffekte billiger werden, dann werden die Leute ein solches Teil zu Hause an ihre Solaranlage hängen. Dann werden die, die es können und die eine solche Anlage auf dem Dach haben, natürlich hauptsächlich zu Hause tanken und nicht woanders. Für andere, wie etwa die Bevölkerung in den großen Städten, müssen wir es schaffen. Da werden wir nicht die Zeit verpassen und warten, was vielleicht geschieht, sondern wir bereiten uns und die Gesellschaft darauf vor, dass dieser Weg beschritten werden kann.

Aber letztlich ist die ganze Konzeption so, dass wir niemand zu etwas zwingen. Wir zwingen niemand auf das Fahrrad, wir zwingen niemand in die Straßenbahn, wir zwingen auch niemand ins Auto,

(Abg. Anton Baron AfD: Nein, nein, nein! Blaue Plakette! – Weitere Zurufe)

sondern wir schaffen ein Angebot, das sie nutzen können, allerdings unter bestimmten Rahmenbedingungen,

(Abg. Anton Baron AfD: Blaue Plakette!)

nämlich Staus zu beenden, keine schädlichen Gase zu emittieren und etwas für den Klimaschutz zu tun. Diese Rahmenbedingungen rahmen das Ganze allerdings ein, sonst bräuchte es ja gar keinen Staat.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Es ist nun mal der Kern einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft, die Rahmenbedingungen sehr klug zu setzen.

Jetzt muss man sehen, dass wir, die Landesregierung, in vielen Bereichen, die Sie angesprochen haben, wie Hardwarenachrüstung erst mal gar keine Kompetenz haben.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Wer hat die Tests gemacht?)

Die Kompetenz haben die Bundesregierung und die EU, aber nicht wir.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Dann holen wir sie uns zurück! – Gegenrufe – Vereinzelt Heiterkeit)

Wir konzentrieren uns in einem solchen Dialog also auf etwas, bei dem wir uns sozusagen mit den Akteuren committen können. Das ist einmal das entscheidend Wichtige. Denn neben den Rahmenbedingungen ist es auch wichtig, dass wir die richtigen Innovationen befördern, die überall in der Wirtschaft – auch durch Start-ups in diesem Bereich – entstehen. Darum geht es.

(Abg. Anton Baron AfD: Also Windräder sind Innovation!)

Das machen wir alles. Wir spielen eben keine Mobilitätskonzepte gegeneinander aus. Wir bereiten uns auf die neue Welt vor,

(Abg. Anton Baron AfD: Nein! Nein! – Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

indem die Menschen selbst das Verkehrsmittel wählen, das sie am bequemsten, am schnellsten an den gewünschten Ort bringt.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Die digitale Revolution, die digitale Agenda ermöglicht, dass das heute jeder machen kann. Diese ganzen Formate und Plattformen werden von uns mit geschaffen und gefördert, damit so etwas auch möglich ist.

(Glocke des Präsidenten)

Darum geht es, Herr Rülke. Es geht nicht darum, irgendjemand zu irgendetwas zu zwingen, sondern darum, kluge Angebote zu machen, die dazu führen, dass wir keine Schadstoffe mehr in dieser Stadt haben, dass wir von den Staus wegkommen. Das sind wichtige Ziele, die wir mit solchen Plattformen erreichen können – neben anderem, was natürlich auch gemacht wird, wie der Ausbau des öffentlichen Nachverkehrs.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Dr. Fiechtner?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Bitte.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Bitte schön, Herr Kollege Dr. Fiechtner.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Sie hatten vorhin eine Prognose abgegeben, wohin die zahlenmäßige Entwicklung für die E-Mobilität führen würde. Wir haben dieser Tage von der Bundes-

(Dr. Heinrich Fiechter)

kanzlerin gehört, dass die Prognose, für das Jahr 2020 eine Million E-Autos auf deutschen Straßen zu haben, gestrichen wurde, nachdem man festgestellt hat, dass bis zum Ende des Jahres 2017 gerade einmal 60 000 solcher Fahrzeuge gefahren sind. Das heißt, diese eine Prognose wurde Makulatur. Was, denken Sie, macht dies mit Ihrer Prognose? Hat das irgendwelche Auswirkungen?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Ich meine, dass es niemand verwundern kann, wenn man eine Prognose streicht, die man erkennbar nicht erreicht. Ich weiß jetzt nicht, was die Frage soll. Ich mache gerade keine Zahlenprognosen, sondern ich habe Prognosen, die andere machen, nur zitiert. Darauf kommt es auch erst mal gar nicht an, sondern es kommt darauf an, dass wir jetzt sichten, was auf uns zukommt. Das ist der Sinn des Strategiedialogs.

Darum gibt es dort Sitzungen, Herr Rülke.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, ja! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

In Sitzungen tauscht man sich eben aus. Ich weiß nicht, warum Sie das denunzieren. Schaffen Sie jetzt die Sitzungen bei der FDP/DVP-Fraktion ab? Gibt es da jetzt keine Fraktions-sitzungen mehr?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nein, aber wir machen keine 30 Sitzungen! Bei uns kommt mehr dabei heraus! – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Bei uns kommt etwas dabei heraus!)

– Aber ein paar Sitzungen mehr könnten Sie schon machen. Dann wären Ihre Reden hier besser.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das scheint Sie ja schwer getroffen zu haben! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Aber darum geht es jetzt überhaupt nicht. Es geht darum, dass wir sichten, was auf uns zukommt, und uns darauf vorbereiten, und das machen wir.

Ihre Rede endete mit der Aussage, es sei ein Anschlag auf die Automobilindustrie, dass wir solch einen Automobildialog machen. Ich glaube nicht, dass sich die Automobilindustrie an so etwas beteiligen würde, wenn es ein Anschlag auf sie wäre. So etwas glauben Sie doch nicht im Ernst. Vielleicht sollten Sie doch ein paar Sitzungen mehr machen, um mal mehr Substanz und weniger Polemik in Ihre Reden zu bringen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ich denke also, darum geht es.

(Zuruf von der SPD: Oberlehrer!)

Herr Stoch, ich will Ihnen noch sagen: Der Transformationsbeirat, den die Wirtschaftsministerin eingerichtet hat, war schon existent, als dieser erste Gipfel durchgeführt wurde. Er dient insbesondere dazu, die Arbeitnehmer einzubeziehen. Das ist eine ernste Frage.

Der Elektroantrieb – einmal grob gesagt – erreicht nur ein Siebtel der Wertschöpfung eines Verbrennungsantriebs. Das ist einfach eine Tatsache. Damit müssen wir uns auseinandersetzen. Jeder kann sich an fünf Fingern abzählen, was das bedeutet. Aber die Antwort darauf kann doch nicht sein, wir leugnen einfach den technologischen Fortschritt, der da stattfindet.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das sagt doch auch niemand!)

Das wäre doch eine völlig irrationale Strategie. Deswegen beziehen wir alle ein, damit wir diesen Transformationsprozess so gestalten können, dass die Arbeitsplätze, die an der einen Stelle wegfallen – das wird bei der Digitalisierung so sein –, an anderen Stellen wieder entstehen, dass wir mit dabei sind und die neuen Wertschöpfungsketten im Land halten, um die Arbeitsplätze insgesamt im Land zu halten. Auch das ist mit ein Grund, warum wir diesen Strategiedialog machen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Unser Masterplan ist also der Strategiedialog. Das ist genau das Richtige – das habe ich schon mal gesagt –, es in unserer Situation so zu machen, nämlich zuerst einmal so ein Format zu machen, bei dem wir schnell sind, bei dem wir nicht immer nur den Fehlern der Vergangenheit hinterherrennen – das müssen wir allerdings auch –, sondern schauen, was auf uns zukommt. Aber das weiß man nie genau bis ins Detail. Deswegen muss man solche Prozesse technologieoffen gestalten, und das wird für die Technologien der Zukunft auch gemacht. Das ist der richtige Weg. Diesen Weg werden wir auch weiter beschreiten.

Wenn man nach dieser kurzen Zeit schon die ersten Projekte hat, spricht das, finde ich, absolut für einen Prozess. Die Leute müssen sich ja erst einmal miteinander committen in solchen Fragen, es muss das Geld zur Verfügung stehen und vieles andere mehr. Wir werden Ihnen immer wieder Zwischenberichte geben, die die nächsten Fortschritte auf diesem Gebiet zeigen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch etwas zu der ganzen Frage sagen – darauf sind Sie ja doch wieder stark gekommen –, wie wir jetzt mit der Luftreinhaltung umgehen. Erst einmal, Herr Kollege Rülke: Die Grenzwerte stammen aus einer Richtlinie der Europäischen Union.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das macht es nicht besser!)

An diese Richtlinie muss man sich in einem Rechtsstaat halten.

(Zuruf von den Grünen: Genau! – Zuruf von der AfD: Na!)

Das ist erst mal ganz einfach und klipp und klar. Es kann nicht jeder, wie es ihm gerade passt, sagen: Der Richtwert gilt jetzt für mich nicht mehr, ich habe sozusagen meine eigene Philosophie dazu.

Sie können dazu natürlich denken, was Sie wollen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Mache ich auch!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Aber wir, die Regierung, halten uns an die Regeln und Gesetze, die wir uns letztlich selbst gegeben haben. Die Alternative ist: Man muss sie ändern. Auch das haben Sie offensichtlich nicht gefordert. Also werden wir uns an diese Vorschriften halten.

(Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Ich will sagen: Wir versprechen der Bevölkerung – wie wir es immer getan haben, bei allen Schadstoffproblemen, die wir hatten –: Wir werden dieses Schadstoffproblem lösen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Anton Baron AfD: Ohne Fahrverbote!)

Das Problem ist nur: Wir haben Schwierigkeiten, es so schnell zu lösen, wie wir es eigentlich müssten.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja! Der Grenzwert wurde
ständig gesenkt!)

Das ist das einzige Problem, das wir haben. Die Luft wird beständig besser, auch am Neckartor. An der Hohenheimer Straße in Stuttgart ist sie z. B. bei diesen Schadstoffen im vergangenen Jahr um 10 % besser geworden.

(Abg. Anton Baron AfD: Also!)

Die Luftqualität wird sich weiter verbessern. Allein durch die ganze Umwälzung der Flotte wird sie besser.

(Unruhe)

Denn die neuen, sauberen Diesel sind auf dem Markt.

(Abg. Anton Baron AfD: Dann brauchen wir keine
Fahrverbote!)

Sie wird also besser, und wir müssen schauen, ob wir es schaffen, das in der Zeit, die uns die Gerichte dafür setzen, hinzubekommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Anton Baron AfD: Ohne Fahrverbote!)

Das ist in der Tat ein Problem, aber Sie können es auf jeder Kurve sehen, dass das so ist.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Warum wird das so? Weil die Industrie und weil die Politik die Maßnahmen ergriffen haben, damit es so wird.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ein paar Beispiele: Expressbusse in der Region Stuttgart seit Dezember 2016, Metropolexpresszüge im Halbstundentakt von Pforzheim, Horb, Tübingen, Schwäbisch Hall nach Stuttgart, ferner haben wir das Jobticket eingeführt, und die großen Konzerne sind dem gefolgt, Busförderprogramm, Schienenförderprogramm, Taktverdichtung, Baden-Württemberg-Ticket usw. Sie sehen also: Wir ergreifen laufend Maßnahmen, die die Situation verbessern, und das machen wir mit großem Hochdruck, und hoffentlich werden jetzt auch noch vom Bund Gelder dafür bereitgestellt, die wir dann ebenfalls dazu nutzen.

Das wird also gemacht. Aber wir sind in einem Rechtsstaat. Wir müssen uns an Grenzwerte halten, und wir müssen uns an Gerichtsurteile halten. Das ist nun einfach einmal so.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie noch einmal eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Fiechtner?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Nein.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Nein.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Also, ich darf zusammenfassen: Der Strategiedialog ist das richtige Format. Er wird mit allen Akteuren, die in diesem Prozess wichtig sind, geführt. Dieser Prozess ist technologieoffen, aber wir gehen auch die Maßnahmen an, die jetzt marktfähig sind, und warten nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag. Auch das ist eine Verpflichtung, die wir haben.

Der Strategiedialog hat verschiedene Ziele: schnelle Schritte in die emissionsfreie Mobilität zu schaffen und Übergangstrategien zu schaffen. In den Übergangstrategien ist in der Tat der saubere Diesel auch ein Element; keine Frage. Das ist wichtig. Wichtig ist aber auch, die Wertschöpfung, die Arbeitsplätze im Land zu halten und die Forschungs- und Innovationsanstöße zu geben, die notwendig sind, um diesen Prozess so zu gestalten, dass Baden-Württemberg in Zukunft Mobilitätsland Nummer 1 ist, und Mobilitätsland Nummer 1 ist man dann, wenn man in allen Sparten Nummer 1 ist, also auch Automobilland Nummer 1 bleibt. Das ist die richtige Ansage, und ich bedanke mich bei den Regierungsfractionen dafür, dass sie das so kraftvoll unterstützen, aber auch bei den Kollegen der ganzen Regierung.

Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Wünschen die Herren Fraktionsvorsitzenden nach § 82 Absatz 4 der Geschäftsordnung das Wort? – Herr Fraktionsvorsitzender Gögel, Sie haben das Wort.

Abg. Bernd Gögel AfD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, dass Sie zum Schluss Ihrer Ausführungen den Rechtsstaat noch einmal hervorgehoben haben und betont haben, dass Gesetze in diesem Staat eingehalten werden sollten, erfreut mich doch sehr und unsere Fraktion auch. Denn in diesem Moment hält die Kanzlerin in Berlin eine Regierungserklärung, eine Kanzlerin, die diese Gesetze eben nicht einhält, wie z. B. die Dublin-II-Verordnung.

(Beifall bei der AfD)

Das möchte ich nur am Rande erwähnen; das hat mit unserer heutigen Debatte ansonsten wenig zu tun.

(Lachen bei der SPD – Abg. Rainer Hinderer SPD:
Das ist normal!)

(Bernd Gögel)

Aber Sie haben noch einmal besonders hervorgehoben, dass Ihnen die Rechtstreue das Wichtigste ist. Gleichzeitig beten Sie jeden Tag für die Kanzlerin, der diese Treue nicht so wichtig erscheint.

Sie haben auf einen Zwischenruf erwidert: Die Grenzwerte werden in Europa festgelegt, und wir müssen uns daran halten; wir müssen diese eben einhalten.

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Ich weiß nicht, ob es sinnvoll ist, wenn Politik, die von anderen Nationen oder speziell auch anderen Kontinenten von Wirtschaftsunternehmen, von Globalisten nach Europa getragen wird,

(Abg. Winfried Mack CDU: Was sind denn Globalisten?)

dann von den Lobbyisten bei ihren Kaffeekränzchen umgesetzt wird. Ob das dann immer gesund und wirtschaftlich gut für unser Bundesland ist, wage ich zu bezweifeln.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf von der CDU: Sehr nebulös, was Sie da machen!)

Deshalb sollten wir durchaus die Möglichkeit haben, auch solche Werte nicht nur infrage zu stellen, sondern sie dann auch tatsächlich abzulösen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Ich habe in meiner vorherigen Rede schon ausgeführt, was Ihr CDU-Kollege in Berlin, Herr Barthle, gesagt hat.

Zu dem Thema „Wertschöpfung in der E-Mobilität“: Im Moment besteht so ein schöner Achtzylindermotor aus Untertürkheim aus 1 200 verschiedenen Teilen. Das ist eine Wertschöpfung, die durchaus erwähnenswert ist. Zukünftig wollten Sie dann in Untertürkheim ein E-Motörchen aus 17 Teilen zusammenschrauben.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Lächerlich, 17! Ein Unfug!)

Das ist die Wertschöpfung der Zukunft. Diese 17 Teile werden mit Sicherheit größtenteils nicht aus Deutschland kommen. Wenn Sie in Wettbewerb treten wollen mit Menschen in Asien, in Afrika, in Regionen der Dritten Welt, die solche Dinge wirklich deutlich günstiger zusammenschrauben können als der heutige Facharbeiter bei Daimler, dann müssen Sie tatsächlich subventionieren. Dann müssten Sie Ihre Idee von sozialistischer Planwirtschaft umsetzen. Mit Marktwirtschaft hat das wenig zu tun.

(Beifall bei der AfD)

Sie haben ein Modewort kreiert, das man in den vergangenen Monaten und Jahren häufiger hörte: Leuchtturmprojekte. „Leuchtturmprojekte“ höre ich jetzt wirklich von morgens bis abends; ich lese das in den Zeitungen. Ich habe mir überlegt, was Sie damit meinen. Ich glaube, Sie haben – das ist wunderbar – einen neuen Begriff für planwirtschaftliche Eingriffe in die Marktwirtschaft erfunden, und das sind die Leuchttürme. Das muss man wissen; das hätte man auch anders bezeichnen können.

(Beifall bei der AfD)

Dialog, Herr Ministerpräsident, ist immer wichtig. Austausch von Wissen ist eine Grundnotwendigkeit. Wir hoffen natürlich sehr stark, dass die Fachleute der Industrie Ihnen genügend Wissen über den Innovationsstand und die Zukunftsmöglichkeiten unserer Industrie in Baden-Württemberg mitteilen

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

und dass das bei den Verantwortlichen in der Politik dann auch ankommt und vernünftig umgesetzt wird.

Aber eines muss ich klar sagen: Beim Teilezusammenschrauben können Sie sich nicht in einen Wettbewerb mit Ländern in der Dritten Welt begeben. Bis diese Armutsspirale um den Globus herumgegangen ist und bei uns wieder ankommt, sind alle Facharbeiter hier sowieso erledigt, bis die Zeit sich gedreht hat.

Den Wandel haben wir schon einige Male in unserem Land verschlafen. Ich habe es heute Morgen schon erwähnt. In der Möbelindustrie hat man verschlafen, dass sich das Anspruchsdenken des Menschen wandelt und auf hochwertige, langfristige Konsumgüter nicht mehr so großer Wert gelegt wird. Dann hat man diese Märkte nach Schweden und in andere Länder abwandern lassen, wo einfach Ex-und-hopp-Produkte auch im Möbelbereich produziert werden. In der Uhrenindustrie war das ähnlich, in der Elektrogeräteindustrie ebenfalls.

Eine solche Entwicklung befürchten wir jetzt auch im Automobilbau. Die Grundlage des Wandels ist ja nicht irgendwie gottgegeben, und es ist auch keine Naturkatastrophe. Wir kommen vielmehr immer zurück auf die Tatsache, dass Grenzwerte willkürlich von anderen Interessenvertretern in Brüssel eingeführt wurden und wir sie zwangsweise einhalten „wollen“. Damit begeben wir uns in einen Geschwindigkeitsrausch, den wir wirtschaftlich ohne erhebliche Arbeitsplatzverluste nicht bewältigen.

(Beifall bei der AfD)

Dass CO₂ an der Atmosphäre einen Anteil von nur 0,4 % ausmacht, wollen die Grünen generell ignorieren. Das ist überhaupt noch nie auf ihrem Schirm gewesen; das haben sie nie in die Öffentlichkeit gebracht. Das muss man einfach grundsätzlich wissen, und daraus kann man errechnen, was wir unter Einsatz von Billionen an Steuergeldern daran verbessern wollen.

(Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Nichts!)

Das ist gar nicht auszudrücken.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Aber es soll in diese Richtung einfach weiterlaufen.

Zu Ihrem Inkassounternehmen wollen wir hier noch zwei Sätze verlieren: Es ist einmalig in Deutschland, dass ein von einem japanischen Autokonzern gesponsertes Inkassounternehmen einen Staat erpressen kann und Gerichtsurteile erwirken kann, die schädlich sind für Hunderttausende von Menschen in Baden-Württemberg –

(Zuruf von den Grünen)

(Bernd Gögel)

für Arbeitnehmer, die ihre Arbeitsplätze durch diese Urteile verlieren. Das ist ein einmaliger Vorgang.

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Unglaublich!)

E-Mobilität ist sinnvoll. Da werden sich einige wundern: Natürlich ist E-Mobilität sinnvoll, und wir werden sie auch einsetzen können. Wir haben sie übrigens auch schon eingesetzt: In meiner Kindheit fuhren Oberleitungsbusse durch Pforzheim. Das war eine völlig normale Einrichtung, und es war sinnvoll.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Solche Oberleitungsbusse fuhren aber natürlich nicht nach Köln oder zum VfB-Spiel in Stuttgart. Dorthin konnte man mit ihnen nicht fahren. Man muss die Dinge da umsetzen, wo sie Sinn machen und wo sie im Vergleich zu anderen Angeboten in einem guten Preis-Leistungs-Verhältnis stehen. Das muss die Prämisse sein. In Stadtverkehren kann man mit E-Mobilität sicherlich sehr viel zur Luftreinhaltung beitragen. Das unterstützen wir – nur nicht ideologisch, indem dies nach dem Gießkannenprinzip über die gesamte Bevölkerung ausgedossen wird. Das geht nicht, und das wird von uns auch nicht unterstützt.

Auf die Exportanteile, die die Frau Wirtschaftsministerin angesprochen hat, möchte ich zum Schluss auch noch eingehen: Selbstverständlich ist unser Land Exportnation Nummer 1. Wir versuchen ja auch immer wieder, zu erklären, was an der Europapolitik schädlich auch für andere europäische Länder ist; dies hängt ja in gewissem Maß zusammen.

Wenn Sie die Grenzwerte tatsächlich infrage stellen, weil nicht nachgewiesen ist, dass bereits in diesem Bereich Gesundheitsschäden möglich sind, und sich aus dieser Grenzwertdiskussion verabschieden, dann werden alle anderen Europäer dies sicherlich gern annehmen und mit aufnehmen. Dann braucht man sich keine Gedanken darüber zu machen, ob man auch in den nächsten zehn, 15, 20 Jahren den Verbrennungsmotor noch als Exportprodukt Nummer 1 verkaufen kann, ob sich dies überhaupt noch verkaufen lässt.

Dass die Chinesen, die frei sind in ihrer Kohlekraftwerksproduktion, im Erstellen neuer Kohlekraftwerke, sich keine Gedanken darüber machen müssen, woher die fehlende Energie kommt, ist auch klar. Wenn ein E-Motor günstiger ist und von ihnen günstiger zusammengeschaubt werden kann, dann werden sie E-Motoren einsetzen – und sie werden zusätzlich en masse Kohlekraftwerke errichten, was die CO₂-Werte deutlich nach oben treiben wird.

Wenn Sie das so wollen, dann müssen Sie diese Politik so fortsetzen. Wir wollen das nicht.

Danke.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das Wort hat Herr Fraktionsvorsitzender Stoch für die SPD-Fraktion.

Abg. Andreas Stoch SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich denke, in der Debatte über die Regierungsinformation wurde sehr deutlich, dass man bei diesem Themenfeld gern in Schwarz-Weiß-Diskussionen verfällt.

Herr Ministerpräsident, es ist bei Weitem nicht so, dass von meiner Seite der Strategiedialog als solcher kritisiert wurde. Ich habe ausdrücklich gesagt: Bei einem derart komplexen Vorgang, der unsere Wirtschaft, aber auch unsere Gesellschaft vor enorme Herausforderungen stellt, kann es nicht sein, dass Politik allein oder Wirtschaft allein glaubt, diese Probleme, diese Transformationsprozesse selbst gestalten zu können. Ich glaube, das geht nur, wenn die verschiedenen Akteure – dazu gehört natürlich auch die Politik, was die rechtlichen Rahmenbedingungen angeht – alle eng zusammenarbeiten.

Deswegen weise ich weit von mir, den Strategiedialog als solchen kritisiert zu haben. Ich kritisiere aber, wenn zumindest Teile der Landesregierung auf mich den Eindruck machen, in diesen Strategiedialog nicht ergebnisoffen hineinzugehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn es um die Frage geht, wie dieser Transformationsprozess zu gestalten ist, dann haben wir alle nicht die Glaskugel, in der wir erkennen könnten, in welcher Kurve sich die Produktion oder der Verkauf von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor in den nächsten Jahren entwickeln werden. Zugleich können wir nicht sagen – auch der Ministerpräsident hat das von sich gewiesen –, wie schnell ein Aufwuchsprozess bei alternativen Antrieben funktioniert.

Wir wissen aber eines – das steht in einer Stellungnahme der Landesregierung; ich habe es zitiert –: Wenn noch im Jahr 2030 voraussichtlich über 80 % unserer Fahrzeuge einen Verbrennungsmotor haben werden – insbesondere auch für den Export –, dann ist es geradezu fahrlässig, den Eindruck zu erwecken, dass es zukünftig ohne den Verbrennungsmotor gehen könnte, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD)

Denn die Innovation in diesem Bereich ist für uns bisher eine erfolgreiche Innovation gewesen. Ich glaube, Ihre Zweifel kommen zu einem ganz wesentlichen Teil auch daher, weil Sie und vor allem auch Vertreter der Industrie – ich nenne Bosch – erkennen, dass bei der Batterietechnologie, zumindest bei der Lithium-Ionen-Technologie, der technologische Vorsprung, den Fernost hat, möglicherweise nicht mehr aufgeholt werden kann.

Dann müssen wir uns doch damit beschäftigen, ob wir es durch besondere Innovationstätigkeit sowohl im Bereich des Verbrennungsmotors als auch bei anderen Speichermedien schaffen können, Wertschöpfung und damit wirtschaftliche Stärke in Baden-Württemberg zu halten, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

Deswegen ist das Vertrauen der Menschen in diesem Land, in Baden-Württemberg, eines der wichtigsten Fundamente, um diesen Transformationsprozess gestalten zu können. Herr Ministerpräsident, dann gehört zur Wahrheit eben dazu, dass das, was von Teilen der Politik und insbesondere aus der Partei der Grünen kommt, nicht das Vertrauen der Menschen befördert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der AfD)

(Andreas Stoch)

Wenn ich z. B. lese, dass gemäß einer Umfrage der IG Metall im Herbst vergangenen Jahres der überwiegende Teil der Beschäftigten in der Automobilindustrie nicht das Vertrauen hat, dass das gut gelingen wird, dann weiß ich, dass diese Menschen natürlich besonders allergisch darauf reagieren, wenn es um Debatten geht, in denen die Verbrennungsmotortechnologie grundsätzlich negativ besetzt wird. Das hat in dieser Landesregierung doch eindeutig eine Heimat; das tut nämlich die Fraktion GRÜNE, das tut der grüne Teil der Landesregierung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD)

Auch was den wirtschaftlichen Erfolg angeht, können Sie sich hier hinstellen und natürlich von Technologieoffenheit und allem Möglichen sprechen. Wenn Sie in Baden-Württemberg aber eine Debatte über die Verhängung von Fahrverboten führen, dann erzeugen Sie bei den Menschen Unsicherheit, was ihr eigenes Konsumverhalten angeht.

Welcher Mensch in Baden-Württemberg, der gezwungen ist, mit seinem Fahrzeug nicht nur zwei Jahre, sondern vielleicht acht, zehn oder zwölf Jahre lang zu fahren, würde heute, bei diesem Kurs der Regierung, ein Fahrzeug kaufen, das im Moment der neuesten Technologie entspricht, wenn er nicht weiß, ob er das Fahrzeug tatsächlich acht oder zehn Jahre benutzen kann? Die Absatzzahlen im Bereich der Verbrennungsmotoren und insbesondere bei Diesel gehen zurück. Warum? Weil die Politik das Vertrauen der Menschen in solche Investitionen verhindert, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Rainer Podessa AfD)

Auch die Schwarz-Weiß-Malerei zwischen verschiedenen Arten von Mobilität funktioniert so nicht, Herr Ministerpräsident. Sie werden nämlich nie zu emissionsfreier Mobilität kommen. Alles andere ist schlicht und einfach die Unwahrheit. Egal, welcher Art Ihre Mobilität ist – das beginnt womöglich beim Fußmarsch –, wird beispielsweise ein gewisses Maß an Abrieb an die Natur abgegeben.

(Zurufe der Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE und Daniel Rottmann AfD)

Ich erinnere mich an eine Diskussion, in der der Ministerpräsident gesagt hat, er komme mit seinem Hybridfahrzeug ja emissionsfrei in die Stadt Stuttgart.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Daraufhin hat ihm die damalige Staatssekretärin im Verkehrsministerium, Frau Dr. Splett, erklärt, dass durch sein Fahrzeug, auch wenn es elektrisch angetrieben wird, durch den Abrieb von Bremsbelägen und Reifen ganz erhebliche Feinstaubemissionen entstehen.

Sagen Sie den Menschen die Wahrheit. Es wird keine emissionsfreie Mobilität geben.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Bei einer Debatte, die auch das Thema Nachhaltigkeit im Blick hat, sollte man auch im Blick haben, wo die Emissio-

nen landen, die man durch seine Mobilität produziert. Wenn meine Emissionen z. B. dort landen, wo der Strom produziert wird – und zwar nicht durch erneuerbare Energien –, dann ist das nicht ökologisch. Dann ist das ein Verschieben der Emissionen an einen anderen Ort.

Und bei der Batterietechnologie habe ich von Ihnen noch nie eine kritische Würdigung dessen gehört, woher eigentlich die Rohstoffe kommen und was bei der Produktion von Batteriezellen an Energie notwendig ist, um hier überhaupt ein konkurrenzfähiges Fahrzeug herzustellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Wer diese Fragen nicht beantwortet, der zeichnet ein falsches Bild der Wirklichkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der AfD)

Deswegen: Ein Strategiedialog ist richtig. Aber dieser Strategiedialog – da richte ich mich insbesondere an Sie, Frau Wirtschaftsministerin – muss tatsächlich ergebnisoffen stattfinden. Er muss auch die wirtschaftliche Stärke der Unternehmen in unserem Land im Blick haben, und er muss die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Blick haben, die diese Ängste haben.

Ich weiß durch meine Gespräche mit Roman Zitzelsberger, der ja beteiligt ist, dass der Blick auf die Beschäftigten in dieser Debatte noch stärker ausgeprägt werden könnte. Die Gewerkschaften, die Betriebsräte sind seit Jahren dabei, diesen Transformationsprozess zu gestalten, sich nicht auf dem Alt-hergebrachten auszuruhen, sondern Arbeitsplätze zu sichern, indem man technische Innovationen und nicht, wie diese Landesregierung, Verbote nach vorn stellt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das Wort hat Herr Fraktionsvorsitzender Dr. Rülke für die FDP/DVP-Fraktion.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, Sie haben mir ja großzügig zugestanden, ich könne von diesen Grenzwerten halten, was ich wolle. Dafür will ich mich bedanken.

(Heiterkeit)

Ich bin auch mit Ihnen einig, dass diese Grenzwerte als etwas, was in Brüssel beschlossen wurde, geltendes Recht sind.

Ich bin auch mit Ihnen einig, dass man sich an Gerichtsurteile halten muss. Nur, in diesem Gerichtsurteil steht eben auch, dass die Umsetzung dieser Richtlinien verhältnismäßig sein muss, was die Auswirkungen auf die Menschen in diesem Land betrifft. Und es ist eben nicht verhältnismäßig, meine Damen und Herren, in diesem Land Fahrverbote zu erzwingen und Dieselfahrer zu enteignen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Im Übrigen haben Sie selbst festgestellt, Herr Ministerpräsident, dass die Luft immer besser werde.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

Offensichtlich ist es ja auch so, dass der Diesel seinen Beitrag dazu leistet. Diesen Beitrag haben Sie ja auch persönlich erkannt, sonst hätten Sie sich nicht privat einen Diesel gekauft. Es gibt also offensichtlich zumindest bei Ihnen – sozusagen als einer rühmlichen Ausnahme in Ihrer Partei –

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

ein Grundvertrauen in den Verbrennungsmotor und sogar in den Diesel.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD)

In der Tat: Er wird auch immer sauberer. In den letzten Jahren und Jahrzehnten wurde der Diesel immer sauberer. Sein einziges Problem war, dass die Grenzwerte noch schneller gesunken sind.

(Zuruf von der AfD: So ist es!)

Das ist aber eine rein politische Entscheidung, meine Damen und Herren. Aber die Entwicklung macht deutlich: Diese Technologie hat Zukunft.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD – Zuruf von der AfD: Jawohl!)

Da kann man dann auch nicht mit der Lebenslüge – der Kollege Stoch hat es auch schon angesprochen – von der emissionsfreien Zukunft, von der emissionsfreien Mobilität kommen. Emissionsfreie Mobilität ist eine Lebenslüge; das gibt es nicht.

(Zuruf: Schweden!)

Kollege Stoch hat schon deutlich gemacht, wie es ist, wenn man mit einem Hybridfahrzeug unterwegs ist. Kollege Stoch hat auch schon deutlich gemacht, wie es sich mit dem Reifenabrieb verhält.

Es ist auch klar, dass die Elektromobilität in keiner Weise emissionsfrei ist. Wie wollen Sie denn den Strom erzeugen, den Sie dafür brauchen – völlig emissionsfrei? Wie wollen Sie diese Batterien wieder entsorgen – völlig emissionsfrei?

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Es ist doch ein Quatsch, der den Leuten da von der emissionsfreien Mobilität erzählt wird. Und dann sagen Sie: „Damit wir emissionsfrei fahren können, müssen wir die Elektromobilität erzwingen.“ Hören Sie auf mit dieser Lebenslüge, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD sowie des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Sie haben erklärt, diese Debatte habe bestätigt, dass dieser Strategiedialog auf dem richtigen Weg sei. Es mag ja sein, dass der Strategiedialog auf dem richtigen Weg ist. Dann ist

er aber auf einem anderen Weg als Sie mit dem, was Sie in Ihrer Regierungsinformation erzählt haben.

Sie haben weiter gesagt, eigentlich bestehe Einigkeit, wir wollten gemeinsam Technologieoffenheit. Sehr erfreulich, wenn da Einigkeit besteht, Herr Ministerpräsident. Die Regierungsinformation hat einen anderen Eindruck erweckt. Sie hat den Eindruck erweckt, es gibt eben keine Technologieoffenheit, sondern es gibt eine sehr klare Absichtserklärung dieser Landesregierung, die Elektromobilität mit politischen Mitteln durchzusetzen. Das ist der Eindruck, den Sie erweckt haben.

(Zuruf: Ja!)

Wenn die Debatte jetzt ergeben hat, wir verständigen uns auf Technologieoffenheit, dann haben diese Debatte und diese Regierungsinformation wirklich ihren Wert gehabt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Es ist richtig, wir brauchen alternative Formen des Antriebs, wir brauchen die Brennstoffzelle, Power-to-Gas, synthetische Kraftstoffe. Das kam eben zu kurz, zumindest in der Regierungsinformation. Es ist gut, dass Sie in der zweiten Runde dann deutlich gemacht haben, dass das alles auch seine Berechtigung hat.

Sie sagen, Herr Zetsche verkünde, er wolle – wahrscheinlich nicht mehr er, sondern sein Nachfolger; aber sei's drum –, dass bis zum Jahr 2025 25 % der verkauften Fahrzeuge elektrisch angetriebene Fahrzeuge sind.

(Zuruf von der AfD: Er hat aber nicht gesagt, wo!)

Okay. Es bleiben aber immer noch 75 %, Herr Ministerpräsident, und die Frage, was für Fahrzeuge diese 75 % dann sein werden, haben Sie an dieser Stelle nicht beantwortet. Ich gehe sehr stark davon aus, dass diese 75 % im Wesentlichen Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor sein werden. Ich gehe auch davon aus, dass man sich bei der Forschung – zumindest sollte es so sein – nicht vollständig auf die Elektromobilität konzentriert.

Sie haben ja die soziale Marktwirtschaft beschworen, haben sie – na ja – definiert und dann deutlich gemacht, der Staat setze Rahmenbedingungen. Man kann jetzt darüber streiten, ob all das, was Sie in Ihrer Regierungsinformation vorgetragen haben, alles nur Rahmenbedingungen oder doch planwirtschaftliche Eingriffe in den Markt sind.

Aber Faktum ist, Sie werden allein mit politischen Maßnahmen dieses nicht umsetzen. Die bisherigen Absichtserklärungen zur Elektromobilität und die Spiegelung der Realität haben schon deutlich gemacht, dass sich die Endkunden, die Autofahrerinnen und Autofahrer, eben nicht von solchen politischen Absichtserklärungen zwingen lassen, sondern sie kaufen eine neue Technologie dann, wenn diese neue Technologie auch überzeugend ist. Das hat offensichtlich die Elektromobilität bisher noch nicht geleistet. Sonst wären nicht diese ganzen hehren Ziele gescheitert.

Gleichzeitig, Herr Ministerpräsident, sagen Sie – ich zitiere Sie aus der zweiten Runde –: „Wir zwingen niemand.“ Ich kann nur sagen: Es ist ja gut, wenn Sie niemand zwingen.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Doch gleichzeitig erzählen Sie immer, Sie wollten die blaue Plakette. Was ist denn die blaue Plakette anderes als Zwang, Herr Ministerpräsident? Das stimmt doch überhaupt nicht, was Sie da sagen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

All die anderen Maßnahmen, für die Ihre Regierung oder Ihre Partei eintritt, wie die Nahverkehrsabgabe, ist das etwa kein Zwang? Oder wenn Herr Hermann mit seinen unsäglichen Vorgaben zu überdachten Fahrradabstellplätzen versucht, das Fahrrad gegenüber dem Automobil immer weiter in die Vorhand zu bringen, ist das dann kein Zwang, was da in der Landesbauordnung steht? Wenn Sie Ihrer Aussage „Wir zwingen niemand“ Taten folgen lassen würden, dann wären wir schon einen wesentlichen Schritt weiter, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD sowie des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Am Ende haben Sie dann diesem Haus in Aussicht gestellt – ich zitiere –: „Wir werden immer wieder berichten.“ Ich nehme an, das bezieht sich auf Ihren Strategiedialog. Wir freuen uns auf diese Berichte, die da immer wieder kommen sollen, und hoffen sehr, dass Sie beim nächsten Mal mehr zu berichten haben als dieses Mal.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD sowie des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das Wort hat Herr Fraktionsvorsitzender Schwarz für die Fraktion GRÜNE.

(Abg. Anton Baron AfD: Was?)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte hat klargemacht, dass die Regierungsfaktionen dafür sind, dass Baden-Württemberg künftig Mobilitätsland und Autoland Nummer 1 bleiben muss. Wir tun in einem guten Dialog unter Einbeziehung aller wesentlichen Akteure alles dafür, dass Baden-Württemberg zu künftig Mobilitätsland Nummer 1 sein wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wichtig ist, wie vom Ministerpräsidenten und von der Wirtschaftsministerin angesprochen, das Ziel des emissionsfreien Fahrens.

(Abg. Anton Baron AfD: Das gibt es nicht! Das haben Sie doch vorhin gehört!)

Ich würde mir wünschen, dass die Oppositionsfaktionen etwas dazu sagen, wie sie denn gedenken, die Verträge, die die Bundesrepublik Deutschland zum Klimaschutz abgeschlossen hat, zu erfüllen. Es ist eine Aufgabe, die wir verantwortungsvollen Politiker haben, wenn wir an künftige Generationen denken, dass wir für den Klimaschutz eintreten, dass wir das Pariser Abkommen erfüllen. Da muss auch der Verkehr seinen Beitrag leisten.

(Abg. Anton Baron AfD: Sie sind doch sieben Jahre an der Regierung! Was haben Sie bisher erreicht?)

Das, was die AfD hier vorgetragen hat, ist ja ein Morgenthau-Plan für Baden-Württemberg.

(Lachen bei der AfD – Abg. Emil Sänze AfD: Reden Sie doch nicht so einen Blödsinn! Sie wissen doch gar nicht, von was Sie reden! – Weitere Zurufe)

Das, was Herr Gögel vorgetragen hat, ist der Morgenthau-Plan und ist der Weg in die Deindustrialisierung. Gott sei Dank haben Ihre kruden Ideen hier keine Mehrheit.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU – Abg. Anton Baron AfD: Eijejei! – Weitere Zurufe von der AfD)

Bedauerlicherweise geht die Wortwahl von Herrn Rülke auch am Thema vorbei.

(Abg. Anton Baron AfD: Ah!)

Das bedaure ich sehr.

Auch wenn man dem Kollegen Stoch zuhört, dann ist das ja mehr Schwarzmalerei, die hier von der SPD in den Raum gestellt wird.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist doch kompletter Blödsinn! – Weitere Zurufe)

Denn: Was wollen Sie denn? Wollen Sie, dass wir handeln, dass wir etwas tun? Oder wollen Sie, dass wir nichts tun?

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das Richtige tun!)

Denn wenn wir nichts tun, dann wird die Industrie in unserem Land in den nächsten Jahren Probleme haben.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Denn viele Länder werden künftig den Verbrennungsmotor verbannen.

(Zurufe von der AfD)

Das hat gar nicht die Landesregierung zu entscheiden, ob der Verbrennungsmotor in China, in Norwegen, in Großbritannien verbannt wird. Aber wir müssen die Wirtschaft, die Industrie, die Arbeitnehmer in unserem Land auf diese Veränderungen vorbereiten. Das macht die Landesregierung. Darüber bin ich sehr froh.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Fraktionsvorsitzender Schwarz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Klos?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Nein.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Und Abg. Dr. Balzer gleich dazu?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Nein, auch nicht.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Nein. Gut. – Weiter.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Jetzt haben Sie immer wieder die Frage der Technologieoffenheit angesprochen. Mit Verlaub, liebe Kolleginnen und Kollegen: Schauen Sie einmal in die Tagesordnung. Es geht um den Strategiedialog Automobilwirtschaft. Da ist nicht vom Strategiedialog „Batteriebetriebene Fahrzeuge“ die Rede.

(Zuruf des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP)

Diese Technologieoffenheit – wenn Sie den Debatten gut lauschen, dann hätten Sie es schon im Juli 2017 merken können – ist durch den Ministerpräsidenten, durch den Kollegen Wolfgang Reinhart und durch mich schon im Juli 2017 hier präsentiert worden. Heute hat es die Regierung noch einmal sehr gut veranschaulicht. Daran führt kein Weg vorbei. Da können Sie nichts herumkritteln, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ich bin der Wirtschaftsministerin dankbar, dass sie noch einmal die Kompetenzen im Fahrzeugbau erwähnt hat. Das ist ja für uns gerade der Antrieb, dass wir aus baden-württembergischer Perspektive diese Diskussion forcieren, diesen Prozess vorantreiben, damit wir zeigen können: Das Elektroauto, das batteriebetriebene Auto oder das Brennstoffzellenauto der Zukunft wird in Baden-Württemberg erforscht, entwickelt, es wird hier produziert, hergestellt,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und verkauft!)

und wir nutzen es auch. Das ist das Ziel des Strategiedialogs. Dafür steht meine Fraktion.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das Wort für die CDU-Fraktion hat Herr Fraktionsvorsitzender Dr. Reinhart.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich glaube an das Pferd. Das Automobil ist eine vorübergehende Erscheinung.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Sehr gut!)

Dieser Satz stammt von Wilhelm II., dem letzten deutschen Kaiser. Herr Gögel, wenn Sie sagen: „Sehr gut!“, dann bin ich daran erinnert, dass Sie hier manchmal Ausführungen machen, die zeigen, dass Sie in der Vergangenheit leben und nicht in der Zukunft. Das ist die Realität.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Lachen bei Abgeordneten der AfD – Abg. Bernd Gögel AfD: Nicht alles war schlecht in der Vergangenheit! – Abg. Anton Baron AfD: Ich weiß, dass Sie das Konservative ja völlig verloren haben! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Mit einem Gaul muss man auch umgehen können!)

– Herr Kollege Baron, Albert Schweitzer hat einmal gesagt: „Zukunft ist die Zeit, in der wir leben.“ Hier geht es um eine zentrale Zukunftsfrage.

(Abg. Anton Baron AfD: Da sind wir ganz bei Ihnen!)

Deshalb ist es sehr gut, dass die Regierung diesen Strategiedialog Automobilwirtschaft zu einem Schwerpunktthema gemacht hat. Denn hier geht es um die Zukunft des Landes, hier geht es um die Zukunft des Standorts Baden-Württemberg, und hier geht es um die Zukunft der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, aber auch an den weltweiten Standorten unserer Unternehmen. Das ist eine ganz entscheidende Frage.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Stellen Sie sich das Bild des Ruderers auf dem Fluss vor. Wenn der Ruderer die Ruder einmal aus der Hand legt, dann hat er nicht einmal Stillstand, sondern er wird abgetrieben. Hier geht es darum, dass wir nicht abgetrieben werden, sondern weiter an der Spitze bleiben. Dieses Land ist mit seinen Premiumfahrzeugen Innovationstreiber der Automobilwirtschaft. Deshalb ist es richtig, dass sich die Regierung mit den Pilotprojekten und Leuchtturmprojekten darum kümmert, dass wir auch in Zukunft an der Spitze bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Abg. Anton Baron AfD: Da verlasse ich mich auf die Wirtschaft!)

Da gibt es auch keinen Gegensatz. Von der Opposition wird teilweise versucht, uns zu suggerieren, es würde ein Gegensatz zwischen der Frage der Verbrennungsmotoren und dem Ziel einer emissionsärmeren Mobilität bestehen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Hier geht es schlichtweg um ein Sowohl-als-auch. Es geht darum, dass wir den Wandel mitgestalten, bei der Entwicklung dabei sind und an der Spitze des Fortschritts stehen. Das eine schließt doch das andere überhaupt nicht aus. Ich möchte das am Beispiel des Diesels unterstreichen, den Sie, Herr Kollege Rülke, so oft ansprechen. Natürlich hat der Diesel Vorzüge: weniger CO₂ – dafür hat man geworben –,

(Abg. Anton Baron AfD: Ja!)

weniger Stickoxide, vor allem in dem Bereich der neuen Euro-6d-Technologie. Das ist ja Hightechfortschritt. Hinzu kommt, dass der Diesel einen geringeren Verbrauch hat

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

und damit auch verbrauchsgünstiger ist. All das wird doch überhaupt nicht bestritten. Das hat der Ministerpräsident auch überhaupt nicht gesagt. Was er gesagt hat, ist, dass wir das eine brauchen, aber in der Zukunft auch an der Spitze des Fortschritts stehen wollen.

Es gäbe doch Häme von Ihnen, wenn – stellen Sie sich das einmal vor – die Regierung nichts tun würde in einer solchen Zeit, in der ein dramatischer Wandel wie nie zuvor ansteht.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja, aber was machen Sie denn? – Gegenruf des Abg. Thomas Blenke CDU: Wir reden doch darüber!)

Sie würden doch alle sagen, diese Regierung verschlafe den Fortschritt. Das wäre doch die Realität.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Herr Gögel, Sie entwerfen ein Zerrbild des Menschenbilds, indem Sie sagen, wir würden einen „entwerteten Menschen“ vor uns haben, wir würden nicht an den Bodensatz denken und vieles mehr.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Aufpassen! Das habe ich nicht gesagt! – Zuruf von der AfD: Das hat er nicht gesagt!)

Ich muss Ihnen sagen: Hier geht es um eine Verantwortung dieser Regierung für alle Bürgerinnen und Bürger in diesem Land. Sie haben kein einziges Wort zu einer zukunftsfähigen Lösung gesagt.

(Abg. Emil Sänze AfD: Das hat er gesagt! – Abg. Anton Baron AfD: Natürlich! Zuhören! – Zuruf von der AfD: Sie hören nicht zu!)

Sie haben kein einziges Wort dazu gesagt, wo wir den Technologiefortschritt brauchen, wie wir den Wandel bewältigen und wie wir die Innovation mit Forschung und Entwicklung unterstützen müssen. Insoweit darf man nicht nur als Kritiker hier stehen und alles ignorieren. Das ist keine Lösung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Abg. Rüdiger Klos AfD: Das hat er nicht gesagt! – Abg. Emil Sänze AfD: Sie hören nicht zu! – Abg. Anton Baron AfD: Wir haben die Bildung erwähnt! Wo waren Sie denn?)

Der Kollege Rülke meinte, es gäbe wenig Datenerfassung und wenig beim Bundesverkehrswegeplan. Ich kann Ihnen sagen, Herr Rülke: Wenn Sie sich heute einmal die Medien – wahrscheinlich hatten Sie noch keine Zeit – vornehmen und sehen, was der Landesverkehrsminister gestern Abend in Informationsveranstaltungen verkündet hat,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr guter Hinweis!)

so sehen Sie: Diese Regierung kann mit Stolz sagen – auch im Zusammenhang mit Unterstützung aus Berlin beim Bundesverkehrswegeplan –: So viel Unterstützung gab es noch nie in den vergangenen Jahrzehnten: 9,5 Milliarden € – zunächst 5,6 Milliarden € bis 2025 und dann bis zu 9,5 Milliarden € bis 2030 – für bis zu über hundert Ortsumfahrungen und weitere Projekte, wenn ich das richtig addiere, Herr Verkehrsminister. Ich glaube, so viel ist für Ortsumfahrungen im Bundesverkehrswegeplan noch nie ins Ziel genommen worden. Damit ist diese Landesregierung mit der Verwaltung auf einem guten Weg; das kann ich zusammenfassen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Ich finde, die Wirtschaftsministerin hat sehr viele Projekte angesprochen, die zukunftsweisend sind. Auch in der Regierungsinformation wurde diese enorme Veränderung, diese digitale Revolution, adressiert. GAFA – Google, Apple, Facebook, Amazon –, das sind die Wettbewerber, mit denen wir es zu tun haben werden. Da wird es darum gehen, ob wir in dieser Frage bestehen können und zukunftsfähig bleiben. Wie es in 20 Jahren aussieht, weiß niemand; das stimmt. Aber eines wissen wir: Wenn wir uns nicht damit befassen, forschen, an der Spitze des Fortschritts bleiben, dann werden wir in 20 Jahren

nicht mehr dabei sein. Das ist doch die Realität, um die es momentan geht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Deshalb will ich abschließend sagen: Ich finde, es ist wichtig, dass die Landesregierung hier diesen Dialog begonnen hat, dass wir damit einen Kompass für den Wandel bekommen. Wir müssen uns mit diesem Wandel befassen, auch was die Frage der Marktverteilung in der Zukunft angeht. Wir brauchen kluge Antworten. Deshalb ist es gut, dass wir uns hier auf den Weg machen und damit auch die Zukunft gestalten können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! – Abg. Thomas Blenke CDU: So ist es!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das Wort hat nochmals Herr Ministerpräsident Kretschmann.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich das Silicon Valley besucht habe, habe ich etwas von diesem Spirit mitgenommen, dass wir uns große Ziele setzen und hartnäckig daran arbeiten, dass wir sie auch erreichen. Das ist nämlich der Grund, warum Unternehmen aus diesem Bereich so erfolgreich sind: weil sie sich diese Ziele gesetzt haben. Diesen Spirit sollten wir mitnehmen.

Ich sage noch einmal klar: Das große Ziel ist emissionsfreie Mobilität. Davon werde ich mich nicht abbringen lassen.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zurufe: Das geht doch gar nicht!)

Ich vertraue darauf, dass wir es durch die Kreativität und den Erfindungsreichtum der Menschen schaffen werden; davon bin ich überzeugt. Was bringt es denn, daran sophisticated herumzumachen? Es geht doch nicht darum, dass natürlich jedwede menschliche Tätigkeit Emissionen erzeugt. Wir selbst atmen ja mehr Kohlendioxid aus, als wir einatmen; das werden wir nicht verhindern.

(Zuruf von der SPD: Ein Glück!)

Aber darum geht es jetzt wirklich nicht. Ich finde, da sollten wir jetzt auf dem Teppich bleiben.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Darum geht es nicht! Es geht um Stromproduktion!)

Jetzt will ich noch einmal darauf eingehen – deswegen bin ich noch einmal ans Rednerpult gegangen –: Was heißt Technologieoffenheit? Um dieses Ziel Technologieoffenheit zu erreichen, haben wir derzeit drei Dinge in Aussicht: batterieelektrische Fahrzeuge, Brennstoffzellenfahrzeuge, die z. B. mit Wasserstoff betrieben werden,

(Abg. Emil Sänze AfD: Die Strategie von Mercedes! 1 : 1!)

und die E-Fuels, also die Kraftstoffe der zweiten Generation, die aus regenerativen Energien erworben werden. Darum geht es.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Ich fange beim letzten Punkt an: Wenn solche Kraftstoffe eines Tages wirtschaftlich dargestellt werden können, dann ist der Verbrennungsmotor natürlich nicht tot.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Also! – Abg. Reinhold Gall SPD: Um nichts anderes geht es!)

Das behauptet aber auch gar niemand.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Soll ich Ihnen mal den Parteitagbeschluss der Grünen vorlesen? – Abg. Reinhold Gall SPD: Jede Menge behaupten das! – Gegenruf des Ministers Winfried Hermann – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Schaut doch mal eure Parteitagbeschlüsse an!)

Wir werden ihn noch lange Zeit brauchen, z. B. für Schiffe. Den Flugverkehr können wir wahrscheinlich überhaupt nur mit diesen E-Fuels ökologisieren. Aber bei der gegenwärtigen Herstellung ist der Wirkungsgrad miserabel. Das ist einfach ein Problem. Das heißt, man kann es derzeit ökonomisch nicht darstellen.

Bei der Brennstoffzellentechnologie ist es besser, aber auch schwierig. Da braucht man z. B. eine eigene Infrastruktur usw.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Aber wir sind ja an all diesen Themen dran. Wir haben das ZEW in Stuttgart, das sich damit befasst.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Das heißt ZSW!)

Das hat ein Pilotprojekt zur Elektrolyse. Das alles gibt es; das stellt überhaupt niemand infrage. Aber wir werden doch Technologieoffenheit nicht so definieren, dass wir jetzt den zweiten Schritt vor dem ersten machen und dann abhängen. Die Unternehmen in unserem Land müssen erst einmal mit den alten Technologien, die sie verbessern, das Geld verdienen, damit sie in die neuen investieren können.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Exakt so ist es!)

Das tun sie jetzt Gott sei Dank auch. Das werden im ersten Zug erst einmal batterieelektrische Fahrzeuge und Hybridfahrzeuge sein. Das ist einfach eine Tatsache, die uns der Markt so vorgibt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Genau so habe ich es gesagt!)

Dann wird man parallel auch die anderen Technologien entwickeln und prüfen. Man wird schauen, ob sie marktfähig und wettbewerbsfähig sind. Ich denke, es ist einfach noch einmal klarzustellen: Das meint Technologieoffenheit.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Herr Rülke, lassen Sie mich noch sagen: In der Tat macht der Staat in der modernen sozialen Marktwirtschaft – da haben Sie recht – nicht nur die Rahmenbedingungen. Er investiert auch in Forschung und Entwicklung. Das machen alle Staaten. Wir wären ja wohl mit dem Klammerbeutel gepudert,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Genau!)

wenn wir ordnungspolitisch so rigoros wären, dass wir das nicht mehr machen. Das ist, glaube ich, auch nicht das, was Sie wollen.

Wir sind stolz darauf, dass Baden-Württemberg fast 5 % in Forschung und Entwicklung steckt – sowohl die Unternehmen als auch die öffentliche Hand. Das ist ein absoluter europäischer Spitzenwert und die Grundlage dessen, dass wir auch in Zukunft erfolgreich sein werden. Wir werden das auch weiter so machen.

Wir werden auch zusammen mit anderen innovative Projekte auf den Weg bringen. Da braucht man Leuchtturmprojekte. Die Wirtschaftsministerin und ich merken es in der Start-up-Szene. Diese muss auch sichtbar sein. Nur dann zieht sie die Leute an, die wir dafür brauchen. So ist es nun einmal in dieser Welt. Dafür gibt es solche Leuchtturmprojekte, die zeigen, in welche Richtung es geht, die zeigen, was auf die Spur gesetzt wird, und die auch eine gewisse Begeisterung dafür wecken.

Helmut Kohl hat immer gesagt: „50 % der Wirtschaftspolitik sind Psychologie.“ Man muss also auch darauf setzen, dass man die Menschen in die neue Welt mitnimmt,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das habe ich, glaube ich, sehr deutlich gesagt!)

und dazu braucht man Vorzeigeprojekte, die zeigen: Das ist interessant, das ist gut, und das funktioniert. Auch das ist ein Grund, warum wir sie machen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Herr Kollege Rülke, Marktwirtschaft braucht aber auch Regeln, jedenfalls eine soziale und ökologische Marktwirtschaft. An solche Regeln muss man sich halten. Es gibt keine regelungsfreie Marktwirtschaft – nirgendwo auf der Welt. Nun gibt es solche Regeln. Solche Regeln sind geschaffen worden, und an die muss man sich halten.

(Zuruf: So ist es!)

Da wird niemand enteignet.

(Abg. Emil Sänze AfD: Doch! – Weitere Zurufe)

Setzen Sie bitte nicht solche Kampfwörter in die Welt.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Zurufe)

Wenn überhaupt, wird es beschränkte Fahrverbote in wenigen Zonen weniger Städte geben. Wenn wir nicht durch andere Mittel dasselbe Ziel erreichen,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

verpflichten uns die Gerichte, das zu machen, und dann müssen wir das auch machen. Da kann von Enteignung überhaupt keine Rede sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Zuruf: Kalte Enteignung!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Das Fehlen einer blauen Plakette hat meiner Ansicht nach zu dieser Verunsicherung geführt, sodass am Markt in der Tat das passiert ist, was Sie beklagen, nämlich dass der Markt für Dieselfahrzeuge erschüttert worden ist und dass die Verkaufspreise dafür sinken.

(Abg. Stefan Herre AfD: Millionen verbrannt worden!)

Deswegen habe ich immer dafür geworben, Klarheit zu schaffen, sodass jeder weiß, woran er ist.

Sie können doch nicht allen Ernstes behaupten, dass die Plakette, die wir schon haben, nämlich die grüne Plakette, irgendein ernsthaftes Problem für die Automobilindustrie und die Kunden hervorgerufen hat. Im Einzelnen kann es natürlich für den einen oder anderen bedeuten, dass er dann in diese Zonen nicht mehr fahren kann. Sie wissen aber doch ganz genau, dass wir schon im letzten Luftreinhalteplan z. B. die Handwerker bzw. die Dienstleister von vornherein ausgenommen haben. Warum erzählen Sie das denn dauernd? Sie verunsichern doch nur die Leute. Jeder weiß – es war schon immer so geplant –, dass Leute, die wirtschaftlich darauf angewiesen sind, ausgenommen werden. Für diese wird das sowieso nicht kommen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nichts anderes habe ich behauptet! – Weitere Zurufe)

Zu einer sozialen Marktwirtschaft gehört Freiheit, gehört Innovation, gehören Regeln und große Ziele, die man sich setzt. Das macht diese Landesregierung. Davon wird sie sich nicht abbringen lassen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Wünscht einer der Herren Fraktionsvorsitzenden noch einmal das Wort?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Dann geht die Vorlesung weiter! – Abg. Andreas Stoch SPD: Das wäre notwendig, aber dann fängt er ja wieder an!)

Ich schaue in die Runde. – Das ist nicht der Fall.

(Unruhe)

Dann hat Herr Abg. Dr. Gedeon das Wort.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Viele Worte, schöne Worte, unnötige Worte.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wie z. B. jetzt! – Abg. Reinhold Gall SPD: Jetzt kommen die unnötigsten! Mit Sicherheit! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Am Schluss noch Herr Reinhart mit einer Wort- und Zitatverdrehung. Sie haben Herrn Gögel ja genau das Gegenteil von dem unterstellt, was er gesagt hat. Das war schon ein bisschen unappetitlich.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Apropos Appetit: Sie sollten mal wieder etwas essen! – Gegenruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Aber eine wichtige Sache ist ausgeblendet worden, meine Damen und Herren, und auf die möchte ich noch kurz eingehen. Es geht nicht nur um Wirtschaft, es geht nicht nur um Technologie, es geht nicht nur um Stickoxide, es geht um Wirtschaftskriege. Es geht nicht zuletzt um den Wirtschaftskrieg, den die Amerikaner gegen uns führen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ihr Freund Trump!)

Und das tun sie nicht erst ab morgen, wenn sie die Zölle für Stahl erheben. Gerade die Dieselfeldproblematik wird von ihnen systematisch instrumentalisiert. Sie versuchen mit ihren Geheimdiensten und ihren Gerichten,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ihr Freund Trump und Ihr Freund Bannon!)

unsere Autoindustrie – BMW, Mercedes, VW, die Flaggschiffe unserer Wirtschaft – „waidwund zu schießen“. Wenn Ihnen das gelingt, meine Damen und Herren, brauchen wir keine Strategiedebatten mehr, dann brauchen wir keine Batteriezentren mehr, dann haben wir nicht mehr die wirtschaftlichen Subjekte, die diese Strategien umsetzen können.

Deswegen tun wir gut daran, wenn wir diesen Aspekt des Wirtschaftskriegs nicht in typisch deutscher Blauäugigkeit ausblenden und wenn wir unsere Industrie gegen die amerikanischen Attacken und deren Gerichte systematisch verteidigen – auch wenn sie Mist machen, so wie bei der Software – und ihr nicht noch zusätzlich in den Rücken fallen. Das ist der springende Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wir müssen endlich realisieren, dass auch hier bei diesem Thema gilt: Wer die USA zum Freund hat, braucht keine Feinde mehr – und das nicht erst seit Trump.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Trump ist doch Ihr Freund! Und Bannon! Das war abenteuerlich!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit ist Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Ist der Innenminister ein offenes Sicherheitsrisiko? –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein! – Gegenruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD: Ja! – Weitere Zurufe, u. a.: Des Mannes Rede sei: Ja, ja, nein, nein!)

beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtrededzeit von 50 Minuten festgelegt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Frage ist bereits beantwortet! – Unruhe – Zuruf: Pst!)

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich wieder einmal auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Da sind wir ja gespannt!)

Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich zitiere Innenminister Strobl:

Mit Beginn der wärmeren Jahreszeit werden verdeckte Kräfte des Landeskriminalamts bei den Ermittlungen insbesondere im Prinzenpark tätig sein.

(Zuruf von den Grünen: Es ist aber immer noch kalt!)

Tja, das war der Ursprung allen Übels. Dafür wurde der Innenminister dann auch, wie man lesen konnte, von allen Seiten kritisiert. Jetzt könnte man sagen, das sei Oppositionsgetöse von SPD und FDP/DVP. Aber Kritik kam auch von den Gewerkschaften der Polizei. Der Ärger in der Polizei über die Informationspolitik des Ministers reicht bis in die Führungsebene, so die Deutsche Polizeigewerkschaft. Die GdP und der Bund Deutscher Kriminalbeamter äußern sich ähnlich.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Die FDP gibt bekanntlich viel auf die Meinung der Gewerkschaften!)

Von den Grünen, vom Kollegen Scerl, kommt der Satz: „Die Lage in Sigmaringen mit verdeckten Ermittlern lösen zu wollen scheint weit übertrieben.“ Heißt zu Deutsch: Der Minister spielt sich auf.

Das Härteste kommt offensichtlich aus der eigenen Fraktion. In einem SWR-Bericht vom 14. März heißt es, das, was von der eigenen Fraktion komme, sei heftiger als das, was von der Opposition zu hören sei: Er sei unfähig, kümmere sich um nichts, arbeite sich nicht in die Themen ein; große Teile der Fraktion hielten ihm Führungsschwäche vor. – So offensichtlich die CDU-Landtagsfraktion, Herr Strobl.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Woher haben Sie den Begriff „offensichtlich“?)

– Vom SWR, Herr Kollege Zimmermann. Öfter mal Radio hören!

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: Ach, SWR?)

Aber zum Glück hatte man damals ja noch einen Staatssekretär, der dann erklärt hat – Versuch 1 der Rechtfertigung –, die Ankündigungen hätten auch abschreckenden Charakter. Welch ein bespielloser Nonsens, meine Damen und Herren! Wenn Polizisten zur Abschreckung geschickt werden, warum kommen sie dann verdeckt? Das müssten Sie mal erklären – oder der Staatssekretär Jäger. Will man also im Innenministerium den Einsatz verdeckter Kräfte vor Ort besonders gut bekannt machen?

Apropos Staatssekretär Jäger: Vor einigen Wochen zur Rettungsdienstdebatte hat er noch erklärt: „Sollte ich irgendwann einmal einen Unfall haben, dann hoffentlich in Baden-Württemberg.“ Jetzt, Herr Strobl, ist der Unfall da, und was macht der Staatssekretär Jäger? Er haut ab aus Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP)

So wird dann die Strategie verändert. Herr Strobl betritt persönlich die Bühne und erzählt, es habe ja doch schon andere Beispiele dafür gegeben, dass verdeckte Ermittlungen über Pressemitteilungen bekannt gemacht worden sind.

Da sind wir dankbar für den Hinweis, Herr Minister. Das wäre dann beispielsweise eine Aufgabe für einen Untersuchungsausschuss, jeden einzelnen dieser Fälle einmal zu untersuchen und die Rolle des Ministers bei jedem dieser einzelnen Fälle zu klären.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Herr Strobl erklärt dann – Herr Ministerpräsident, Sie haben ja vorhin den Begriff „sophisticated“ gebraucht –, es war ja nicht von verdeckten Ermittlern, sondern nur von verdeckten Ermittlungen die Rede – aha, großer Unterschied! –, und im Übrigen sei die gesamte Kriminalpolizei, seien das alles verdeckte Ermittler, weil sie keine Uniform tragen.

(Heiterkeit des Abg. Sascha Binder SPD)

Also, Herr Minister, das ist schon eine eigenartige Logik. Und warum kommen Sie erst am Montag damit, wenn Ihr Staatssekretär noch am Wochenende von Abschreckung spricht?

Im Übrigen stimmt es auch gar nicht, dass Kriminalpolizisten in Zivil immer als verdeckte Ermittler kommen. Nehmen wir beispielsweise § 353 b des Strafgesetzbuchs: Verletzung des Dienstgeheimnisses. Falls es da beispielsweise mal ein Ermittlungsverfahren gegen einen Innenminister gibt und die Kriminalpolizei dann vor Ort kommt und bei Ihnen in Heilbronn an der Haustür klingelt, dann kommen die nicht als verdeckte Ermittler; sie zeigen dann ihre Dienstmarke. Insofern stimmt es eben nicht, dass Kriminalpolizisten grundsätzlich verdeckte Ermittler seien, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Sascha Binder SPD – Zuruf: Das ist doch logisch!)

Ich habe dann auch gehört, Sie seien zusammengezuckt bei dem Vorwurf des Geheimnisverrats und hätten gesagt, in manchen Staaten stehe darauf die Todesstrafe. Ich kann Sie beruhigen, Herr Minister: in Baden-Württemberg nicht. Ich hoffe, das war Ihnen auch schon so bekannt.

Der Wendungen aber nicht genug. Nun lesen wir in der „Schwäbischen Zeitung“ vom 14. März:

Laut mehrerer Insider war dabei deutlich mehr geplant, als nur Kriminalbeamte in Zivil einzusetzen.

Dazu passt auch das, was heute in der „Südwest Presse“ unter der Überschrift: „Nur die halbe Wahrheit?“ steht. – Was heißt „halbe Wahrheit“? „Halbe Wahrheit“ heißt im Grunde „Lüge“.

(Zuruf: Falsch!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Wir hätten schon gern Aufklärung darüber, ob es tatsächlich schon solche Maßnahmen gegeben hat, ob es tatsächlich so ist, dass Sie Maßnahmen verhindert haben, ob es tatsächlich so ist, dass verdeckte Ermittler möglicherweise gefährdet worden sind. Denn Sie haben in diesem Prozess eben nicht ausnahmslos die Wahrheit gesagt.

So haben Sie beispielsweise am Anfang, bei Ihrer ersten Pressekonferenz am Montag jener Woche behauptet, Ihre Pressemitteilung sei mit dem Landeskriminaldirektor abgestimmt, und bei Ihrer nächsten Pressekonferenz am Freitag jener Woche wollten Sie dann von dieser Aussage nichts mehr wissen, weil sie nämlich nicht stimmt, Herr Strobl. Das ist das Problem bei diesem Prozess.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Weiter entnehmen wir der „Schwäbischen Zeitung“:

Mit seiner Pressemitteilung habe Strobl die Pläne ernsthaft gefährdet.

Sie hätten also Polizeiarbeit sabotiert.

Neue Wendung dann in der Strategie des Ministeriums. Wenn dann nachgefragt wird, ob das stimmt, was da in der Presse nachzulesen ist, dann erklärt Ihr Haus – ich zitiere –:

Angaben zu ... operativen Einzelmaßnahmen ... erfolgen ... grundsätzlich nicht.

Ist das richtig, Herr Strobl?

Angaben zu ... operativen Einzelmaßnahmen ... erfolgen ... grundsätzlich nicht.

Das erklärt Ihr Haus. Gleichzeitig erklärt der Minister, Ermittlungen insbesondere im Prinzenpark würden durchgeführt. Ja, was ist denn eine solche Einzelmaßnahme, wenn nicht der Sigmaringer Prinzenpark? Wie passt denn die ganze Verteidigungsstrategie hier zusammen, meine Damen und Herren?

Ich fasse zusammen: Sie haben mit Ihrer Geschwätzigkeit in dieser Pressemitteilung einen kapitalen Fehler gemacht. Es steht im Raum, dass Sie ein Ermittlungsprojekt kaputt gemacht haben und möglicherweise Ermittler gefährdet haben. Sie haben drei Mal die Verteidigungsstrategie gewechselt. Sie haben vertuscht, offensichtlich zumindest in einem Fall nachweislich die Öffentlichkeit belogen.

Meine Damen und Herren, wir wünschen am heutigen Tag hier zu all dieser Aufklärung. Wir werden einen umfangreichen Fragenkatalog einbringen. Weitere Maßnahmen wie beispielsweise einen Untersuchungsausschuss schließen wir nicht aus.

Jedenfalls ist erkennbar geworden: Herr Minister, Sie sind mit diesem Amt überfordert.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Kollegen Scerl.

Abg. Hans-Ulrich Scerl GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, wir müssen diese Debatte jetzt einmal auf ein normales Maß zurückführen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Genau!)

Wir müssen einmal klären, worum es eigentlich geht. Es ist zweifelsohne das Recht der Opposition – sogar die Pflicht der Opposition –, Fragen an den Minister zu richten. Ich gehe auch davon aus, dass Herr Strobl das heute alles beantwortet, weil es beantwortbar und darstellbar ist. Alles andere, was von Ihnen, meine Damen und Herren, kam – „Geheimnisverrat“, „Minister als Sicherheitsrisiko“, „Untersuchungsausschuss“ –,

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

hat jedes Maß einer normalen Debatte verloren.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Klamauk!)

Ich sage Ihnen eines: Das, worum es uns eigentlich gehen muss, nämlich den Bürgerinnen und Bürgern in Sigmaringen zu helfen,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Genau! Das ist der Punkt!)

kommt zu kurz, das spielt keine Rolle mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Das interessiert die FDP/DVP nicht! Das hat die FDP/DVP nicht interessiert!)

Unsere Debatte hier wird dort als abgehoben, als völlig blöd und verrückt empfunden. Das ist die Situation.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Aber nicht bei der Polizei!)

– Die Polizei, Herr Kollege Stoch, ist da schon klüger und differenzierter unterwegs

(Abg. Sascha Binder SPD: Als wer?)

und lässt das notwendige Maß an Differenzierung auch nicht vermissen.

Worum geht es eigentlich? Es geht darum, dass vor einigen Wochen ein Sicherheitskonzept für Sigmaringen erarbeitet wurde. Daran war das Landespolizeipräsidium genauso beteiligt wie das Polizeipräsidium in Konstanz; darüber haben sich die Fachleute ausgetauscht und haben einige Komponenten, Maßnahmen entwickelt, die umgesetzt werden könnten.

Die örtliche Situation ist nicht von Schwerstkriminalität, sondern eher von Kleinkriminalität geprägt. Aber sie ist in hohem Maß unangenehm, und es ist für die Bürgerinnen und Bürger inakzeptabel – am Bahnhof, im Prinzenpark, wo auch immer –, wenn Drogen gedealt werden, wenn Alkohol konsumiert wird, wenn es zu Pöbeleien und Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung kommt und wenn es zu Ladendiebstählen und anderen Diebstählen kommt.

(Hans-Ulrich Sckerl)

Auslöser ist eine kleine Gruppe. Das sagen wir in aller Deutlichkeit. Die große Mehrzahl der Geflüchteten, die in der Landeserstaufnahmeeinrichtung und in anderen Einrichtungen leben, verhält sich friedlich, sucht auch ausdrücklich ein gutes Zusammenleben, wie mir berichtet wurde. Es handelt sich um eine kleine Gruppe von ungefähr 20 Personen, die sich in dieser Weise verhalten. Ihrer muss die Polizei jetzt Herr werden, ihr Verhalten muss eingedämmt werden. Die Straftaten müssen abgestellt werden, damit die öffentliche Sicherheit und ein gutes Lebensgefühl für die Bürgerinnen und Bürger zurückkehren. Darum geht es in dieser Debatte – um nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Am 9. März hat das Ministerium eine Pressemitteilung veröffentlicht. In ihr steht der zitierte Satz von den verdeckten Kräften des LKA, die dort zum Einsatz kommen sollen. Jetzt sage ich einmal: Das war für uns nichts Besonderes, denn das hatten wir eigentlich seit Jahren.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Warum haben Sie es dann kritisiert?)

– Dazu komme ich noch. Ein bisschen Geduld, Herr Dr. Rülke. – Wir hatten das bei der Ankündigung von Weihnachtsmärkten und Sicherheitsmaßnahmen, wir hatten das bei der Ankündigung von großen Volksfesten.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Genau! Völlig üblich! – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Es lebe die Freiheit in Deutschland!)

Wir hatten das zuletzt bei der Begründung der Sicherheitspartnerschaft mit der Stadt Heidelberg. Überall war in diesem Zusammenhang auch von verdeckten Maßnahmen die Rede. Die polizeifachliche Begründung dafür ist, dass man damit Abschreckung betreiben will. Ob das funktioniert, darüber könnte man, finde ich, ja diskutieren.

(Abg. Sascha Binder SPD: Aber indem man es örtlich begrenzt!)

Es wäre eine spannende sachliche, polizeifachliche Diskussion, ob im Fall Sigmaringen das Abschreckungskonzept wirksam sein kann oder nicht. Ich denke, darüber werden wir auch noch diskutieren, Herr Minister.

Jetzt ist in der öffentlichen Berichterstattung daraus der Begriff des verdeckten Ermittlers geworden. Herr Dr. Rülke, Sie wissen wie ich, dass das etwas völlig anderes ist. Verdeckt ermittelnde Kräfte des Landeskriminalamts sind mit verdeckten Ermittlern, die sich eine neue, gefälschte Identität zulegen und in eine Szene eintauchen, um dort Aufklärung zu betreiben, nicht zu vergleichen. Das ist etwas völlig anderes.

Die Aufregung in Teilen der Polizei – es war nicht die ganze Polizei, die am vorletzten Wochenende in Flammen stand, sondern es waren Teile der Polizei – bezog sich insbesondere auf den Begriff der verdeckten Ermittler, denn dessen Gebrauch wäre tatsächlich fatal gewesen. Ihn hat der Minister aber nicht verwandt, auch sein Haus nicht. Es war ein anderer Begriff, und dieser ist dann in der öffentlichen Debatte sozusagen verrutscht.

Das Einzige – Herr Minister, das haben wir Ihnen aber auch gesagt, und da brennt zwischen uns auch gar nichts an –: Wir hätten uns gewünscht, dass die Klarstellung deutlich schneller erfolgt wäre.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Das wäre für die Debatte gut gewesen, damit wäre viel Luft herausgekommen, und das ganze Hochgejubel, das wir in den letzten Tagen erlebt haben, wäre vielleicht unterblieben. Das ist auch der Kern der Auseinandersetzung: Eine falsche Begrifflichkeit hat zu Aufregung geführt. Ansonsten, Herr Dr. Rülke oder auch liebe Kollegen von der SPD,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die haben doch gar nichts gesagt!)

kann man sich auf sachlicher Ebene in der Tat darüber unterhalten, ob es angesagt ist, in Sigmaringen verdeckte Maßnahmen des Landeskriminalamts anzukündigen, oder ob man das nicht tun sollte. Das wird sich im Lichte der Umsetzung dieser Konzeption dann auch zeigen. Ich glaube, dass diese Konzeption in all ihren Facetten umsetzungsfähig ist.

(Abg. Sascha Binder SPD: Die wird doch schon lange umgesetzt!)

Aber sie ist natürlich situationsabhängig. Das muss die örtliche Polizei entscheiden.

Mit Verlaub: Welche Polizeikräfte soll der Minister denn gefährdet haben? Es stand ja unmittelbar überhaupt kein Einsatz bevor. Wen soll er gefährdet haben?

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Welches Geheimnis soll er denn verraten haben? Wissen Sie was? Mit der Diskussion, die wir hier führen, fördern wir nur eines, und das ist Politikverdrossenheit draußen im Land.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: So ist es! – Abg. Sascha Binder SPD: Uijuijui!)

Ich finde es okay, die Dinge beim Namen zu nennen und kritische Fragen zu stellen.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Ich finde es auch okay, über Fehler, die gemacht werden, in einem Kommunikationskonzept zu diskutieren. Aber auf dieser Ebene, glaube ich, muss man es belassen.

Wir tun uns, meine Damen und Herren, keinen Gefallen, wenn wir jeden kleinen Fehler – sprachliche Ungenauigkeiten, sonst etwas, was im Alltag auch im Ministerium oder in der Politik, im Verwaltungshandeln passiert;

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

das passiert zweifelsohne – jedes Mal zu einer Art Staatsversagen hochstilisieren.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Der Staat hat nicht versagt!)

(Hans-Ulrich Sckerl)

Staatsversagen führt dann logischerweise auch immer zum Rücktritt. Diese Debatte hat längst absurde Züge angenommen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Das zeigt Ihr Begriff „Prinzenpark-Gate“, Herr Dr. Rülke. Das ist schon infam, finde ich. Denn er sucht die begriffliche Nähe zur größten Verfassungskrise in der Geschichte der USA mit dem damaligen Rücktritt von Präsident Nixon. Aber was hat dieser Vorgang, den ich geschildert habe, bitte mit Watergate zu tun? Wieso wagen Sie es, diese gedankliche Nähe herzustellen? Ich finde, genau so etwas brauchen wir nicht.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Das treibt die Leute von der Politik weg.

Damit wir uns recht verstehen: Kritik, Fragen, Aufklären, Debatte, scharf in der Sache sein, all dies gehört zur Demokratie. Dies ist Aufgabe der Opposition; das muss sein. Aber ich finde, wir brauchen unbedingt

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

einen zivilisierten Streit auf der Grundlage von Fakten,

(Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

mit der notwendigen differenzierten Betrachtung

(Zuruf von der SPD: Wird gemacht!)

und der richtigen Einordnung von politischen Vorgängen. Das wäre die richtige Antwort auf diese Diskussion; das würde den Menschen in Sigmaringen helfen, das würde das Polizeikonzept, das dort zum Einsatz kommt, zum Erfolg führen – aber nicht diese Debatten, die mittlerweile uferlos geworden sind und die die Leute nur noch auf die Bäume treiben, uns aber keinen Schritt nach vorn bringen.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der CDU –
Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart.

(Abg. Daniel Born SPD: Bewerbungsrede!)

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sicherheit ist für die Menschen im Land ein elementares Bedürfnis, und die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass der Staat ihre Sicherheit garantiert und Kriminalität, Extremismus und Terror entschieden bekämpft. Genau das ist es, was wir tun.

Diese Koalition und auch dieser Innenminister haben in den vergangenen zwei Jahren mehr für die innere Sicherheit getan als die Vorgängerregierung in einer ganzen Wahlperiode.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl Zimmermann
CDU: Jawohl! Genau! – Abg. Andreas Stoch SPD:
Ich bin begeistert!)

Ich kann nur sagen: Unsere Politik für die innere Sicherheit mit unserem Innenminister Thomas Strobl ist ein klarer Sicherheitsgewinn, und zwar ein Sicherheitsgewinn für Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den
Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Aha! – Abg. Daniel
Rottmann AfD: Heute ist nicht Aschermittwoch!)

Wir haben eine in der Landesgeschichte einmalige Sicherheits-offensive gestartet. Der Kollege hat die Sicherheitspartnerschaften Freiburg, Heidelberg, Sigmaringen angesprochen. Aber es kommt hinzu: Mit 1 500 zusätzlichen Stellen für die Polizei, mehr Richtern und Staatsanwälten, modernster Technik für unsere Sicherheitskräfte – – Wir haben hier im Landtag eines der modernsten und wirkungsvollsten Polizeigesetze in Deutschland verabschiedet.

(Abg. Sascha Binder SPD: Wer hat das auf den Weg
gebracht?)

Wir korrigieren die Fehler der Polizeireform, und wir machen neue Polizeischulen auf, die in früheren Zeiten unter Ihrer Verantwortung geschlossen wurden. Sicherheit hat für uns oberste Priorität.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Dieser Innenminister – – Ich will nur eine aktuelle Zahl nennen, die das besonders belegt: Um 24 % ist die Zahl der Einbrüche im letzten Jahr zurückgegangen. Die Kriminalität ging zurück, die Aufklärungsquote stieg. Dieser Sicherheitsbericht ist sensationell. Wir schaffen konkrete, messbare Erfolge für die Sicherheit der Bürger. Das ist es, was zählt, und das ist es auch, was die Menschen im Land interessiert.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf: Bravo!)

Bei einer solchen Erfolgsbilanz kann ich nachvollziehen, dass die Opposition

(Lachen bei der SPD)

die Debatte in der Sache vermeidet und lieber auf einen persönlichen Angriff auf den Innenminister umschaltet. Ich kann aber nur raten – da hat der Kollege völlig recht –: Lassen Sie die Kirche im Dorf, und legen Sie das große Besteck zur Seite.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Sascha Binder SPD: War das eine Ansprache
an die eigene Fraktion?)

Denn es ist vieles unverhältnismäßig, und vor allem mit Rücktrittsforderungen und gar dem Instrument des Untersuchungsausschusses sollte man vorsichtig und gut dosiert umgehen.

Wenn man eine Pressemitteilung schon vor der Ausschusssitzung bekannt gibt, dann hat man an Aufklärung überhaupt kein Interesse, sondern dann will man etwas anderes erreichen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Thomas
Blenke CDU: So ist es! Da geht es nur um Klamm-
mauk!)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Da sind natürlich die Attacken und auch der Begriff „Prinzenpark-Gate“ völlig daneben; das wurde zu Recht gesagt. Die Vorwürfe sind dann – wie die Kollegen alle bestätigt haben – letzte Woche in der Ausschusssitzung alle in sich zusammengefallen.

(Abg. Rainer Stichelberger SPD: Eben nicht! – Zuruf von der AfD: Unglaublich!)

Tatsache ist – Ja, auch mit der heutigen Debatte machen Sie noch einmal viel Lärm um nichts. Die innere Sicherheit, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist ein viel zu wichtiges und ernstes Thema.

(Abg. Sascha Binder SPD: Richtig!)

Wir sollten sie nicht als Bühne für parteipolitische Inszenierungen missbrauchen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Sascha Binder SPD: Sehr gut!)

Wir haben eben gehört, dass Herr Kollege Rülke gern aus Zeitungen zitiert. Auch ich habe mir in den letzten Tagen ein paar Zitate angeschaut: „Geht es auch eine Nummer kleiner?“ fragt die „Stuttgarter Zeitung“ zum Empörungseifer von FDP/DVP und SPD. Oder: Wer aber aus einer solchen „Lappalie“ einen Skandal mache, „schadet dem Maßstab für wirkliche Skandale“ – so diese Zeitung. Das trifft es nämlich.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist etwas zum Nachdenken, nicht?)

Der „Reutlinger General-Anzeiger“ nennt die Vorwürfe von FDP/DVP und SPD „Theaterdonner“, und weiter:

Wenn nun allerdings die FDP mit Rücktrittsforderungen vorprescht, fördert sie in erster Linie eins: die Politikverdrossenheit.

Das sollten wir nicht tun, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Ich will Ihnen deshalb sagen: Unser Minister hat unsere volle Solidarität.

(Lachen des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Unruhe bei der SPD)

– Ja. – Ich will hinzufügen: Er ist – das haben diese zwei Jahre bewiesen – ein Garant für die Sicherheit in unserem Land und hat deshalb unser volles Vertrauen.

Auf die Einzelheiten wird nachher Herr Kollege Blenke noch eingehen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Berg das Wort.

Abg. Lars Patrick Berg AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Damen und Herren! Ist ein Rücktritt von Minister Strobl tatsächlich die Lösung, oder ist das vielmehr ein Nebenkriegsschauplatz, um von den tatsächlichen Problemen in Baden-Württemberg abzulenken, von Problemen, deren ansatzweise Lösung Herr Strobl nun in Sigmaringen vereitelt oder zumindest erheblich gestört hat?

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Doch ist das Austauschen von Köpfen wirklich alles, liebe Kollegen von SPD und FDP/DVP? Ein Untersuchungsausschuss „Innere Sicherheit“ wäre vielleicht angebrachter. Doch halt: Den können Sie nicht wollen, denn auf Bundes- und auf Landesebene waren bzw. sind Sie an der Verursachung vieler Probleme aktiv beteiligt gewesen und sind es immer noch,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

egal, ob SPD, CDU, Grüne oder FDP. Sie alle haben dafür gesorgt, dass immer weniger Bürger den Schutzmantel unseres Rechtsstaats genießen können. Sie haben den Schirm des Rechtsstaats, der die Bürger jahrzehntelang stabil geschützt hat, in den letzten 20 Jahren löchrig werden lassen. Sie sind die Parteien der Unsicherheit, der inneren Unsicherheit.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf von der AfD: Sehr gut!)

Oder können Sie sich, wenn Sie an Ihre Schulzeit zurückdenken, an so viele Messerstechereien, Betrüger, Drogendealer oder Kinder mit Bärten erinnern?

(Abg. Sascha Binder SPD: Haben Sie sich mal die Kriminalstatistik angeschaut? – Gegenrufe von der AfD, u. a. Abg. Dr. Christina Baum: Das sind Tatsachen! – Unruhe)

Vermutlich nicht. Aber das Problem mit der Altersfeststellung, meine Damen und Herren, das Problem mit den sehr kostenintensiven unbegleiteten sogenannten minderjährigen Flüchtlingen – teilweise mit hohem Drang zu Straftaten – ist für Sie ja nicht so relevant, denn Sie haben sie ja nicht als Nachbarn wie beispielsweise die Bürger in Sigmaringen.

(Beifall bei der AfD)

Thomas Strobl hat in Sigmaringen die Sicherheit der Bürger entgegen seiner Pflichten als Innenminister eben nicht geschützt, sondern durch das Ausplaudern wichtiger Informationen die Ermittlungsarbeit von Monaten zumindest stark gefährdet. Den Drogendealern, Ladendieben und Randalierern in Sigmaringen wird das gefallen haben. Keinen Applaus hingegen erhalten Sie, Herr Strobl, von der Polizei und der Polizeigewerkschaft.

Was ist passiert? Der um seine Wiederwahl fürchtende Bürgermeister von Sigmaringen, Thomas Schärer CDU, hat wegen Problemen in seiner Stadt mit auffälligen Asylbewerbern die Politik um Hilfe gerufen. Es sind nicht die ersten Probleme, die dort vorkommen. Im letzten Jahr ging es um über 30 Marokkaner.

(Lars Patrick Berg)

Immerhin – das muss man ja einmal lobend erwähnen – merkte dann auch das Innenministerium, dass da etwas schief läuft, und wollte tätig werden. Das Innenministerium kündigte ein Sicherheitskonzept an und listete in einer Mitteilung die geplanten Maßnahmen auf. Ich zitiere aus Ihrer Mitteilung, die auf der Homepage des Ministeriums nachgelesen werden kann:

Mit Beginn der wärmeren Jahreszeit werden verdeckte Kräfte des Landeskriminalamts bei den Ermittlungen insbesondere im Prinzenpark tätig sein.

Die verdeckten Kräfte sind als verdeckte Ermittler zu verstehen. Da gibt es nichts zu deuteln.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ach Quatsch!)

– Sie müssen es wissen, Herr Zimmermann. – Das wiederum sind im Fachjargon Polizisten, die meist mit einer falschen Identität in bestimmten Szenen ermitteln.

(Zurufe von der CDU)

Den Fachjargon verstehen auch die Kriminellen. Zumindest da sind sie ja schon einmal gut integriert.

Völlig zu Recht übt die Polizeigewerkschaft schärfere Kritik an Ihnen, Herr Strobl. Sie gefährden hier, um Aktionismus zu zeigen, leichtfertig die Sicherheit der ermittelnden Beamten. Oder glauben Sie, dass die Kriminellen im Asylheim das Messer stecken lassen, wenn herauskommt, dass der Kamerad Drogendealer in Wahrheit von der Polizei und nicht von der Mafia ist?

Aus Polizeikreisen habe ich erfahren, dass möglicherweise die gesamte Aktion jetzt bis auf Weiteres ausfällt. Viele Steuergelder und Arbeitsstunden sind damit zunichtegemacht worden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Karl Klein CDU)

Apropos Versagen der inneren Sicherheit: Es sind ja nicht allein die Mafia, die PKK und ihre neuen Bündnisse mit deutschen Linksextremen, Islamisten, Erdogan-Rocker, IS-Anhänger, Salafisten, Messerstecher, Vergewaltiger und Drogendealer, die sich hier in Baden-Württemberg besonders heimisch fühlen und tummeln. Es sind auch die Linksextremisten.

Lieber Herr Strobl und geschätzte Kollegen, es ist so still, wenn es um Gewalt gegen die Opposition geht. Da hört man so gar nichts. Vielleicht gefällt es Ihnen ja, wenn Gewalt gegen die Opposition ausgeübt wird. Wo sind da Ihre Pressemitteilungen, die den feigen Anschlag auf das AfD-Landesvorstandsmitglied

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Herr Kollege!)

Thilo Rieger verurteilen und konsequentes Handeln gegen die Linksextremisten fordern?

(Beifall bei der AfD)

Haus und Auto wurden erheblich beschädigt. Wo ist da Ihr breites buntes Bündnis?

(Zuruf der Abg. Nese Erikli GRÜNE)

Auf den einschlägig bekannten Seiten der Linksextremen im Internet wird derweil zum Kampf gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung aufgerufen und gefordert, Anschläge auf Thilo Rieger AfD zu feiern. Aber auch hier herrscht leider Funkstille. Bei Gewalt von links sind sich alle wieder einig: Sie verschweigen und verharmlosen –

(Abg. Bernd Gögel AfD: Sie laufen mit in der Demo!)

die SPD voran, die Gewalt gegen Demokraten – Zitat Manuela Schwesig – als aufgebauschtes Problem abtut. Damit fallen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch den vielen Polizeibeamten in den Rücken, die sich mit teils schlechter Ausrüstung linken Steinewerfern und Brandstiftern entgegenstellen müssen.

(Beifall bei der AfD)

Während Linke Geschäfte plündern, Autos anzünden und Demokraten verprügeln, kritisieren Sie die Polizei völlig unabhängig davon, welche Strategie diese fährt.

Sie, liebe Kollegen von der SPD, sind aktuell an der Regierung unter Merkel und seit 1998 mit einer Unterbrechung an der Bundesregierung beteiligt. Beim Thema „Innere Sicherheit“ sind Sie der nacktste Kaiser von allen.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Sie sind beim Thema „Innere Sicherheit“ so unbekleidet, dass man durch die Haut schon die inneren Organe sehen kann.

(Beifall bei der AfD – Abg. Andreas Stoch SPD: Was für eine Aussage soll das sein?)

Unter diesen Umständen in unserem Land sollten Sie, Herr Strobl, sich überlegen, ob Sie weiterhin eine stützende Säule von Frau Merkel sein wollen. Ich appelliere an Sie, Herr Strobl: Gehen Sie in sich, ob Sie weiterhin Frau Merkel wirklich stützen wollen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: War die auch im Prinzenpark?)

Das Problem der inneren Sicherheit, meine Damen und Herren, ist grundlegend. Nicht nur eine einzelne Strobl-Äußerung ist das Problem. Die CDU ist schon lange nicht mehr die Partei der inneren Sicherheit, sondern die Partei der großen Verunsicherung. Herr Strobl mag nicht wissen, was er redet, die CDU aber hat die Sicherheit der Bürger aufs Spiel gesetzt.

Damit komme ich zur wichtigsten Frage in dieser Debatte: Warum müssen wir uns überhaupt mit diesen Problemen in dieser Intensität beschäftigen? Weil Union und SPD die innere Sicherheit und unsere Grenzen aufgegeben haben.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Viele dieser Probleme hätten wir ohne die katastrophale Politik von Union und SPD eben nicht. Sie bieten keine Lösungen, zumindest nicht aus unserer Zeit – vielleicht aus den Siebzigerjahren, mehr aber auch nicht. Es werden nur ständig neue Probleme produziert, und dann wird versucht, diese mit

(Lars Patrick Berg)

schönen Worthülsen und jeder Menge Steuergeld noch irgendwie zuzukleistern. Das funktioniert auf Dauer eben nicht. Deshalb gibt es die Situation in Mannheim, in Sigmaringen, in Donaueschingen und anderswo.

Auf Bundes- oder auf Landesebene sind Sie immer irgendwo dabei gewesen, wenn es darum ging, Entscheidungen zu treffen, die die Sicherheit nach und nach zerstückelt haben. Sie zerschneiden die Sicherheit. Vor allem Leuten mit mittleren und kleineren Einkommen machen Sie Angst und sorgen durch Druck auf Mieten, Löhne und Sozialleistungen durch den Zuzug der Millionen dafür, dass sowohl die soziale Sicherheit, der innere Frieden als auch die innere Sicherheit für immer mehr Bürger zu Fremdworten werden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Meine Damen und Herren, Sie reden auch hier mit der Rücktrittsforderung wieder nur von Personen und wollen nur Köpfe austauschen. Die Probleme selbst wollen Sie nicht anpacken.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Sehr gut!)

Das ist Ihnen schlicht zu heikel. Sie reden darüber, wer irgendeinen Posten bekommen soll. Sie wollen die echten Probleme nicht ansprechen, sondern wollen sich lieber auf Nebenkriegsschauplätzen wie Personaldebatten tummeln. Deshalb kommen Sie jetzt auf Rücktrittsforderungen, eben weil Sie keine Lösungen bieten.

Was wir brauchen, ist wahrscheinlich ein Untersuchungsausschuss „Innere Sicherheit“, der das Fehlverhalten des Ministers, aber selbstverständlich auch die diversen Fehlentscheidungen der vergangenen Landesregierungen prüft. Egal, ob Schwarz-Gelb, Grün-Rot oder Grün-Schwarz, Sie haben unsere Polizei kaputtgespart,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ach!)

Sie haben für zu wenige Polizeibeamte und zu wenig Ausrüstung gesorgt. Sie haben die Polizei in eine Mangelsituation getrieben.

(Beifall bei der AfD)

Sie hatten nicht den Mut – auch nicht im Bundesrat –, gegen Frau Merkels Politik aufzubegehren. Herrn Strobls Rücktritt kann man fordern, aber dieser wäre nur ein Herumlavieren an Symptomen und kaum mehr wert als ein symbolisches Bauernopfer.

(Beifall bei der AfD)

Die ganze Politik der inneren Sicherheit dieser Landesregierung ist gescheitert.

Ich komme zum Schluss. Daher, Herr Strobl: Sorgen Sie schnell für moderne und ansprechende Ausbildungsstätten für die Polizei in Baden-Württemberg. Sorgen Sie für eine zeitgemäße und angemessene Erschwerniszulage für die Polizei, und lassen Sie Ihren Ankündigungen hinsichtlich ihres Sonderstatus Taten folgen. Unterstützen Sie endlich alle Vorhaben zu einer effektiven Grenzkontrolle, und zeigen Sie klare Kante

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wann haben Sie denn Ihre Rede geschrieben?)

in Sigmaringen, Mannheim und Donaueschingen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch.

Abg. Andreas Stoch SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Vertreter der Regierungsfractionen versuchen, den Vorfall in Sigmaringen als einen Sturm im Wasserglas darzustellen, der von der Opposition quasi erzeugt wurde.

Ich möchte ein Zitat an den Beginn meiner Rede stellen:

Verdeckte polizeiliche Maßnahmen in der Presse anzukündigen führt dazu, dass die Kollegen erheblichen Gefahren ausgesetzt sind. Das ist ein Skandal.

Das war nicht die Aussage eines Oppositionspolitikers, sondern die Aussage des Landesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft Baden-Württemberg. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn solche Aussagen aus der Polizei kommen, dann sollten auch Grüne und CDU anfangen, darüber nachzudenken –

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP)

und dies alles, weil der Innenminister im Kontext der Sicherheitsprobleme in Sigmaringen, die unstrittig bestehen und die auch gelöst werden müssen, wieder einmal den durchsetzungsstarken und kompetenten Politiker darstellen wollte, der er eben beileibe nicht ist. Die Diskussion um Sigmaringen steht nicht isoliert da, sie ist ja nicht vom Himmel gefallen. Die Diskussion um Sigmaringen steht im Kontext der Amtsführung eines Innenministers, die wohl alles andere als glücklich verläuft.

Ich erinnere an das vorletzte Jahr 2016, als die Frage der Evaluierung der Polizeistrukturereform im Raum stand. Einer war nicht in der Lage, das Problem zu lösen, nämlich der Innenminister. Der Ministerpräsident musste für ihn die Entscheidung treffen. Was in dieser Zeit in der Polizei, aber auch in der CDU-Fraktion los war, spottet doch jeder Beschreibung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Daran knüpft jedoch die Beratung des Polizeigesetzes nahtlos an, ein Polizeigesetz, das bei der Anhörung als verfassungswidrig zerpfückt wurde und erst mühsam gerettet werden musste. Daran knüpft auch an, dass der Innenminister innerhalb der Polizei immer mehr in der Kritik steht.

Bereits zu diesem Zeitpunkt war deutlich: In Baden-Württemberg regiert ein Innenminister, der auch nach bald zweijähriger Amtszeit seine eigene Polizei nicht versteht. Es dürfte in der Geschichte des Landes einmalig sein, dass sich Polizisten an die Presse wenden, weil sie sich in ihrer Arbeit vom Innenminister behindert fühlen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

(Andreas Stoch)

Aber was war in der vergangenen Woche konkret passiert? In der bislang wohl schwärzesten Woche der Amtszeit von Herrn Strobl als Innenminister dürfte doch die Frage im Zentrum gestanden haben, ob die innere Sicherheit bei ihm in guten Händen ist. Sein eigener Staatssekretär hat da wohl auch so seine Zweifel und verlässt gerade noch rechtzeitig das sinkende Schiff und verabschiedet sich nach Berlin.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Doch das nur am Rande.

Aber was ist passiert? Sie, Herr Innenminister, kündigen am Freitag, dem 9. März, per Pressemitteilung den Einsatz von verdeckten Kräften unter Angabe von Ort – Prinzenpark in Sigmaringen – und Zeit – mit Beginn der wärmeren Jahreszeit – an. Damit beginnt ein Kommunikationsdesaster, das seinegleichen sucht.

Ein Aufschrei geht durch die Polizei. Die DPolG macht ja nur den Anfang. Die anderen Polizeigewerkschaften folgen, weitere Polizisten wenden sich an die Presse, weil sie sich vom Innenminister im Stich gelassen fühlen. Was macht der Innenminister? Von Freitag bis Sonntag: Funkstille. Zu diesem gesamten Vorgang kommt von ihm überhaupt nichts. Herr Staatssekretär Jäger – Noch-Staatssekretär Jäger – fühlt sich nach 48 Stunden dann wohl bemüßigt, ein paar dürre Sätze abzusetzen, deren Inhalt sich aber im Nachhinein vielleicht als nicht ganz glücklich und wahr herausstellt.

Ab Montag dann tischen Sie uns jeden Tag eine andere Story auf, verwickeln sich in Widersprüche und verteilen die Schuld gleichermaßen auf Presse, Opposition und Polizei. Als dann alles nicht mehr wirkt, gestehen Sie, als es gar nicht mehr anders geht, halbherzig Fehler ein.

Pleiten, Pech und Pannen – erfolgreiche Arbeit eines Innenministers sieht anders aus und eine gelungene Krisenkommunikation erst recht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Am Montag geben Sie dann eine Pressekonferenz nach einer CDU-Landesvorstandssitzung, und da bleiben dann eben die Punkte offen, die ich jetzt ansprechen werde.

Die Behauptung, die Kripo arbeite grundsätzlich immer verdeckt – der Kollege Rülke hat es bereits aufgenommen –: kompletter Blödsinn. Die Pressemitteilung sei mit der Polizei abgestimmt gewesen, die Pressemitteilung sei mit dem Landeskriminaldirektor abgestimmt gewesen und die Polizei sei mit Ihrer Äußerung zu verdeckten Kräften einverstanden gewesen – so Ihre Aussage. Bis heute ist weder klar, wer der aktuelle Landeskriminaldirektor ist, noch, ob er die Pressemitteilung tatsächlich abgesehen hat.

Die Schuld der anderen: Schuld sind immer die anderen – der Redakteur der „Schwäbischen Zeitung“, die Opposition oder vielleicht doch der Landeskriminaldirektor. Dabei vergessen Sie aber eines, Herr Strobl: Auslöser der ganzen Debatte war zunächst Ihre Pressemitteilung. Als Reaktion gab es massive Beschwerden aus der Polizei, und all das, bevor sich die Opposition auch nur mit einer Zeile zu Wort gemeldet hat. Versuchen Sie also nicht, uns den Schwarzen Peter für diese De-

batte in der Polizei in Baden-Württemberg zuzuschieben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Die Frage ist ja, warum Sie den Vorgang nicht unmittelbar am Wochenende klargestellt haben. Das zeigt doch vor allem eines: Sie haben nicht verstanden, was die Verkündung des Einsatzes von verdeckten Kräften bei der Polizei angerichtet hat.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Sie verstehen eben die Arbeitsweise Ihrer eigenen Polizei nicht.

Mittwoch dann im Innenausschuss: Strategiewechsel, denn dann werden auf einmal Aussagen gemacht, die nicht zur bisherigen Verteidigungsstrategie passen.

Punkt 1: Versand der Pressemitteilung vor Beschluss der Konzeption. Sie behaupten nun, die Polizei habe aus polizeifachlichen Gründen auf den Einsatz von verdeckten Kräften verzichtet. Diese Entscheidung sei in einer Sitzung getroffen worden, die am 9. März um 10:00 Uhr begann. Einen Zusammenhang mit der Pressemitteilung, die um 9:23 Uhr verschickt wurde, sehen Sie nicht.

Es ist doch grotesk, dass eine Pressemitteilung, die aus dem Innenministerium kommt, die offensichtlich nicht mit der Polizei abgestimmt war, vor einer Sitzung herausgeschickt wird, in der überhaupt erst ein Sicherheitskonzept beschlossen werden soll. Das ist doch ein Zeichen dafür, dass diesem Innenminister die Selbstdarstellung wichtiger ist als die polizeiliche Arbeit und der polizeiliche Erfolg, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD sowie des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Im Übrigen – nur ergänzend für diese Argumentation – führen Sie auch die Aussage Ihres eigenen Staatssekretärs ab absurdum, der noch am Sonntag behauptet hatte, die Ankündigung sei auf der Grundlage eines operativen Konzepts der Landespolizei erfolgt. Wie das denn, wenn das Konzept erst zu diesem Zeitpunkt beschlossen werden sollte?

Herr Innenminister, wir sind mit Ihren bisherigen Antworten – sowohl in der Öffentlichkeit als auch im Innenausschuss – nicht zufrieden. Wir erwarten von Ihnen heute klare und eindeutige Antworten und behalten uns auch vor, weitere Maßnahmen in diesem Punkt in Erwägung zu ziehen.

Aber wahrscheinlich liegt doch die ganze Debatte nicht allein in diesem Vorfall in Sigmaringen begründet.

Ich möchte noch einmal den SWR zitieren, der in der vergangenen Woche auf die Frage, wie es denn mit der Unterstützung aus der CDU für den Innenminister aussehe, Folgendes sagte – Zitat –:

Normalerweise bekommt ein Minister ... Schützenhilfe aus den eigenen Reihen. Aber: ... nichts, keine Unterstützung. Und das ist die Geschichte hinter der Geschichte:

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Genau! Geschichte! Geschichte!)

(Andreas Stoch)

Egal, wie das mit Sigmaringen ausgeht – Thomas Strobl muss aufpassen, dass ihm nicht die eigenen Leute sein Grab schaufeln. Denn redet man inoffiziell mit Mitgliedern der CDU-Fraktion, sind die sehr gesprächig. Was von deren Seite kommt, ist heftiger als das, was wir von der Opposition gehört haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nennen Sie doch mal Namen! So ein Unfug!)

Viele in der CDU nehmen Sigmaringen zum Anlass, um richtiggehend über Strobl abzulästern und ihrem Frust über ihn freien Lauf zu lassen. Er sei unfähig, kümmere sich um nichts, arbeite sich nicht in Themen ein. Große Teile der Fraktion halten ihm Führungsschwäche vor.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Quatsch! Absoluter Quatsch!)

Als letzter Satz – das sind alles Zitate –:

Und ich habe inzwischen fast den Eindruck,

– so die Redakteurin –

dass die CDU die Situationen, in denen Strobl Probleme bekommt, gerne laufen lässt – in der Hoffnung, dass er irgendwann dann richtig stolpert.

Es ist – das ist kein Zitat, sondern meine Aussage – mitleid-erregend. Aber mehr Mitleid als mit Ihnen, Herr Strobl, habe ich mit den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten und natürlich mit den Menschen in Baden-Württemberg,

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

denn die brauchen einen Innenminister und nicht die Karikatur eines Politikers.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: Den Kollegen Stoch erinnere ich nur an seine Aussage gestern Abend! Schämen Sie sich! – Gegenruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Strobl.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Herr Präsident Klenk, verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Letzte Woche, am 15. März, war ich in Freiburg, um Bilanz zu ziehen. Ein Jahr vorher war ich ebenfalls in Freiburg. Die Sicherheitslage dort war erschreckend: nicht nur Platz 1 in der Polizeilichen Kriminalstatistik – im negativen Sinn – im ganzen Land,

(Abg. Anton Baron AfD: Grün geführt!)

sondern zwei furchtbare Morde, die auch das Sicherheitsgefühl der Menschen tief erschüttert hatten. Wir haben uns entschieden, gemeinsam mit der Stadt Freiburg eine Sicherheitspartnerschaft „Sicherer Alltag“ zu initiieren.

Vor einigen Tagen haben wir Bilanz gezogen und können sagen: Freiburg ist objektiv sicherer geworden. Wir verzeichnen einen signifikanten Rückgang, insbesondere bei der Gewaltkriminalität, an den Brennpunkten der Straßenkriminalität und bei den Raubdelikten. Das bekommen die Menschen in Freiburg mit, und deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist es so wichtig, dass wir solche Sicherheitspartnerschaften eingehen. Dazu gehört natürlich auch die Kommunikation.

Auch das Gefühl der Menschen in Freiburg ist nach einem Jahr ein völlig anderes geworden. Dies haben der Oberbürgermeister sowie der Polizeipräsident von Freiburg – ein erfahrener Beamter – so bestätigt. Wir haben Freiburg in diesem Jahr objektiv sicherer gemacht,

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

aber die Menschen fühlen sich seither auch sicherer in Freiburg.

Damit dies ganz klar ist: Dass die beiden Morde aufgeklärt worden sind, war eine kriminalistisch geniale Leistung der Polizei.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Es geht um Sigmaringen! – Abg. Rainer Hinderer SPD: Thema! – Gegenruf des Abg. Thomas Blenke CDU: Zuhören!)

Dass die Kriminalität in Freiburg zurückgeht, ist dem Einsatz von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, insbesondere des PP Freiburg und des PP Einsatz, und anderen zu verdanken.

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Aber dass wir die Sicherheitspartnerschaft mit Freiburg abgeschlossen haben, hat schon auch etwas mit der Arbeit dieser Landesregierung zu tun und damit, dass die Polizei weiß, dass wir hinter ihr stehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Anfang des vergangenen Jahres, am 9. Februar, war ich in Heidelberg, weil wir dort erhebliche Probleme hatten: auf der Neckarwiese in den frühen Morgenstunden und immer und immer wieder in der Heidelberger Altstadt. Wir haben, maßgeschneidert für Heidelberg, eine Partnerschaft „Sicher in Heidelberg“ initiiert und, verehrter Herr Abgeordneter und Fraktionsvorsitzender Dr. Rülke, eine Pressemitteilung herausgegeben. Ich darf beispielhaft aus ihr zitieren:

Bei der Rauschgiftkriminalität wird das Landeskriminalamt das Polizeipräsidium Mannheim insbesondere im Bereich verdeckter Ermittlungen unterstützen.

Wo blieb Ihr Aufschrei? Wo blieb Ihr Vorwurf eines Sicherheitsrisikos oder eines Geheimnisverrats?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das können wir schon noch aufarbeiten! Keine Sorge!)

Ich könnte Ihnen im Übrigen – da haben Sie viel Arbeit – ein halbes Dutzend von Presseerklärungen aus Polizeipräsidien hier vorlegen, in denen in einer ähnlichen Art und Weise

(Abg. Sascha Binder SPD: In einer ähnlichen!)

(Minister Thomas Strobl)

auch von verdeckten Maßnahmen die Rede ist, diese angekündigt werden und das ganz bewusst gemacht wird. Damit haben im Übrigen der Innenminister und das Innenministerium gar nichts zu tun. Das ist alltägliche Polizeiarbeit, dass man das tut, um beispielsweise bestimmte Kreise abzuschrecken.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Nur by the way, nur nebenbei: In Heidelberg läuft das jetzt seit ganz wenigen Wochen. Aber nach allem, was ich höre, läuft es in Heidelberg auch ganz gut.

Nun zur Situation in Sigmaringen. Sigmaringen, meine sehr verehrten Damen und Herren, hatte im vergangenen Jahr mit einer steigenden Kriminalitätsbelastung zu tun – entgegen dem Landestrend –, und Sigmaringen hat um Hilfe gerufen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit eines klar ist: Der Bürger in Sigmaringen hat ein Recht darauf, dass Stuttgart etwas tut, wenn er um Hilfe ruft. Sein Sicherheitsempfinden ist ein hohes Gut.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Daniel Rottmann AfD – Abg. Andreas Stoch SPD: Darum geht es nicht! – Abg. Sascha Binder SPD: Der Bürger in Mannheim auch!)

– Jetzt haben Sie doch gerade nach Sigmaringen gefragt. Jetzt hören Sie doch mal eine Minute zu, auch wenn Sie sehr aufgeregt sind.

(Abg. Daniel Born SPD: Aber Stuttgart muss doch nicht klappen!)

Der Sigmaringer Bürgermeister Schärer hat mich Anfang Februar im Zusammenhang mit auffälligen Asylbewerbern in Sigmaringen angeschrieben. Ich habe die Schilderung der Zustände, auch nachdem ich von Abgeordneten angesprochen wurde, ernst genommen. Ich habe das Landespolizeipräsidium in meinem Haus gebeten, sich der Dinge konsequent und entschlossen anzunehmen. Und eines will ich hier einmal ganz klar sagen: Auch in Zukunft werde ich, wenn sich Kommunalpolitiker, wenn sich Abgeordnete mit einem solchen Problem an mich wenden, mich um dieses Problem vor Ort auch kümmern. Davon werden Sie mich nicht abhalten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Sascha Binder SPD: Oh Leute! – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Worum geht es konkret? Ich will das gern auch hier vor dem Landtag von Baden-Württemberg darstellen. Die Zahl der Straftaten in Sigmaringen ist im vergangenen Jahr um über ein Drittel gestiegen. Das hängt auch mit der LEA – der Landeserstaufnahmestelle – und der Aufnahme von Hunderten oft junger und männlicher Flüchtlinge zusammen. Deshalb gibt es bereits seit Beginn des Jahres 2017 in Sigmaringen eine Einsatzkonzeption der Polizei.

Weil Sie es angesprochen haben und mich gefragt haben, komme ich nicht umhin, auf diesen Mischmasch einzugehen,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: „Mischmasch“!)

das, was in der „Südwest Presse“ unter dem Stichwort „Halbe Wahrheit“ geschrieben wurde. In dem Artikel wird u. a. suggeriert, das LKA habe bereits sogenannte MoRF-Einsätze, also Einsätze der mobilen Rauschgiftfahndung, gehabt.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Das ist falsch. Im Kontext der seit 2017 in Sigmaringen laufenden Einsatzkonzeption hat kein MoRF-Einsatz stattgefunden.

Die Bilanz zum Ende des Jahres 2017 in Sigmaringen mit den Maßnahmen, die bis dahin dort liefen, war jedoch nicht zufriedenstellend. Eine Trendwende zeichnete sich nicht ab. Also hat es Handlungsbedarf gegeben. Das hat im Übrigen auch die Sigmaringer Bevölkerung so gesehen, und es kam zu anhaltenden öffentlichen Diskussionen. Die ansteigende Kriminalität hat zu einem schwindenden Sicherheitsempfinden bei den Bürgerinnen und Bürgern geführt.

In einer solchen Lage, meine Damen und Herren, ist Handeln angesagt.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Mitte Februar fand eine Besprechung unter Beteiligung meines Hauses mit der Polizei vor Ort statt. Es ging darum, wie das bestehende Einsatzkonzept weiterentwickelt und optimiert werden kann. Wie jedes wirksame polizeiliche Einsatzkonzept sieht für solche Fälle auch die überarbeitete Konzeption für Sigmaringen neben offenen Präsenzmaßnahmen verdeckte Maßnahmen vor. Das bildet sich so auch in der Struktur der besonderen Aufbauorganisation des Polizeipräsidiums Konstanz ab: auf der einen Seite offene Präsenz, auf der anderen Seite für Bürgerinnen und Bürger nicht sofort erkennbare Ermittlungen im öffentlichen Raum.

Um es klar zu sagen und auch hier für das Protokoll klarzustellen: Nicht vorgesehen und zu keinem Zeitpunkt geplant war es, dass verdeckte Ermittler eine kriminelle Organisation langfristig infiltrieren und sich in diese Stück für Stück hineinarbeiten. Darauf hat Herr Kollege Sckerl zu Recht hingewiesen.

Diese Form von verdeckten Ermittlungen kommt bei schwerster Kriminalität und bei organisierten Strukturen zum Tragen. Von solchen Zuständen sind wir in Sigmaringen zum Glück ein ganzes Stück weit entfernt. Hier ging die öffentliche Diskussion von Anfang an fehl, und sie geht leider bis in die heutigen Tage fehl.

Von verdeckten Ermittlern im Übrigen streng zu unterscheiden sind sogenannte Vertrauenspersonen. Vertrauenspersonen sind keine Beamte der Polizei, sondern Personen in bestimmten Milieus oder Bereichen, die Informationen liefern. Das hieße hier konkret, in die LEA Informanten einzuschleusen. Auch das möchte ich hier ganz klar feststellen und festhalten: Dies ist nicht vorgesehen.

(Abg. Sascha Binder SPD: Nicht mehr! – Zuruf des Abg. Daniel Rottmann AfD)

– Eine Sekunde, Herr Kollege Binder! Um es auch offen zu sagen: Bei den ersten polizeiinternen Überlegungen wurden verschiedene Maßnahmen – ich betone das – polizeiintern diskutiert. Dabei wurde auch über Vertrauenspersonen, soge-

(Minister Thomas Strobl)

nannte V-Leute, gesprochen. Das wurde schließlich polizeintern als nicht notwendig verworfen. Diese Entscheidung wurde vor Ort getroffen, und zwar völlig unabhängig von der Pressearbeit des Ministeriums.

(Abg. Sascha Binder SPD: Das macht es ja nicht besser! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So ein Zufall!)

– Vorwürfe, Herr Kollege Stoch und Herr Kollege Binder, die hier einen Zusammenhang mit der Pressemitteilung aus dem Ministerium konstruieren, gehen total ins Leere und sind falsch.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Zurufe der Abg. Sascha Binder und Andreas Stoch
SPD)

Das wird Sie nicht daran hindern – Sie haben ja auch, bevor Sie Ihre Fragen im Innenausschuss gestellt und die Antworten abgewartet haben, vor den Journalisten bereits die Ergebnisse bekannt gegeben. Das ist, finde ich, ein besonders „respektvoller“ Umgang mit dem Innenausschuss, Herr Kollege Klein, und dem Parlament.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Hat er bei Ihnen gelernt!)

Demgegenüber ist das mögliche Spektrum verdeckter Maßnahmen im öffentlichen Raum in Sigmaringen wiederum groß. Es reicht von zivilen Fahndungs- und Observationskräften über technische Ermittlungsunterstützung bis hin zu verdeckt agierenden Beamten. Teil der Maßnahmen – ich sage es noch einmal – ist auch, das verstärkte Handeln der Polizei transparent zu machen.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Aber nicht so!)

Und noch einmal: Das haben wir auch in Heidelberg so getan, das haben wir in Freiburg so getan, und das machen Polizeipräsidien in ihrer täglichen Arbeit in Pressemitteilungen ganz genauso. Warum tun sie das? Weil es mindestens zwei positive Folgen hat. Für manche Täter hat dies ein klares abschreckendes Signal – natürlich nicht für alle. Aber Polizeiarbeit setzt sich immer aus unterschiedlichen Komponenten zusammen.

Ein Zweites: Es ist auch für die Bevölkerung ein Zeichen, dass sie sich auf unsere Polizei verlassen kann. Für die besorgten Menschen in Sigmaringen soll es doch kein Geheimnis sein, dass die Polizei handelt, sie schützt und dabei alle notwendigen Schritte unternimmt. Eine ehrliche und transparente Kommunikation trägt zur Gewissheit der Menschen bei, dass sie sicher sind. Wir werden auch künftig die Menschen bei bestimmten Kriminalitätsentwicklungen nicht alleinlassen, und wir werden dies auch kommunizieren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Klaus Burger CDU: Sehr gut!)

Drittens – auch das hat etwas mit generalpräventiven Aspekten, Herr Kollege Dr. Rülke, zu tun –: Wer sich rechtswidrig verhält, soll wissen, dass wir nicht tatenlos zusehen, dass wir ihn nicht achselzuckend gewähren lassen,

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Gilt das auch für Frau Merkel?)

sondern dass wir im Zweifel zupacken. Dass die Polizei das nicht nur aus leuchtenden Streifenwagen heraus tut

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sondern auch der Minister mit Pressemitteilungen!)

und in Uniform, ist sicher kein Geheimnis.

Wir haben offen klargestellt, dass wir in besonderen Situationen alle notwendigen Maßnahmen durchführen und alle sinnvollen Instrumente für die Sicherheit einsetzen. Die Behauptung, mit der Pressemitteilung aus dem Innenministerium sei die Sicherheit unserer Polizeibeamten gefährdet worden, ist nun wirklich eine reine Schimäre. Sollen denn ernsthaft durch die reine Ankündigung, auch verdeckte Maßnahmen durchführen zu wollen, unsere Beamten gefährdet worden sein? Das weise ich mit aller Entschiedenheit zurück.

Die Ankündigung solcher Maßnahmen ist integraler Bestandteil der Vorgehensweise der Polizei. Das war in der Vergangenheit so, das machen Polizeipraktiker so, und das machen regionale Polizeipräsidien in ihrer Arbeit ständig so. Ich sage es noch einmal: Diese Vorgehensweise ist Teil der Arbeit der Polizei. Freilich gilt: Die taktische Absicherung der eingesetzten Kräfte hat immer Priorität. Wir gehen bei der Umsetzung aller Maßnahmen nach polizeilichen Gesichtspunkten und nach nichts anderem vor.

Persönlich habe ich die Konzeption „Sicheres Sigmaringen“ mit dem Sigmaringer Bürgermeister Schärer, mit Abgeordneten, mit Kommunalpolitikern zu deren Zufriedenheit erörtert und anschließend, wie vielfach in der Vergangenheit auch, das Ganze offen kommuniziert. Ich habe im Übrigen – auch das nur nebenbei – über die Abgeordneten, über den Bürgermeister, über Kommunalpolitiker inzwischen sehr viel Anerkennung, Dankbarkeit und Respekt für diese Maßnahmen gehört.

Verdeckte Maßnahmen – das will ich noch einmal sagen – werden übrigens auch häufig beispielsweise bei groß angelegten Fahndungsaktionen angekündigt, auch um einen abschreckenden Effekt zu erzielen. Gerade bei der Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls ist diese öffentliche Ankündigung, die bereits mein Amtsvorgänger gemacht hat und die auch in meiner Amtszeit fortgeführt worden ist, auch ein Teil der generalpräventiven Maßnahmen.

Genau darum geht es auch in Sigmaringen: um die Verunsicherung der Kriminellen durch offene Präsenz, verdeckte Maßnahmen, aber auch durch öffentliche Kommunikation. Auch die Bevölkerung soll und muss wissen, dass die Polizei auf ein breites Maßnahmenpektrum setzt, um negativen Entwicklungen entgegenzuwirken.

Noch einmal: Es geht natürlich vor allem um die objektive Sicherheitslage, die es zu verbessern gilt. Aber wir wollen auch, dass die Menschen subjektiv ein gutes Sicherheitsempfinden haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

In vielen Reden – auch meinen eigenen – haben wir darüber gesprochen, dass Zahlen das eine sind, die Menschen mit ihren Sorgen und Nöten aber etwas anderes. Und das ist ernst zu nehmen. Deswegen ist das subjektive Sicherheitsempfin-

(Minister Thomas Strobl)

den nicht etwas Beliebiges, sondern wir müssen auch darauf Antworten geben.

(Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Ganz wichtig!)

Deswegen, noch einmal: Die Bürgerinnen und Bürger in Sigmaringen und anderswo haben ein Recht darauf, dass wir, wenn sich die Kriminalität schlecht entwickelt, wenn die Stimmung in den Keller geht, handeln und sie nicht alleinlassen. Und so werden wir auch in Zukunft vorgehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

In Sigmaringen – Kollege Burger – können viele die Aufreger nicht nachvollziehen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Absolut nicht!)

Dort ist man auch nach wie vor – Frau Kollegin Bogner-Undorf – von den Maßnahmen sehr überzeugt.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Wann und wo wir welche Maßnahmen konkret umsetzen – um dies auch noch zu sagen –, werden wir freilich weder hier im Plenum noch in der Presse noch anderswo ankündigen. Welcher Pfeil aus dem Köcher der denkbaren Maßnahmen zu welchem Zeitpunkt gezogen wird, das entscheidet allein die Polizeiführung vor Ort – aus polizeifachlichen und polizeitaktischen Erwägungen. So geht Polizeiarbeit, nicht anders. So geht Polizei!

Teil des Konzepts ist beispielsweise auch die Einrichtung eines Polizeipostens in der LEA, der lageorientiert bald in Betrieb genommen wird. Grundlage ist immer die ständige Lagebewertung der Situation in Sigmaringen. Deswegen entwickeln sich Einsatzkonzepte natürlich ständig lage- und situationsorientiert fort.

Wir haben im Übrigen, auch weil wir die Arbeit des „Sonderstabs gefährliche Ausländer“, der einmalig in der Bundesrepublik Deutschland ist, auf Sigmaringen konzentrieren, schon einen ersten gefährlichen Ausländer in seine Heimat zurückgeführt: eine vom Sonderstab – in Anführungszeichen – „betreute“ Person, ein marokkanischer Staatsangehöriger, der die überwiegende Zeit in Deutschland in der LEA, Binger Straße, Sigmaringen, verbracht hat. Dieser ist in den zwei Monaten von seiner erstmaligen Einreise bis zum Haftbeginn 28 Mal polizeilich in Erscheinung getreten – überwiegend wegen Diebstahldelikten, aber auch wegen Verstößen gegen das Strafgesetzbuch, das Aufenthaltsgesetz, wegen BtM-Verstößen und anderem mehr. Am 7. Dezember 2017 wurde er aus der Untersuchungshaft in der JVA Rottweil in seine Heimat zurückgeführt. Auch das gehört zu den Maßnahmen, die wir in Sigmaringen ganz konkret durchführen – das auch auf Ihre Frage, ob wir konkret handeln.

Obwohl die Anforderungen an die Polizei, meine Damen und Herren, so hoch sind wie nie, ist die Sicherheitslage so gut wie selten zuvor in unserer Geschichte. Noch einmal: Wir tun auch etwas dafür. Vor einem Jahr gab es die Vereinbarung der Sicherheitspartnerschaft „Sicherer Alltag“ mit Freiburg, von der wir heute sagen können, dass wir auf einer Erfolgsstrecke

sind. Dazu gehört, dass wir unseren Sicherheitsbehörden die erforderlichen Instrumentarien an die Hand geben. Mit der in der Landesgeschichte einmaligen Einstellungsoffensive für mehr Polizistinnen und Polizisten, mit der Novellierung des Polizeigesetzes haben wir die notwendigen Rahmenbedingungen in diesem Land verbessert. Wir wissen: Auf unsere Polizei ist Verlass. Die Polizei weiß aber auch: Auf diese Landesregierung und auf diese Koalition kann man sich verlassen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Dass diese Bemühungen, meine Damen und Herren – das möchte ich am Schluss sagen –, Früchte tragen, dass unsere Arbeit nicht umsonst ist, das zeigt der Blick in die aktuelle Kriminalstatistik. Die Ergebnisse und Erfolge finden Sie auch detailliert in unserem Sicherheitsbericht, den ich Ihnen am Montag zugesandt habe. In Sachen innere Sicherheit macht Baden-Württemberg niemand etwas vor. Die Kriminalitätsbelastung für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land lag 2017 bei knapp 5 300 Straftaten je 100 000 Einwohner; sie war letztmals im Jahr 1990 niedriger. Wir verzeichnen also die niedrigste Kriminalitätsbelastung in Baden-Württemberg seit über einem Vierteljahrhundert. Das ist ein tolles Ergebnis der Arbeit der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in diesem Land.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Wir blicken aktuell zudem auf den stärksten Rückgang der Fallzahlen seit über zehn Jahren: ein Rückgang um fast 5 % auf unter 580 000 Straftaten. Gleichzeitig klärt die Polizei einen immer größeren Anteil dieser Taten auf. Die Aufklärungsquote liegt mit über 62 % ebenfalls auf einem Zehnjahreshoch. Die innere Sicherheit ist bei den Polizistinnen und Polizisten in Baden-Württemberg in guten Händen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Rottmann?

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Nein.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Nein.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, gilt es, Dank zu sagen: Dank für den professionellen und unermüdlichen Einsatz unserer Sicherheitsbehörden, jeder einzelnen Polizeibeamtin und jedes einzelnen Polizeibeamten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der AfD sowie des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Von dieser Sicherheitsbilanz können Sie sich im Sicherheitsbericht selbst überzeugen. Das Ergebnis kann sich wirklich sehen lassen. Der Bericht stellt übersichtlich und kompakt alle wesentlichen Entwicklungen dar. Wir werden auch diesen Sicherheitsbericht im Übrigen selbstverständlich publizieren und auf der Internetseite des Innenministeriums den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stellen. Das ist ein Teil der Transparenz polizeilicher Arbeit.

(Minister Thomas Strobl)

Baden-Württemberg, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist im Bereich der inneren Sicherheit auf einem guten Weg. Das verdanken wir der engagierten Arbeit unserer Polizistinnen und Polizisten.

Dass wir aber im Augenblick – im Jahr 2018, um es richtig zu sagen – 1 800 Polizistinnen und Polizisten in Ausbildung haben – so viele wie noch nie in der Geschichte dieses Landes –, dass die Hochschule für Polizei in Villingen-Schwenningen aus allen Nähten platzt, dass wir in Baden-Württemberg eines der besten Polizeigesetze in der Bundesrepublik Deutschland haben,

(Zuruf des Abg. Daniel Rottmann AfD)

dass unsere Polizei top ausgerüstet ist, das hat auch etwas mit dieser Koalition und dieser Landesregierung zu tun.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir werden uns nicht davon abbringen lassen, diesen Weg weiterzugehen. Wir lassen die Bürgerinnen und Bürger nicht allein. Wir arbeiten dafür, dass unsere Heimat, dieses Land Baden-Württemberg, das sicherste Land in der Bundesrepublik Deutschland bleibt. Wir arbeiten daran, dass es jeden Tag noch ein bisschen besser wird.

Die Arbeit unserer Polizistinnen und Polizisten genießt unseren Respekt und unsere Dankbarkeit. Sie wissen: Diese Landesregierung und diese Koalition stehen hinter ihrer Arbeit.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der CDU – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: In der zweiten Runde erteile ich dem Kollegen Dr. Goll für die FDP/DVP-Fraktion das Wort.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Jetzt kommt wenigstens Sachlichkeit hinein! – Gegenruf der Abg. Nicole Razavi CDU: Hoffentlich!)

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein Fehler gemacht worden, ein erstaunlicher Fehler – erstaunlich auch die Stelle, an der er passiert ist. Denn der Innenminister hat eine nicht unwesentliche polizeiliche Maßnahme in einer Weise angekündigt, dass sie hinterher nicht mehr durchgeführt werden konnte.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das hat er doch gerade widerlegt!)

Da kann man zwar gebetsmühlenartig noch andere Arten von Ankündigungen zitieren, die eine ganz andere Struktur haben, aber ich will Ihnen sagen, worin der Unterschied liegt.

Wenn Sie sagen: „Wir schöpfen alle Mittel aus“ oder „Wir werden alle Register ziehen“, dann erzielen Sie eine abschreckende Wirkung. Wenn Sie aber sagen: „Diese verdeckten Einsätze finden dann und dann dort und dort statt“, dann haben Sie natürlich einen Teil aus dem Konzept herausgebrochen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Unruhe)

Da darf und muss die Opposition schon fragen: Wie konnte das passieren? Vor allem: Wie konnte es an dieser Stelle passieren, in der Chefetage des Innenministeriums? Wer ist da durchgekommen? Verzeihung, aber das ist, als liefe jemand mit der Baumsäge durch die Klavierfabrik. Wer war das? Wir erfahren das nicht. Gab es Einwände? Wir erfahren das nicht. Wir wissen definitiv nicht, was an dieser Stelle in diesem Haus gelaufen ist und zu diesem erstaunlichen Fehler geführt hat.

Jetzt könnten wir rätseln. Ich persönlich möchte Ihnen sagen, zu welchem Schluss und Eindruck ich selbst mittlerweile gekommen bin. Ich glaube, es gibt im Innenministerium und bei der Polizei eigentlich zwei Bereiche, zwei Schienen. In einem Bereich lässt man den Minister sozusagen Theater spielen, mit den Muskeln spielen, sich in Szene setzen und erklären. Dann gibt es den anderen Bereich, da wird die Arbeit gemacht, dort läuft der Apparat. Beide Bereiche scheinen nicht auf die beste Art miteinander zu kommunizieren.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Oje! Das war vielleicht früher in Ihrem Ministerium so! – Vereinzelt Heiterkeit)

Lieber Herr Kollege Sckerl, da muss einem im Grunde genommen diese schöne alte Anekdote einfallen: Ein Orchester bekommt einen neuen Dirigenten. Das kennen Sie vielleicht.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nein! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ein weltberühmtes Orchester bekommt einen neuen Dirigenten. Da fragt ein Journalist die Musiker: „Was dirigiert der Neue denn heute?“ Da sagen die Musiker: „Uns ist egal, was er dirigiert; wir spielen jedenfalls Beethovens Neunte.“

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD – Zuruf von den Grünen: Wir kommen zum Ende!)

Übrigens, lieber Herr Kollege Reinhart, wenn die Polizei heute gelobt wurde: Natürlich könnten Sie dieses Orchester loben. Aber ist das der ideale Zustand, wenn das Orchester sagt: „Uns ist egal, was dirigiert wird; wir spielen Beethovens Neunte“?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Jetzt könnte man in einem ersten Schritt sagen: Dann könnte man ja schon einmal ein Gehalt sparen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

Aber, meine Damen und Herren, so einfach ist es natürlich auch nicht. Das ist auch nicht die Wahrheit. Ich frage: Warum werden gute Dirigenten eigentlich so gesucht? Gute Dirigenten sind sehr gesuchte Leute. Aber es ist natürlich auch schwierig, einen guten Dirigenten zu finden. Lieber Herr Innenminister, in Ihrem Fall ist das leider nicht gelungen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD – Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Blenke das Wort.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Bewerbungsrede! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Noch eine sanfte Rede!)

Abg. Thomas Blenke CDU: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Als ich den Titel der Aktuellen Debatte gesehen habe

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Haben Sie zugestimmt! – Heiterkeit)

– nein –, habe ich gedacht:

(Abg. Sascha Binder SPD: Wie beginne ich meine Bewerbungsrede?)

Mensch, der muss was im Köcher haben, der Rülke.

(Zuruf: Das wäre das erste Mal!)

Aber mein Gott, Kollege Rülke, was war das für eine dünne Suppe von Ihnen vorhin. Was war das für eine dünne Suppe!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Eine unstrukturierte Aneinanderreihung von Zitaten und Presseüberschriften, und daraus machen Sie einen großen Klamauk – und das war es dann.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Muckefuck!)

Beim Kollegen Goll bin ich eigentlich Sachlichkeit gewohnt,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das war auch schwach!)

aber da kam jetzt leider auch nicht arg viel rüber.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das hat er ziemlich deutlich gesagt!)

Meine Damen und Herren, worum geht es denn eigentlich? Ein Bürgermeister schickt einen Hilferuf an den Innenminister,

(Zuruf: Richtig!)

weil das Sicherheitsbefinden der Bevölkerung in seiner Stadt aufs Schärfste, aufs Heftigste beeinträchtigt ist. Was geschieht? Der Innenminister reagiert schnell,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Mit einer Pressemitteilung!)

er kümmert sich darum, und er hilft. Er schafft Abhilfe. Sie kritisieren hier jetzt nur irgendwelche formalen Dinge.

Lieber Kollege Rülke, ich rate Ihnen: Gehen Sie doch einmal nach Sigmaringen, am besten in den Abendstunden. Dann erklären Sie den Bürgerinnen und Bürgern dort, so rund um den Bahnhof herum, wo das stattfindet: „Das ist alles ein offenes Sicherheitsrisiko, was der Innenminister tut.“ Aber er hat den Bürgerinnen und Bürgern in Sigmaringen geholfen – das ist das Entscheidende.

Die Situation vor Ort in Sigmaringen ist schwierig, nicht erst seit gestern. Wir haben dort diese große LEA. Aus dieser LEA heraus ist es eine kleine Gruppe, die große Probleme verursacht, und dann gibt es wahrscheinlich noch ein paar kriminelle Trittbrettfahrer, die sich auch mit dranhängen.

Deswegen: Da finden Straftaten statt. Die Bürger fühlen sich nicht mehr sicher; sie sind verunsichert, sie trauen sich nicht mehr hinaus. Der Kollege Burger hat mir vorhin geschildert, dass sich Eltern schon nicht mehr trauen, ihre Schulkinder durch den Prinzengarten zu schicken, durch den sie normalerweise gehen müssen.

Meine Damen und Herren, auf diesen Hilferuf hat der Innenminister reagiert. Er hat genau das gemacht, was zu tun ist, nämlich Schutzkonzeptionen und Schutzmaßnahmen zu ergreifen, damit die dortige Bevölkerung wieder in Sicherheit leben kann. Genau das erwartet die Bevölkerung.

Jetzt gibt es hier Aufregung über die Öffentlichkeitsarbeit. Ich kann mich da nur den „Stuttgarter Nachrichten“ anschließen: „Geht’s auch eine Nummer kleiner?“ Kollege Dr. Reinhart hat das vorhin auch schon gesagt. Niemand von Ihnen – Sie nicht, Goll nicht, er auch nicht –

(Zuruf von der SPD: Wer? – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Stoch heißt er!)

– ja, danke – fragt nach der Situation vor Ort. Sie haben sich alle nur –

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist doch völliger Blödsinn!)

– Nein, niemand von Ihnen hat auch nur ein Wort, hat auch nur einen Satz zu der Situation vor Ort gesagt. Die Politik hat doch die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber nicht so!)

Das erwarten die Menschen in Sigmaringen, damit sie hier wieder sicher leben können.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Nach meiner Kenntnis bleibt an den objektiven Tatbeständen, an dem, was Sie alles aufführen, nichts Negatives hängen –

(Beifall bei der CDU und des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

weder gegenüber der Polizei noch gegenüber dem Innenministerium. Die Bevölkerung will nur eines: dass wieder Ruhe einkehrt, dass sie in dieser Stadt wieder in voller Lebensqualität leben kann, wie sie es gewohnt ist.

Das, was an Maßnahmen erfolgt, ist ganz normaler polizeilicher Alltag mit ganz normalen Maßnahmen – offenen wie verdeckten –, und das ist klassische polizeiliche Arbeit, die dort stattfindet.

Meine Damen und Herren, am Ende scheint mir übrig zu bleiben:

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die Debatte war gut!)

Ihnen geht es um einen großen Klamauk. Das ist vorhin auch schon vom Minister gesagt worden. Sie fordern, was Ihnen zusteht und was wir alle wollen, Sachaufklärung, weil Fragen entstanden sind. Es wird eine Sitzung des Innenausschusses

(Thomas Blenke)

anberaumt – Kollege Klein, der Vorsitzende des Innenausschusses –, in der diese Fragen beantwortet werden. Was machen Sie? Schon vor der Sitzung gehen Sie zur Presse und sagen, was aus Ihrer Sicht das Ergebnis ist, indem Sie nämlich den Rücktritt fordern.

(Abg. Sascha Binder SPD: Stimmt doch gar nicht!)

„Rücktritt“, das sagten Sie vorher. Und nach der Sitzung heißt es: „Ja, Rücktritt, vielleicht, mal sehen. Diese Forderung behalten wir uns noch vor.“

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Herr Minister, offensichtlich haben Sie die Fragen im Innenausschuss – ich war wegen einer Auslandsreise nicht dabei – gut beantwortet. Denn sonst wäre es ja nicht dazu gekommen –

(Glocke des Präsidenten)

– Keine Fragen.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Ich muss ein bisschen auf die Zeit schauen. Anschließend finden noch Ausschusssitzungen statt.

Abg. Thomas Blenke CDU: Jawohl. Ich bin gleich fertig. Wir kommen alle noch in die Mittagspause.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Eigentlich sind Sie schon drüber, Herr Kollege.

Abg. Thomas Blenke CDU: Jawohl. – Lieber Kollege Rülke, Sie sind ein Meister darin – das hat sich hier gezeigt –, einen Luftballon laut aufzublasen und ganz, ganz leise platzen zu lassen. Das ist für mich, Stand heute, fast alles, was übrig geblieben ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

Diese Landesregierung, dieser Minister haben alles getan, um den Menschen in Sigmaringen wieder das zu bringen, was sie erwarten, nämlich Sicherheit, Ruhe und Frieden.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Binder das Wort.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Abg. Sascha Binder SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich geht es um die Sicherheit in Sigmaringen. Die Frage ist doch: Um 9:23 Uhr wurde die Pressemitteilung verschickt, für 10:00 Uhr war die Besprechung der Polizei vor Ort angesetzt. Entweder ist dieser Zufall kaum zu glauben, Herr Minister, oder es ist so, dass das Innenministerium und der Innenminister presseöffentlich machen, was erst 40 Minuten später durch die Polizei abschließend besprochen wird. Beides ist nicht ein Beleg dafür, dass Sie die Sicherheit in Baden-Württemberg wirklich seriös im Griff haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Sie haben auch heute sehr ausschweifend, in aller epischen Breite, über die Sicherheit fabuliert. Aber Sie haben die Fragen noch immer nicht beantwortet: Wer aus der Polizei hat diese Pressemitteilung freigegeben? Wer hat Ihnen gesagt, es sei polizeitaktisch richtig, verdeckte Maßnahmen an die Öffentlichkeit zu geben, örtlich begrenzt, zeitlich begrenzt, wie es sonst bei keiner anderen Pressemitteilung der Fall war, Herr Innenminister Strobl?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Dann haben Sie sich für Maßnahmen gebrüstet, für die doch nicht Sie verantwortlich sind. Sie haben Teile aus der letzten Legislatur genannt, und für die anderen Teile – Polizeigesetz, Evaluierung der Polizeireform – stand ein Name in diesem Innenministerium: Das ist Staatssekretär Jäger gewesen. Das waren doch nicht Sie! Er hat in 19 Verhandlungsrunden mit den Fraktionen verhandelt. Das waren doch nicht Sie, Herr Innenminister!

(Abg. Thomas Blenke CDU: Nein! Das haben wir in der Koalitionsvereinbarung vereinbart! Und umgesetzt!)

Jetzt ist er Ihnen davongegangen – deshalb „Strobl allein zu Haus im Innenministerium“.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Wie geht es in Zukunft weiter? Wir haben heute erlebt: Die CDU-Fraktion hat geschlossen Beifall geklatscht. Geschlossen!

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Das wundert mich überhaupt nicht, denn es gibt ja zwei Pöstchen zu vergeben, und jeder in der CDU-Fraktion hält sich für in der Lage, Herrn Jäger in seinem Amt nachzufolgen.

(Zuruf von der CDU: Mein Gott, mein Gott! – Unruhe bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

Das hat auch die Bewerbungsrede von Herrn Blenke gezeigt. Herr Kollege Dr. Reinhart, wissen Sie –

(Anhaltende Unruhe bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

– Ich komme zum Schluss.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Erstens bitte ich darum, Ruhe einkehren zu lassen, und zweitens bitte ich den Kollegen Binder, allmählich zum Schluss zu kommen.

Abg. Sascha Binder SPD: Ich komme zum Schluss. – Herr Kollege Professor Dr. Reinhart, wenn Spitzenleute der CDU einem anderen Spitzenmann das vollste Vertrauen aussprechen, dann ist zu dieser Debatte alles gesagt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Fiechtner.

(Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Wird das auch eine Bewerbungsrede?)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! „Ist der Innenminister ein offenes Sicherheitsrisiko?“ Für die meisten von Ihnen mag es jetzt zynisch klingen, aber ich stelle fest, dass die Titel der Aktuellen Debatten immer populistischer werden. Das enttäuscht mich. Das enttäuscht mich deswegen,

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

weil ich denke, dass wir mehr können, als uns hier gegenseitig mit Scheindebatten Unfähigkeit vorzuwerfen. Ich denke, das sind wir unseren Wählern schuldig.

Ja, in der Politik geht es um Macht. Aber um welchen Preis? Wen füttern Sie, wenn Sie andere Parteien als unfähig darstellen? Lassen Sie uns doch in Zukunft lieber darüber reden, was Sie besser machen können,

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Gemacht haben!)

anstatt darüber, was andere scheinbar falsch gemacht haben.

Herr Dr. Rülke, in Ihrer Rede zur Regierungserklärung hatten Sie doch noch einmal erwähnt, wie wichtig eine zweite Chance ist – eine Kultur des Scheiterns. Ist Herr Strobl gescheitert? Sicherlich nicht. Er hat auf die Situation in Sigmaringen reagiert. Bürgermeister Schärer lobt ihn sogar dafür.

Ja, die Kommunikation lief unglücklich. Im Interview mit dem SWR sagte der Innenminister: „Das ist auch eine Lehre für mich.“

Lieber Herr Rülke, ich frage Sie: Wo ist jetzt Ihre Forderung nach einer zweiten Chance? Welches Signal senden wir in die Gesellschaft, liebe SPD, wenn wir wie der HSV oder, um politisch zu bleiben, wie die SPD ständig das Personal wechseln? Ich habe lieber einen Politiker, der seine Fehler eingesteht und daraus lernt, als ein ständiges Personalroulette.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Worum geht es denn wirklich? Es geht doch darum, dass gehandelt wird. Wissen Sie, was sich jeder Polizist wünscht? Er wünscht sich, am Ende seiner Schicht unversehrt nach Hause zu kommen. Auch die Bürger von Sigmaringen wünschen sich, unversehrt durch ihren Ort schlendern zu können.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Die Diskussion im Innenausschuss hat gezeigt, dass es keine Gefährdung für die Polizisten und die geplanten Maßnahmen gibt.

(Glocke des Präsidenten)

Ich denke, damit ist alles gesagt. Das Einzige, was noch zu hoffen bleibt, ist, dass die Maßnahmen bald Wirkung zeigen.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Baden-Württemberg – Drucksache 16/3554

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Soziales und Integration – Drucksache 16/3701

Berichterstatter: Abg. Thomas Poreski

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich dem Kollegen Poreski für die Fraktion GRÜNE das Wort.

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur Überbrückung des allgemeinen Mittagstiefs fange ich einmal mit einem heiklen Punkt an – heikel deswegen, weil man sich ja nicht selbst loben soll.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Mit „sich selbst“ meine ich aber hier uns, nämlich das Parlament insgesamt. Ich finde, unsere bisherigen Beratungen zum Bundesteilhabegesetz hatten einen bemerkenswerten Tiefgang. Das hat dieses Thema auch verdient.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Sabine Wölfle SPD)

Mein Dank geht gleichermaßen an unsere Landes-Behinderertenbeauftragte Stephanie Aeffner, die viel zur Qualität der Debatte beigetragen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Es geht darum, ob Menschen mit Behinderungen einen großen Schritt hin zu mehr Teilhabe und Gleichberechtigung gehen können und ob wir sie dabei unterstützen oder behindern. Wir wollen, dass Menschen mit Behinderungen endlich auch vor dem Gesetz vollwertige Sozialbürger und Sozialbürgerinnen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Die vorliegenden Entschließungsanträge spiegeln wider, wie komplex das Thema ist. Schließlich hat der Paradigmenwechsel Auswirkungen auf alle Rechtsgebiete. Deshalb ist es gut, dass mit dem interfraktionellen Entschließungsantrag sichergestellt wird, dass künftig die gesamte Breite der Akteure in die Vertragskommission eingebunden ist.

Den gemeinsamen Antrag von SPD und FDP/DVP zur Konnexität lehnen wir ab. Das Thema ist wichtig, aber der Antrag ist durch das Handeln der Regierung überflüssig.

(Abg. Rainer Hinderer SPD: Aha!)

(Thomas Poreski)

Für die Jahre 2018 und 2019 übernimmt das Land freiwillig exakt die Kosten, die das SPD-geführte Bundesministerium ausgerechnet hat. Genauere Berechnungen gibt es nicht, sondern nur Spekulationen. Im Hinblick auf eventuell abweichende Erfahrungswerte in der Zukunft sind Land und Kommunen gut im Gespräch. Ab 2020 erkennt das Land die volle Konnexität an. Wir werden dabei wie die anderen Länder die Forderung an den Bund richten. Es ist schließlich ein Bundesgesetz.

Gesellschaftliche Normalität erfahren Menschen mit Behinderungen erst, wenn äußere Behinderungen abgebaut werden und wenn es für die verbleibenden Einschränkungen einen fairen Nachteilsausgleich gibt. Dieser Nachteilsausgleich muss transparent sein. Die Ergebnisse müssen reproduzierbar sein, egal, ob die betroffenen Menschen in Bad Mergentheim, Konstanz, Stuttgart, Mannheim oder Tübingen leben. Nur so lässt sich das Verfassungsgebot einheitlicher Lebensverhältnisse im Land umsetzen.

Die leistungsberechtigten Bürgerinnen und Bürger müssen auf Augenhöhe mit denen sein, die den Bedarf ermitteln, und diese dürfen zwischen ihrer Fachlichkeit und den Anliegen der Kostenträger oder der Leistungserbringer nicht in einen Interessenskonflikt geraten. Die entscheidende Frage, die wir beantworten müssen, lautet daher: Wer ermittelt den Bedarf, und wie geschieht dies unabhängig von Einzelinteressen?

Dieser zentrale Punkt, den ich bereits in der Ersten Beratung genannt habe, bildet den Rahmen für einen rechtsstaatlichen, verlässlichen Nachteilsausgleich. Dankenswerterweise haben ihn sowohl der Antrag von SPD und FDP/DVP als auch der Antrag von Grünen und CDU aufgegriffen, und das ist gut so. SPD und FDP/DVP fokussieren sich dabei auf mögliche zusätzliche Institutionen. Wir, die Koalition, sind da offener, vor allem an der Ergebnisqualität orientiert und haben eine kürzere Frist gesetzt. Das halte ich für zielführender.

Ebenso wichtig wie das Verfahren ist das Instrument der Bedarfsermittlung. Ich bin Minister Lucha außerordentlich dankbar dafür, dass er sich ganz klar für ein zeitbasiertes Instrument ausspricht, das den Kriterien der UN-Behindertenrechtskonvention sowie des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge entspricht.

(Beifall der Staatssekretärin Bärbl Mielich)

Der Deutsche Verein ist hier Referenz, weil in ihm die kommunale Seite ebenso vertreten ist wie die Leistungserbringer.

Im Kern geht es bei der UN-BRK um die Personenzentrierung. Maßgebend ist der individuelle Nachteilsausgleich, nicht die Verortung in einer Institution. Die harte Unterscheidung zwischen ambulant und stationär gibt es künftig nicht mehr.

Der Rahmen, der durch die Bedarfsermittlung definiert wird, beantwortet zwei Schlüsselfragen: Wie hoch ist der zeitliche Bedarf für eine Assistenz? Und welche fachliche Qualifikation ist dafür erforderlich? Hinzu kommt eine weitere Frage: Welche Folgen hat die Tarifbindung in § 124 des Bundesteilhabegesetzes? Wir finden, es muss klar sein, dass das Wunsch- und Wahlrecht der Menschen mit Behinderungen nicht behindert wird, wenn die von ihnen gewählte Leistung auf dem Niveau des TVöD vergütet wird. Wir brauchen klare Perspektiven in der Eingliederungshilfe, auch für die Beschäftigten.

Mit der heutigen Sitzung bewältigen wir eine schwierige Berg- etappe hin zu einem neuen Teilhaberecht für Menschen mit Behinderungen.

(Glocke des Präsidenten)

Weitere Etappen werden folgen. Ich freue mich darauf und auf die Zusammenarbeit mit allen Beteiligten innerhalb und außerhalb des Parlaments.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Bevor ich dem Kollegen Hockenberger von der CDU das Wort gebe, ein kleiner Hinweis, damit Sie sich darauf einstellen können: Die Ausschussvorsitzenden bestehen darauf, dass die Ausschüsse unmittelbar nach Ende dieser Debatte stattfinden, es also keine Zwischenpause gibt.

Jetzt Kollege Hockenberger, bitte.

Abg. Ulli Hockenberger CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Am 28. Februar haben wir uns hier in der ersten Lesung mit dem Gesetz zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes befasst. Ich habe dabei auf die langwierige Entstehungsgeschichte und auf das umfassende Beteiligungsverfahren hingewiesen und möchte das heute nicht mehr wiederholen.

Wir haben deutlich gemacht, dass die Herauslösung der Eingliederungshilfe aus dem bisherigen SGB XII ein bedeutender Schritt für eine inklusive Behindertenpolitik ist. Darüber sind wir uns alle einig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir sind uns auch über die meisten Regelungsinhalte einig. Die wichtigsten will ich noch einmal nennen: Wir sind uns darüber einig, dass die Stadt- und Landkreise zu Trägern der Eingliederungshilfe bestimmt werden und der Aufgabencharakter der weisungsfreien Pflichtaufgabe beibehalten wird. Wir sind uns darüber einig, dass es die Möglichkeit einer Delegation auf kreisangehörige Gemeinden geben soll. Wir sind uns insbesondere auch darüber einig, dass der KVJS für die Beratung und Unterstützung der Träger der Eingliederungshilfe eine Rolle spielen soll. Dazu gibt es eine Einfügung in das sogenannte KVJS-Gesetz. Der KVJS soll als Vertretung der Eingliederungshilfe im Rahmen der Erarbeitung der Landesrahmenverträge benannt werden können. Das Initiativrecht zur Errichtung von Pflegestützpunkten ist auch selbstredend. Auch das begrüßen wir.

Am 15. März hat nun eine öffentliche Ausschusssitzung stattgefunden. In deren Mittelpunkt stand die Anhörung unserer Landes-Behindertenbeauftragten Stephanie Aeffner, dazu Entschließungsanträge von SPD, FDP/DVP, Grünen und CDU. Auf die beiliegende Drucksache, die Sie heute ausgeteilt bekommen haben, möchte ich verweisen. Sie gibt das Ergebnis wieder. Wir sind dem Änderungsantrag der FDP/DVP beigetreten, weil wir das für eine gute Idee halten, um die ganze Bandbreite der Leistungserbringer abzubilden.

(Ulli Hockenberger)

Interessanter wird es aber bei den unterschiedlichen Auffassungen. Unterschiede bleiben eben bei zwei zentralen Punkten, die angesprochen worden sind: Das eine ist das Instrument zur Ermittlung des Hilfebedarfs und die Zuständigkeit dafür und das andere – je nach Blickwinkel, wie könnte es anders sein? – die Finanzierung dieses Gesetzes unter dem Stichwort Konnexität.

Zum landeseinheitlichen Bedarfsermittlungsinstrument hat unsere Landes-Behindertenbeauftragte engagiert betont, wie wichtig ihr eine unabhängige Bedarfsermittlung ist. Sie hat das wesentliche Anliegen der Menschen vorgetragen, für einen fairen Interessenausgleich und dafür zu sorgen, dass bei gleicher Behinderung gleiche Leistungen gewährt werden. Ich hatte in der ersten Lesung darauf aufmerksam gemacht: Frau Aeffer hat insbesondere ein zeitbasiertes Element betont, sie wollte „keine Umschreibung in Prosa“ – so ihr wörtliches Zitat. Daran können Sie auch ihr Engagement erkennen.

Wir hatten auch darüber nachgedacht, welchen Aufgabencharakter diese Bedarfsermittlung haben soll. An dieser Stelle glauben wir, dass wir noch einen weiten Weg vor uns haben. Aber jetzt sollte an dieser Regelung nichts verändert werden. Wir teilen die Auffassung der Landesregierung, dass jetzt einmal das Ganze auf den Weg gebracht werden sollte. Es bedarf im Moment keiner abschließenden Klärung dieser Frage. Wir werden das im Rahmen des weiteren Gesetzgebungsverfahrens klären, insbesondere nachdem wir im Rahmen eines Entschließungsantrags die Landesregierung aufgefordert haben, uns das Arbeitsergebnis der dafür eingerichteten Arbeitsgruppe zum 31. Mai vorzulegen und dann auf der Basis der Erkenntnisse derer, die da mitwirken, endgültig darüber zu entscheiden, wie die Bedarfsermittlung in unserem Land ausgeführt werden soll.

Ich betone noch einmal für die CDU-Fraktion: Bedarfsermittlung bzw. Hilfeleistungen nach Kassenlage und Wohnort wird es bei uns nicht geben. Wir legen Wert auf eine Gleichbehandlung überall im Land.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Deswegen sind wir auch zuversichtlich, dass der Minister von dem ihm eigentlich zustehenden Recht, eine Rechtsverordnung in dieser Frage zu erlassen, gar keinen Gebrauch machen muss und auch keinen Gebrauch machen wird, weil wir glauben, dass wir zu einem Ergebnis kommen.

Zur Konnexität habe ich in der ersten Lesung und auch im Ausschuss ausgeführt, dass wir begrüßen, dass es da eine Gesprächsverständigung gibt zwischen dem Ministerium einerseits und den kommunalen Landesverbänden andererseits, jetzt die Entwicklung 2017 bis 2019 zu beobachten, dann zu schauen, was da passiert, und danach zu schauen, ob die bisher insoweit freiwillig zur Verfügung gestellten Mittel von 22 Millionen € ausreichen. Es wäre schön, wenn sie ausreichen. Der eine glaubt es, der andere glaubt es nicht. Glauben hilft in der Politik nicht weiter. Deshalb brauchen wir dafür Zahlen, und im Lichte dieser Zahlen werden wir danach betrachten, ob gegebenenfalls nachgesteuert werden muss. Für 2020 ist die Konnexität schon anerkannt.

Vor diesem Hintergrund können wir dem Gesetz in dieser Form zustimmen. Ich danke allen, die daran mitgewirkt ha-

ben. Wir freuen uns auf den Bericht zum 31. Mai 2018. Dann sehen wir endlich etwas klarer und sind nicht darauf angewiesen, all das zu glauben, was uns gesagt wird. Vielmehr werden wir das, was wir dann schwarz auf weiß nach Hause tragen können, bewerten und anschließend entscheiden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Andrea Lindlohr und Thomas Poreski GRÜNE)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Kollegin Dr. Baum.

Abg. Dr. Christina Baum AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Behinderte Menschen haben Anspruch auf Unterstützung und auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Daher ist es zu begrüßen, dass mit dem Bundes- teilhabegesetz die Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderungen aus der Sozialhilfe herausgenommen wurden und als Rehabilitations- und Teilhaberecht im Sozialgesetzbuch IX einen neuen Platz gefunden haben.

Mit dem hier in zweiter Lesung zu behandelnden Gesetz werden die landesspezifischen Teile des Bundesgesetzes zunächst für den Übergangszeitraum 2018 und 2019 für Baden-Württemberg umgesetzt. Dabei ist es sinnvoll, dass nun die Stadt- und Landkreise Träger der Eingliederungshilfe sein werden. Je näher der Träger dem Leistungsempfänger ist, desto zielgerichteter kann die Leistung erfolgen. Auch unter Berücksichtigung regionaler Besonderheiten und aus grundsätzlich subsidiären Erwägungen heraus ist diese Regelung begrüßenswert.

(Beifall bei der AfD)

Es muss jedoch sichergestellt werden, dass die Stadt- und Landkreise in der Übergangsphase bis 2020 keinen wesentlichen finanziellen Mehrbelastungen ausgesetzt sind.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Die Stellungnahmen der kommunalen Landesverbände hierzu lassen den Schluss zu, dass doch mit erheblich mehr als dem von der Landesregierung veranschlagten geringfügigen Bedarf zu rechnen ist. Die Landesregierung hat dies anscheinend zur Kenntnis genommen, wie uns in der Ausschusssitzung versichert wurde.

Wir begrüßen es auch, dass der Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg als Vertretung der Träger der Eingliederungshilfe benannt werden kann. Die Erfahrungen des KVJS als bisheriger überörtlicher Träger der Sozialhilfe sind unserer Ansicht nach bei der Erarbeitung der Rahmenverträge unabdingbar.

Den zentralen Punkt des Gesetzes stellt jedoch die Bedarfsermittlung dar. Auf die Ergebnisse der dafür vom Ministerium eingesetzten Arbeitsgruppe sind wir sehr gespannt. Von dem Ergebnis dieser Bedarfsermittlung hängen nämlich unmittelbar die Kosten ab, die zukünftig auf die Stadt- und Landkreise – und damit auch auf das Land – zukommen werden.

Nach Vorliegen des Berichts werden wir sehen, ob auf ein vernünftiges Verhältnis zwischen den Bedürfnissen der Behin-

(Dr. Christina Baum)

derten und denen der gesamten Gesellschaft geachtet wurde. Auch das hat etwas mit sozialer Gerechtigkeit zu tun.

(Beifall bei der AfD)

Die AfD-Fraktion wird dem Gesetzentwurf zustimmen.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Kollegin Wölflle.

Abg. Sabine Wölflle SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind hier sicher alle einer Meinung, dass das Bundesteilhabegesetz nicht nur ein sehr großes und umfangreiches Gesetz ist, sondern auch einen Startschuss hin zu einer inklusiven Gesellschaft bildet. Dieses Gesetz lebt und atmet. Es wird permanent von Experten beobachtet, evaluiert und weiterentwickelt und steht in einem breiten Beteiligungsprozess in den Ländern und im Bund.

Die Regelungen, die der vorliegende Gesetzentwurf zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Baden-Württemberg jetzt vorsieht, sind nach unserer Meinung insbesondere, die Stadt- und Landkreise und für bestimmte Aufgaben auch den Kommunalverband für Jugend und Soziales als Träger der neuen Eingliederungshilfe zu benennen wie auch die Verfahren und Zuständigkeiten zur Erarbeitung der Rahmenverträge entsprechend zu regeln und die Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderungen bei der Erarbeitung der Rahmenverträge so gut wie möglich zu bestimmen.

Wir begrüßen, dass dabei auch etliche Anregungen aus der Anhörung aufgegriffen worden sind, insbesondere, dass die Landesregierung nach der Kritik zum Anhörungsentwurf den Kommunalverband für Jugend und Soziales ebenfalls zum Träger der Eingliederungshilfe für übergeordnete, koordinierende Aufgaben bestimmt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben sehr großes Verständnis für die Forderung aus dem Landes-Behindertenbeirat, die Hilfebedarfsfeststellung zukünftig nicht mehr unter dem Dach der Leistungsträger, sondern in einer selbstständigen Struktur durchzuführen. Sollte man aber diesen Weg gehen, stellt sich dabei unzweifelhaft auch eine Anzahl von Fragen, etwa: Muss hier eine neue Behördenstruktur mit neuen Beschäftigten und einem eigenständigen Begutachtungsleitfaden, also eine Art medizinischer Dienst der Eingliederungshilfe, aufgebaut werden, oder knüpft man an bestehende Strukturen wie den Medizinisch-Pädagogischen Dienst beim KVJS an? Dieser ist jedoch auch nicht unabhängig und in der jetzigen Form mit seinen 25 Stellen personell bei Weitem nicht in der Lage, diese Aufgaben zu bewältigen, zumindest, wenn ihm alle Aufgaben der Hilfebedarfsfeststellung, die bislang bei den Stadt- und Landkreisen liegen, übertragen werden. Und wie ist es mit der Finanzierung dieser neuen Struktur? Welche Auswirkungen hat dies auf Widerspruch und Klage?

Eine Antwort haben wir in jedem Fall, und diese fällt deutlich anders aus als die der Landesregierung. Wenn man diesen Weg gehen will, muss man diese Fragen nämlich auch schnellst-

möglich beantworten können. Deshalb haben wir gemeinsam mit der FDP/DVP schon frühzeitig einen Antrag eingebracht. Das Ziel war, zu klären, „in welcher Form und Arbeitsweise sowie mit welchen Akteuren eine unabhängige Stelle zur Feststellung des Hilfebedarfs“ aufgebaut werden soll. Wir freuen uns, dass die Koalitionsfraktionen die Zielrichtung unseres gemeinsamen Entschließungsantrags aufgenommen haben – mit kleinen Abweichungen – und sie daher genauso sehen wie wir und mit uns die Landesregierung beauftragt haben, diese Fragen zeitnah zu klären.

(Beifall bei der SPD)

Auch ich komme noch einmal zu dem Teil der Finanzierung. Den zweiten Teil unseres Entschließungsantrags im Ausschuss, den die Koalitionsfraktionen ja explizit abgelehnt haben, möchte ich noch einmal zitieren: Die Landesregierung wird gebeten,

mit den Stadt- und Landkreisen eine Einigung darüber herbeizuführen, wie hoch voraussichtlich die Kosten sind, die ihnen als neu benannte Träger der Eingliederungshilfe nach § 94 Absatz 1 SGB IX in den Jahren 2018 und 2019 zusätzlich entstehen, und für den Fall, dass diese die in der Begründung des Gesetzentwurfs bereits anerkannten zusätzlichen Aufwendungen übersteigen, einen weiteren Ausgleich zu gewähren.

Denn – das wissen wir, wir haben es auch heute schon gehört – es gibt da einen deutlichen Unterschied: Die Landesregierung spricht von 20 Millionen €, während der Städte- und der Landkreistag auf 150 Millionen € kommen. Interessanterweise hat Kollege Hockenberger in der ersten Lesung darüber informiert, dass die Landesregierung und die kommunalen Landesverbände in einen Dialog über den Finanzausgleich in den Jahren 2018 und 2019 eintreten wollen, um zu sehen, welche Zahlen sich tatsächlich ergeben, um dann gegebenenfalls im Rahmen eines Nachtrags nachzusteuern. Dies hätte auch die Landesregierung tun können.

(Abg. Rainer Hinderer SPD: Ja!)

Aber ich glaube, Herr Minister Lucha hat das unterlassen, weil für ihn das Ergebnis der Beratungen ohnehin schon feststeht: Er will keine weiteren Mittel einsetzen – so jedenfalls die grüne Linie in den Ausschussberatungen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Da waren wir in einer anderen Ausschusssitzung!)

Wir erwarten aber, dass Gespräche über die Kosten der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes ergebnisoffen geführt werden und nicht schon von vornherein klar ist, wie das Ergebnis aussieht.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Ja, eben!)

Wir werden dem Gesetzentwurf trotzdem zustimmen, denn die Finanzierung wird in dem heute vorliegenden Gesetz nicht geregelt.

Ich möchte nicht enden, ohne noch einmal die Hinweise der Liga der freien Wohlfahrtspflege zu erwähnen. Sie forderte eine gesetzliche Fixierung mindestens für den Zeitpunkt der

(Sabine Wölflé)

probeweisen Einführung des Hilfebedarfsmessungssystems und für eine vorgezogene Implementierung der Arbeitsgemeinschaft für Weiterentwicklung.

(Glocke des Präsidenten)

Wir haben uns im Ausschuss nicht für die Aufnahme dieser Fristen ins Gesetz entschlossen, aber ich möchte betonen: Mir ist es wichtig, dass der vorliegende Zeitplan eingehalten wird; und dazu sind diese beiden Punkte sehr zentral.

Ich danke deshalb Frau Staatssekretärin Mielich, dass sie auf meine Bitte hin zugesagt hat, den Sozialausschuss regelmäßig über die Umsetzungsschritte zu informieren. Wir dürfen uns hier keine Verzögerungen leisten, denn diese gingen zu Lasten der Menschen mit Behinderungen, und diese müssen mit ihren Bedürfnissen an erster Stelle stehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Keck.

Abg. Jürgen Keck FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Den gestrigen astronomischen Frühlingsanfang nehme ich zum Anlass, die heutige zweite Lesung des Ausführungsgesetzes zum Bundesteilhabegesetz auch als einen Frühling auf dem Weg zur gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu bezeichnen.

Das Bild des Frühlings ist auch deshalb passend, weil es noch einiges zu tun gibt. Denn die wesentlichen Umsetzungen haben die Zielmarke 2020. Dann treten die grundlegendsten Änderungen in Kraft; so sieht es das Bundesgesetz vor. Deshalb werden wir hier im Landtag noch ein weiteres Gesetz zu erarbeiten haben.

Die Beratung des vorliegenden Gesetzentwurfs mit der Anhörung der Landes-Behindertenbeauftragten war ein wichtiger Schritt. Frau Aeffner hat dargestellt, was noch alles an konkreten Schritten erforderlich ist. Die Arbeitsgruppe zur Bedarfsermittlung hat noch erhebliche Klippen zu umschiffen. Ich habe es bereits bei der Diskussion über unseren Landtagsantrag gesagt: Wir haben im Land ein Zeit- und Einigungsproblem. Die Landesregierung muss einen konsequenten Fahrplan aufstellen und für Verbindlichkeit sorgen. Frau Aeffner hat dargelegt, dass schon beim Grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten existieren, nämlich in der Frage, ob es eine Zeitbasierung gibt oder ob eine Darstellung in Textform erfolgt. Ich hoffe, es geht nun rasch voran.

Die Bedarfsermittlung war auch Gegenstand der Ausschussberatung. Hier wurde von den Regierungsfractionen unsere gemeinsam mit der SPD eingebrachte Initiative aufgegriffen. Es geht dabei um den Entschließungsantrag, mit dem der Landtag die Regierung verpflichtet, zur wichtigen Frage der Ausgestaltung der Bedarfsermittlung Konzepte vorzulegen. Es steht die Forderung im Raum, die Ermittlung des Reha- bzw. Teilhabedarfs – also die Frage der Fachleistungen der Eingliederungshilfe – von den Trägern unabhängig zu gestalten. Wir werden von der Landesregierung bis spätestens Ende Mai dieses Jahres Vorschläge bekommen, in welcher Form

und Arbeitsweise diese Bedarfsermittlung ausgestaltet werden kann. Diese Frage ist nicht zu unterschätzen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Ich erinnere in diesem Zusammenhang auch an das neue SGB IX selbst, das in § 13 Absatz 2 und § 26 Absatz 2 hierzu die Erarbeitung einer sogenannten gemeinsamen Empfehlung der Rehaträger vorsieht.

Zentral sind aber neben der Frage der Bedarfsfeststellung dann die Antworten darauf, mit welchen Leistungen diese Bedarfe gedeckt werden. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird Gegenstand des eingangs erwähnten weiteren Landesgesetzes sein.

Dennoch war es wichtig, bereits in den Beratungen zu dem vorliegenden Gesetz das Signal zu senden, dass heute schon überlegt werden muss, wie die Umsetzung erfolgen soll. Denn ein solcher grundlegender Wandel – hier kann man schon von einem Paradigmenwechsel sprechen – kann nicht von heute auf morgen umgesetzt werden, wenn er gelingen soll.

Große Bedeutung hat auch die Frage der Konnexität. Frau Staatssekretärin Mielich hat im Ausschuss versichert, dass es mit den kommunalen Landesverbänden zu offenen Fragen für die Jahre 2018 und 2019 einen Konsensprozess gibt und die notwendigen Mittel seitens des Landes bereitgestellt werden. Mit dieser Zusage kann ich meine Bedenken zurückstellen und die Zustimmung zum Gesetzentwurf ankündigen.

Zum Abschluss danke ich noch, dass unser Änderungsantrag zum Gesetzentwurf aufgegriffen wurde

(Abg. Anton Baron AfD: Sehr gut!)

und die Regierungsfractionen diesem beigetreten sind.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wenigstens mal was Vernünftiges! – Gegenruf des Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Genau! Deshalb haben wir es auch gemacht! – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Mit diesem wird sichergestellt, dass nun auch die Verbände der privaten Leistungserbringer eine Vertretung in die Kommission zum Abschluss der Rahmenverträge entsenden können und nicht nur die in der Liga der freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlossenen Träger. Der bpa, der VDAB und der VPK sind nun gleichberechtigt einbezogen.

Der Gesetzentwurf, der heute voraussichtlich beschlossen wird, ist ein erster Schritt. Die Ausarbeitung der Landesregierung zur Konzeption für die Bedarfsfeststellung wird der nächste sein. Danach gilt es, einen tragfähigen weiteren Gesetzentwurf zur Umsetzung auf den Weg zu bringen. Dann wird sich zeigen, ob aus dem eingangs genannten Frühling auch ein echter Sommer für die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Leben in der Gesellschaft wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das Wort für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Lucha.

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten „zu später Stunde“

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Anton Baron AfD: Jetzt müssten wir noch eine namentliche Abstimmung machen!)

in zweiter Lesung den Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Baden-Württemberg. Es ist ein, ich würde sagen, das Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen. Die Eingliederungshilfe wird weg vom hergebrachten, institutionsorientierten Fürsorgeprinzip hin zu einem modernen, personenzentrierten Teilhaberecht weiterentwickelt. Das ist ein großer Paradigmenwechsel. Das bedeutet nämlich: Die Betroffenen rücken in den Mittelpunkt – die Betroffenen, ihre Bedarfe und ihre Bedürfnisse. Inklusion wird dadurch noch stärker verankert.

Das ist ein Systemwechsel, und diesen Wechsel gestalten wir konkret. Wir wollen, dass Menschen mit Behinderungen ganz normal und möglichst selbstbestimmt am Leben teilhaben.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Wir wollen, dass sie sich, so weit es geht, aussuchen können, wo und wie sie wohnen, und wir wollen, dass sie besser in den Arbeitsmarkt integriert werden. Dieses Ziel gilt im Besonderen auch für Menschen mit seelischen Behinderungen.

Anfang 2017 ist die erste Stufe des Bundesteilhabegesetzes in Kraft getreten. Einkommen und Vermögen wurden besser berücksichtigt, und das Schwerbehindertenrecht wurde geändert. Anfang dieses Jahres tritt nun die zweite Reformstufe in Kraft. Weitere Stufen folgen in den Jahren 2020 und 2023.

Bei diesem gesamten Prozess, bei der gesamten Umsetzung ist für uns eines wichtig: Wir wollen das nur im Dialog und nur gemeinsam zuallererst mit den Betroffenen sowie mit den Leistungsträgern und den Leistungserbringern voranbringen, und das tun wir auch.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Mit unserem Ausführungsgesetz schaffen wir nun die ersten landesrechtlichen Voraussetzungen zur Umsetzung des BTHG. Bei der ersten Lesung am 28. Februar haben wir das Gesetz im Detail vorgestellt.

Nur noch einmal zur Erinnerung – Sie haben es dankenswerterweise auch erwähnt –: Wir bestimmen die Stadt- und Landkreise als zuständige Träger der Eingliederungshilfe. Die Landkreise können die Aufgaben der Eingliederungshilfe insgesamt oder im Einzelfall auf kreisangehörige Gemeinden übertragen. Dem Kommunalverband für Jugend und Soziales obliegen beratende und unterstützende Aufgaben. Es gibt Vertretungs- und Verfahrensregelungen zur Erarbeitung der Rahmenverträge. Wir regeln die Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderungen bei der Erarbeitung der Rahmenverträge. Mit einer Rechtsverordnungsermächtigung heben

wir den Lohnkostenzuschuss beim Budget für Arbeit an. Wir regeln die Weiterleitung der Bundeserstattung an die Kommunen, und schließlich können Kommunen die Errichtung von Pflegestützpunkten initiieren. So können Pflegebedürftige und ihre Angehörigen wohnortnah beraten werden.

Heute möchte ich noch auf zwei Punkte im Speziellen eingehen. Das sind diese zwei Punkte, die Sie in der vergangenen Woche im Sozialausschuss noch einmal ausführlich diskutiert hatten. Es sind die Bedarfsermittlung oder Bedarfserhebung – nicht die Bemessung – durch eine unabhängige Stelle sowie der Themenkomplex Konnexität.

Zunächst zur Bedarfsermittlung: Die Leistungen der Eingliederungshilfe sollen vermeiden, dass Menschen wegen ihrer Behinderung von einer Teilhabe ausgeschlossen werden. Dazu gehört, dass nicht alle die gleichen Hilfen bekommen, sondern die Hilfen, die sie jeweils zur selbstbestimmten Teilhabe benötigen. Die Frage nach dem Bedarf ist im neuen Eingliederungshilferecht daher zentral. Wir merken das ja auch an den Diskussionen z. B. mit den etwas älteren Akteuren: Dieses neue Denken braucht schon noch diesen Switch, den das Gesetz im Übrigen von uns allen abfordert, diesen, ja, Change oder die Veränderung; ich wollte nicht wieder „Paradigmenwechsel“ sagen.

Ich sage es noch einmal in der Übersetzung: Es ist dieser Bedarf – und hier sitzen ja einige, die in ihrem Leben auch beruflich damit zu tun hatten – nach der sogenannten ICF, also der offiziellen, von der WHO festgelegten Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit. Hierbei geht es eben darum, wie wir die Menschen in ihren Ressourcen stärken können, sie nicht auf ihre Defizite zu reduzieren, sondern einen Ausgleich herzustellen, damit sich die Stärken zeigen können.

Diejenigen, die länger mit diesem Thema befasst sind, wissen: Das ist wirklich ein großer, großer Fortschritt. Im Prinzip ist das auch die Basis, die Denkbasis der UN-Konvention. Sie, lieber Herr Poreski, haben richtigerweise darauf hingewiesen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Ulli Hockenberger CDU)

Wichtig ist dabei, mögliche Hindernisse und Einschränkungen, die eine Teilhabe erschweren, abzubauen und den Wunsch auf Teilhabe sowie den Bedarf auf Hilfe zur Teilhabe zu erkennen. Wie das nun genau aussehen wird, ermitteln wir derzeit gemeinsam mit den Vertretungen der Menschen mit Behinderungen, mit den Leistungsträgern und den Leistungserbringern. Sachverständige in breiter Aufstellung unterstützen uns mit ihrem Fachwissen.

Das Ziel ist selbstverständlich, ein landesweit einheitliches Instrument zu entwickeln, mit dem wir den Bedarf feststellen. Dieser Bedarfsermittlung kommt im neuen Hilfesystem allergrößte Bedeutung zu, und ich bedanke mich ganz herzlich für den Entschließungsantrag der Regierungsfractionen und auch für die Mitwirkung, die gemeinsame Arbeit im Ausschuss. Ich darf ja auch einmal sagen: Bei allen kleinen Battles, die wir da haben, sind wir in der großen Linie seit vielen Jahren, denke ich, eine gute Gemeinschaft, die auf dem Weg zur Emanzipation einen guten Schritt vorankommt.

(Minister Manfred Lucha)

Generell gilt natürlich: Die Trennung von Bedarfsermittlung und Bedarfsfeststellung ist aus fachlicher Sicht grundsätzlich positiv. Wie wir das umsetzen – – Kollegin Wölflé hat darauf hingewiesen, welche dann auch detaillierte – – Das Teufelchen steckt gern auch einmal im Detail, wie das operativ ausschauen kann.

Im Übrigen sage ich Ihnen: Die neue Dynamik wird aus der Erhebung heraus ganz neue Formen der Umsetzungskultur – – Ich nenne nur das Beispiel Hilfeplankonferenzen, wo wir eben, weil wir den Prozess so anlegen, auch mit diesen Instrumenten noch hinkommen. Das heutige schematische Mehr- eck – da ist einer, der der Hilfe bedarf, einer, der die Leistung erbringt, und ein anderer zahlt – lösen wir auf. Das müssen wir auflösen; denn wir sind gemeinsam eine Verantwortungsgemeinschaft.

Der Entschließungsantrag, den jetzt die Regierungsfractionen gestellt haben, fordert die Landesregierung auf, aufzuzeigen, wie die Bedarfsermittlung ausgestaltet werden kann, damit sie unabhängig von individuellen Interessen der Kostenträger und der Leistungserbringer zu landesweit einheitlichen Resultaten führt.

Ich danke noch einmal und bitte Sie, dem Antrag der Regierungsfractionen zu folgen.

Ich möchte noch etwas zur Konnexität sagen. Die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes ist in jeder Beziehung eine große Herausforderung, selbstverständlich auch finanziell. Wir sind uns unserer Verantwortung sehr bewusst und haben uns, anders als die anderen Bundesländer – unabhängig von ihrer Regierungsfarbe –, für 2018 und 2019 zu freiwilligen Ausgleichszahlungen an die Stadt- und Landkreise bereit erklärt.

Insgesamt 21,9 Millionen € stehen für diese zwei Jahre zur Verfügung. Dies – es wurde schon gesagt, liebe Kollegin Wölflé – entspricht exakt der Kostenschätzung des Bundes. Die Forderungen der Kommunen gehen weit über diese Kostenschätzung hinaus. Ich habe Ihnen schon bei der Einbringung erklärt, dass diese Debatte nichts mit der Wirkung des neuen Gesetzes zu tun hat, weil das die alte Verteilungsdebatte ist, wie sich auch der Bund an den Kosten der Eingliederungshilfe beteiligt. Ich muss es leider immer wiederholen: Es ist damals – –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber nicht so oft! Wir haben noch Ausschusssitzungen nachher!)

– Ich habe das nicht zu verantworten.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Doch! Auch!)

– Nein. Bei Gott nicht, Herr Kollege.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Doch! Auch! Das hat auch mit der Länge zu tun!)

– Das ist doch ungeheuerlich, Herr Gall, sehr ungeheuerlich.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Keine Scharmützel!)

Das finde ich jetzt wirklich böse.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Über eine Stunde überzogen! – Gegenrufe der Abg. Nicole Razavi CDU und Thomas Poreski GRÜNE – Glocke des Präsidenten)

– Aber nicht ich. Reinhold, bitte, Kirche im Dorf lassen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie können sich doch auch an die fünf Minuten halten!)

– Jetzt lasst mich doch die zehn Sekunden noch reden. Cool, man!

Ich muss noch einmal sagen: Wir haben doch festgestellt: Das ist die ewig alte Debatte. Der Bund hat den Kommunen 5 Milliarden € gegeben. Die gehen zu den Kommunen im Gesamten. Es hat leider nie eine Zweckbindung für die Eingliederungshilfe gegeben. Jetzt wissen Sie: Die Träger der Stadt- und Landkreise kämpfen bei der Aufstellung ihrer Kreishaushalte darum, wie sie wieder ans Geld kommen. Das ist das ewige alte Geschiebe, das wir kennen, seit wir Politik machen, ob Kommunalpolitik oder hier Landespolitik.

Wir haben ganz offen gesagt – die Finanzministerin nimmt gerade ihren Platz zur Abstimmung ein –: Auch für 2020 gibt es Länder, die keine Konnexität erkennen, aber wir haben uns ganz klar dazu bekannt: Wir sind bereit, neue Kosten, die aufgrund der neuen rechtlichen Ergebnisse neu ausgelöst werden, weil wir die Bedarfe in besonderer Form so erkennen, weil es die Teilhabe fördert, zu übernehmen. Ein klareres Wort gibt es nicht. Aber zur Wirklichkeit der weisungsfreien Pflichtaufgabe, die die Stadt- und Landkreise wollten, gehört auch, dass sie mit dem Finanztableau, das sie im Gesamten in der Finanzausgleichsgesetzlichkeit erhalten, auch dieser weisungsfreien Pflichtaufgabe in ihrem eigenen Interesse gerecht werden. Wir werden als fairer Partner für alles, was wir selbst auslösen, auch geradestehen.

Für andere Bedingungen, die wir nicht zu verantworten haben, müssen wir weiter sehen, dass wir durch eine berechtigte Beteiligung des Bundes – es ist übrigens eine Evaluation auf einer sehr langen Linie, Frau Wölflé, angesetzt – auch die Gelder bekommen. Aber Sie wissen, ohne Baden-Württemberg hätte es dieses Gesetz nicht gegeben.

Im Zuge dieses Gesetzes sind ja auch Entlastungen für die Kommunen bei anderen Sozialleistungen entgegengestellt worden. Wir müssen einfach sehen: Entscheidend ist nicht immer das Schachern im arabischen Basar. Ich sage das auch als ehemaliger langjähriger Kommunalpolitiker. Wir haben so ein tolles Gesetz und so eine tolle Aufgabe. Lassen Sie uns mehr über unsere gemeinsame Verantwortung für die Menschen mit Behinderungen reden und nicht die ganze Zeit nur ums Geld streiten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Bravo-Rufe von der CDU)

Ich darf mich jetzt noch ganz kurz für den Änderungsantrag der SPD bedanken, die privaten Träger mit aufzunehmen. Herzlichen Dank! Wir bitten Sie, diesem Änderungsantrag zu folgen.

Zu guter Letzt darf ich mich vorneweg bei den Koalitionsfractionen ganz herzlich bedanken. Ich bedanke mich natürlich auch bei SPD und FDP/DVP für die langjährige, intensive,

(Minister Manfred Lucha)

gemeinsame Beratung mit dem großen Ziel. Wir sind da, glaube ich, schon sehr solidarisch in den Grundsätzen. Heute, am Internationalen Tag gegen Rassismus, wird auch mit diesem Gesetz ein Zeichen gesetzt, dass in dieser Gesellschaft niemand ausgegrenzt wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/3554. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales und Integration, Drucksache 16/3701. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen in Abschnitt I, dem Gesetzentwurf mit Änderungen in Artikel 1 zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Gesetz zur Ausführung des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (AGSGB IX)

mit den §§ 1 bis 5 in der Fassung von Abschnitt I der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses. Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 1 ist damit einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Jugend- und Sozialverbandsgesetzes

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 2 ist ebenfalls einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 3 ist damit einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 4

Änderung des Landespflegegesetzes

Wer Artikel 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 4 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 5

Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

Wer Artikel 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 5 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 6

Inkrafttreten

Wer Artikel 6 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 6 ist einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 21. März 2018 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Baden-Württemberg“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz ist damit einstimmig zugestimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Wir haben nun noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales und Integration abzustimmen. Dieser Abschnitt enthält ein Ersuchen an die Landesregierung. Wer stimmt Abschnitt II der Beschlussempfehlung zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist auch Abschnitt II einstimmig zugestimmt und Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe die **Punkte 4 bis 7** der Tagesordnung gemeinsam auf:

Punkt 4:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport zu der Mitteilung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport vom 16. Februar 2018 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Förderung gemeinsamer Werte, inklusiver Bildung und der europäischen Dimension im Unterricht – Drucksachen 16/3542, 16/3707

Berichterstatter: Abg. Dr. Timm Kern

Punkt 5:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport zu der Mitteilung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport vom 16. Februar 2018 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Aktionsplan für digitale Bildung – Drucksachen 16/3543, 16/3707

Berichterstatter: Abg. Dr. Timm Kern

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Punkt 6:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport zu der Mitteilung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport vom 16. Februar 2018 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen – Drucksachen 16/3544, 16/3707

Berichterstatter: Abg. Dr. Timm Kern

Punkt 7:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu der Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom

19. Februar 2018 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Zwischenbewertung Horizont 2020 – Drucksachen 16/3549, 16/3682

Berichterstatter: Abg. Martin Rivoir

Gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten in den beiden Ausschüssen fest. – Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 11. April 2018, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 14:17 Uhr

Anlage 1

Vorschlag

der Fraktion der AfD

Umbesetzung im Petitionsausschuss

Funktion	scheidet aus	tritt ein
Mitglied	Stein	Pfeiffer

20.03.2018

Gögel, Baron und Fraktion

Anlage 2

Vorschlag

der Fraktion der SPD

Umbesetzung im Petitionsausschuss

Funktion	scheidet aus	tritt ein
stellvertretendes Mitglied	Kopp	Gruber

20.03.2018

Stoch und Fraktion